

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, November 1983

Einzelpreis 4,— DM

XXIII. Jahrgang

D 3476 E



Vom 8. Oktober bis 2. November 1983 haben hintereinander die Gewerkschaftstage der IG Metall, der IG Druck und Papier, der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft stattgefunden. Diese vier Gewerkschaften repräsentieren knapp 40 Prozent der Mitgliedschaft im DGB. Bei allen Kongressen spielte die Abwehr der drohenden Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen aus den USA eine dominierende Rolle. Einigkeit bestand in der Aufgabe: Es dürfen keine neuen Raketen stationiert werden, das Bündnis mit der Friedensbewegung muß weiter ausgebaut und die notwendigen gemeinsamen Aktivitäten verstärkt werden.

Der sich hinter diesen Beschlüssen offenbarende Mitgliederwille dokumentierte sich auch in der Teilnahme Hunderttausender Gewerkschafter an den Volksversammlungen für den Frieden in Bonn, Hamburg, Stuttgart, Ulm und Westberlin am 22. Oktober sowie auch an der fünfminütigen Arbeitsniederlegung am 5. Oktober, zu der der DGB aufgerufen hatte. Die Delegierten der Gewerkschaftstage debattierten vor allem die Frage, ob der politische Streik eine legitime Kampfform gegen Ersts Schlagwaffen wie gegen die geplanten US-Raketen wäre. Die gefundenen Kompromisse bejahen mehr oder weniger eindeutig eine politisch motivierte Arbeitsniederlegung als legitimes Widerstandsmittel. Daß die Gewerkschaften, wenn sie im Frühjahr 1984 das tarifpolitische Ziel Nummer 1 — die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich — in Angriff nehmen, möglicherweise streiken müssen, war unumstritten. Vielmehr ging es darum, mit welchen ergänzenden Forderungen die Mitgliedschaft noch stärker mobilisiert

Gewerkschaften weisen Weg in die Zukunft

werden kann, um die gemeinsame Blockade von Unternehmerverbänden und Bundesregierung gegen die 35-Stunden-Woche zu durchbrechen. Die Delegierten der Gewerkschaftstage forderten und beschlossen eine stärkere Koordinierung jener Gewerkschaften, die jetzt darangehen wollen, den Unternehmer- und Regierungsangriff auf die Lebenslage der arbeitenden Klasse zu stoppen und mit der 35-Stunden-Woche in die Offensive zu gehen. In abgewandelter Form tauchte immer wieder die Erkenntnis auf: Wenn man kämpft, kann man auch einmal verlieren, wenn man nicht kämpft, hat man bereits verloren, also muß jetzt gekämpft werden.

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Reallohnverluste und Abbau sozialer Leistungen sowie die angekündigte Verschärfung dieses sozialreaktionären Kurses — siehe Albrecht-Thesen und sozialreaktionäre Denkschrift der Arbeitgeberverbände — bildeten für viele Delegierte den Hintergrund, um das kapitalistische Gesellschaftssystem in Frage zu stellen, und, wie bei der IG Metall beispielsweise, die Verstaatlichung der Stahlindustrie zu fordern. Allerdings war insgesamt gesehen in der Frage der Gesellschaftskritik noch ein beachtliches Defizit festzustellen. Nur selten wurden die im DGB-Grundsatzprogramm enthaltenen grundlegenden Reformvorstellungen angesprochen sowie als aktuell angesehen. Aber nur wenn das Profitsystem als Ganzes attackiert wird, können die Gewerkschaften auch in der 35-Stunden-Woche vorankommen.

11/83

Aus dem Inhalt:

Dieses Volk will nicht mitmachen Wählt sich Kohl ein anderes?	2
Für Banken und Versicherungen: Der Kurs auf 35 Stunden liegt fest	4
Warnstreiks der Fernfahrer: 20 000 Brummis rollten nicht	5
Bundeshaushalt 1984: Platz eins für die Rüstung	8
Im Mittelpunkt: Mobilisierung gegen Raketen und für 35 Stunden	10
IG DruPa: Arbeitsniederlegungen gegen Atomraketen legitim	11
NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:	
14. Gewerkschaftstag der IG Metall mit wachen Delegierten	
Sind Gewerkschaften von Natur aus reformistisch? Ein Beitrag des IMSF zum Karl-Marx-Jahr	13—24
Der 14. Kongreß bewies: Frischer Wind in der DPG	25
Jungen Arbeitslosen will die HBV „Park-Mitgliedschaft“ ermöglichen Interview mit Günter Volkmar, Vorsitzender der Gewerkschaft HBV	26
Mietertag: Eigene vier Wände werden bald unerschwinglich	29
Blüm reißt tiefe Gräben zu den Gewerkschaften auf	30
Opfer des Sozialabbaus sind vor allem die Frauen	31
Im ÖGB wächst das Unbehagen über die Sozialpartnerschaft	34

Dieses Volk will nicht mitmachen Wählt sich Kohl ein anderes?

Die regierungskonformen Medien konnten dieses einmalige Geschehen am 22. Oktober 1983 nicht mehr aus der Berichterstattung ausblenden. Ein jeder Bürger im Lande, ob er nun arbeitet oder arbeiten läßt, ob er links, in der Mitte oder rechts steht, denkt, liest oder sieht: Er konnte und hat erfahren, wie Millionen Menschen aller sozialen Schichten und politischen Standorte aufgestanden sind in dieser Aktionswoche für den Frieden, gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik, für Abrüstung in Ost und West.

Am 5. Oktober hatte der DGB zu fünf Mahnminuten für den Frieden aufgerufen. Hunderttausende in den Betrieben waren gefolgt. Vom 15. bis 21. Oktober beteiligten sich weitere Hunderttausende mit vielfältigen Aktionen; am 22. Oktober waren es in Hamburg, Bonn, Stuttgart und Neu-Ulm rund 1,3 Millionen. Es soll hier nicht nachvollzogen werden, was jeder selber miterlebt, gesehen, gehört, gelesen hat. Vielmehr sollen einige Aspekte hervorgehoben, Feststellungen getroffen werden:

1. Der Kampf für Frieden und gegen atomaren Rüstungswahn hat in der Bundesrepublik eine solche Breite und einen Umfang erreicht, daß er alle früheren sozialen und politischen Protestbewegungen seit 1945 weit übertrifft. Da ähnliche Bewegungen auch in den europäischen Nachbarländern und den USA zeitgleich Realität sind, besteht die berechtigte Hoffnung, daß es — zum ersten Mal in der Geschichte — den Völkern gelingen wird, rüstungs- und kriegsbesessenen Regierungen das Handwerk zu legen.

2. Die Kraft der Friedensbewegung resultiert aus der Breite des Bündnisses, und dieses wiederum ist das Ergebnis der Kompromißfähigkeit aller Beteiligten, die sich in dem einen Willen zusammengefunden haben, den Rüstungswahnsinn der verantwortlichen Politiker zu stoppen und das Überleben des Volkes zu sichern. Sie, die Friedensbewegung, konnte diese noch weiter wachsende Kraft entfalten, weil es gelang, die anfangs noch zögernden Gewerkschaftsführungen zu veranlassen, dem Drängen der Mitglieder nach allgemeiner Beteiligung stattzugeben.

So kam es am 22. Oktober auf den Volksversammlungen, wie bereits während der ganzen Aktionswoche, zu einer massenhaften Beteiligung von Betriebsarbeitern und Gewerkschaftern. Die Redebeiträge von Siegfried Pommerenke (DGB-Landesbezirksvorsitzender) in Stuttgart, Ilse Brusis und Lothar Zimmermann (beide Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands) in Bonn bzw. Hamburg waren

u. a. Ausdruck dieses DGB-Engagements.

3. Auf allen Veranstaltungen der großen Volksversammlung betonten Redner, insbesondere die gewerkschaftlichen, den Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau. Lothar Zimmermann in Hamburg: „Rüstungsproduktionen und sozialer Fortschritt schließen einander aus!“ Diese Wahrheit sollte die Basis dafür abgeben, daß künftig der gewerkschaftliche Protest gegen den Raubbau am sozialen Besitzstand und der Kampf aller Volksschichten gegen die Raketenstationierung noch enger zusammenfließen.

4. Während die 1,3 Millionen Rüstungsgegner im ganzen Lande demonstrierten, versuchten Strauß, Albrecht, Geißler und Frau Adam-Schwätzer eine „Heerschau“ angeblicher Anhänger der Rüstungspolitik der Bonner Koalitions-

parteien aufzuziehen. Es gelang ihnen mit Mühe, auf mehreren Kundgebungen nur etwa 15 000 Parteigänger, die zudem noch zu „Friedenskundgebungen“ aufgerufen waren, auf die Beine zu bringen. Geht man davon aus, daß weder die Stationierungsgegner noch die Befürworter immer alle Gleichgesinnten mobilisieren können, so drückt das Verhältnis von 1,3 Millionen (plus mehrere hunderttausend im Laufe der Woche) zu 15 000 die tatsächliche Stimmungslage zur Atomrüstung im Volke aus. Kohl, Strauß und Genscher ist in dieser Frage die Volksmehrheit davongelaufen! Werden sie sich ein anderes Volk wählen?

5. Die Friedensbewegung hat gehalten, was sie vorher versprochen: alle Aktionen gewaltfrei durchzuführen. Es gehört zum Gebot der Fairneß und der demokratischen „Spielregeln“, daß sich nunmehr auch die Regierung, angesichts des von der Friedensbewegung gewaltfrei demonstrierten Volkswillens, beeindrucken und zur Kurskorrektur bewegen läßt. Eine Verpflichtung zur Gewaltfreiheit des Protestes, die nur bewirken soll, daß sich die Regierung bei der Durchsetzung einer volksfeindlichen Politik nicht fürchten muß, ist eine arglistige Täuschung des Volkswillens. Gewaltfreier Protest muß auch freiwillige Politikänderungen nach sich ziehen.

Um die Korrektur der von der Volksmehrheit abgelehnten Politik des atomaren Rüstungswahns zu erzwingen, ist die Weiterführung und Verstärkung der Aktionen der Friedensbewegung unerlässlich. Neue Termine für weitere Aktionen sind bereits angekündigt.

Gerd Siebert

GLOSSE

Schwarzarbeit

Die Kampagne der CDU gegen Schwarzarbeit ist vehement und ungebrochen. Was Wunder auch, hat sie doch versprochen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Und Ursache dafür ist nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern — das weiß inzwischen jeder — die Schwarzarbeit.

Zur Definition: Schwarzarbeit ist solche Verrichtung von Tätigkeiten, die privat und nach Feierabend geschehen, obwohl zu diesem Berufe Unternehmen ihren Dienst anbieten. Also: Da baut sich einer mit Freundes- und Bekannthilfe nach Feierabend und an Wochenenden eine Garage. Und er gibt ihnen für die Hilfe Geld — oder auch nicht.

Merke: In unserem Wirtschaftssystem ist einzig und allein der Unternehmer

belugt, Arbeit verrichten zu lassen und Geld zu kassieren. Hunderttausende Arbeitsplätze mehr könnte es geben, haben Arbeitsminister Blüm und Handwerkspräsident Schnitker errechnet, wäre da nicht dieses verwerfliche Tun unbefugter Privatleute.

Der Verband des Hotel- und Gaststättengewerbes prangerte neulich die Schwarzgastronomie an, die zahllose Arbeitsplätze koste. Schwarzgastronomie — das ist, wenn sich die Kaninchenzüchter selber einen Kasten Bier in die Versammlung mitnehmen, statt den Partyservice oder einen Ober vom Hotel Intercontinental anzufordern.

In der Tat, wir hätten statt Arbeitslosigkeit Arbeitskräftemangel, wäre da nicht all die Schwarzarbeit um uns herum — das Schwarzmalen und -tapezieren der Wohnung, das Schwarzwaschen des Autos, das Schwarzkochen der Familienmahlzeit und was derlei sonst geschieht. Selbst die Freudenhäuser könnten spürbar zur Konjunkturbelebungsbeitragen, gäbe es nicht auch diese Schwarzarbeit zu Hause. okulus

Freie Meinungsäußerung ist fast schon ein Delikt

Unter dem Stichwort Wende — so erklärte Ende Oktober die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — sei mehr zu verstehen als eine bloße Haushaltssanierung. „Studenten zum Beispiel sollten als ihre erste Pflicht nicht das Demonstrieren für eine, ihrer Ansicht nach, bessere Welt erkennen... ein gewisses Verhalten der Dankbarkeit für Leistungen, die die Allgemeinheit aufbringt“, sei geboten. Hier liegt also der Knackpunkt. Es stört bei den Geschäften, wenn demokratische und soziale Rechte auch in Anspruch genommen werden.

Mit Dankbarkeit haben die Arbeiter und Angestellten die Brosamen vom Tisch der Unternehmer aufzulesen; Beschlüsse von Regierungen und Parlamenten dürfen nicht kritisch auf ihre Tauglichkeit für die Bevölkerung untersucht werden, sondern haben wie ein Ratsschluß Gottes unabänderlich zu gelten. Damit dies reibungslos läuft, haben vor allem auch die Medien zu funktionieren. Im allgemeinen arbeitet die Schere im Kopf ja auch dementsprechend.

Nun hat sich aber einer erdreistet, selbst zu denken und als CDU-Mitglied auch eine von seiner Partei unabhängige Meinung kundzutun. Das Engagement von Franz Alt, Moderator von „Report“, für den Frieden galt — zumal es den Regierungsintentionen zuwiderläuft — dem Intendanten als „unausgewogen“. Dem Mann wird die Leitung ausgeschaltet; vornehm ausgedrückt, er erhält Sendeversbot für Friedensthemen.

Die Gewerkschaftstage der vergangenen Wochen haben hierzu Stellung bezogen. Der Gewerkschaftstag der IG Metall solidarisierte sich mit Franz Alt. „Der durch sein Buch „Frieden ist machbar“ als Gegner des NATO-Doppelbeschlusses bekannt geworden ist“. Er „soll damit mundtot gemacht werden, während die Befürworter der Raketenstationierung vor Mikrofon und Kamera ihre Meinung weiterhin deutlich machen können“. Die Delegierten der IG Druck und Papier sehen in dem Sendeversbot „einen massiven Angriff auf die Meinungsfreiheit und fordern eine unverzügliche Rücknahme der Maßnahme“.

Im Fall Franz Alt behalten leider diejenigen recht, die schon lange darauf hinwiesen, daß die Stoßrichtung der Berufsverbote nur anfänglich auf Kommunisten konzentriert wird, schließlich aber jegliches demokratische Potential treffen soll. Meinungsfreiheit, vor allem wenn sie auch in Anspruch genommen wird, ist fast schon zu einem Delikt ge-

worden. Eine Ahnung davon, wie sich die Unternehmer den Staat wünschen, liefert der Übergriff der Polizei nach dem Streik der LKW-Fahrer. Weil ein Unternehmer den Zweitschlüssel für einen LKW vermißte, durchsuchte die Polizei gewaltsam die Privatwohnung eines Gewerkschaftssekretärs (siehe auch Seite 5). Der Massenprotest im Falle des Franz Alt zeigte Erfolg. Nach einem arbeitsgerichtlichen Vergleich darf er wieder moderieren.

Anfangen von den geplanten Einschränkungen des Demonstrationsrechts über die Verschärfung der Berufsverbote bis hin zur Unterminierung von grundsätzlichen Gewerkschaftsrechten wird das System der Demokratie umgestülpt. Die Unternehmer drängen aber weiter auf dem Weg der Abbaumaßnahmen, der Knebelung von Andersdenkenden. Für die Gewerkschaften ist entschlossener Widerstand deshalb so wichtig, weil mit der Einschränkung der Demokratie ihnen die Mittel der Interessenvertretung aus der Hand geschlagen werden sollen.

Renate Bastian

Grenada

Ronald Reagan gab rund 3000 Marines den Befehl, die kleine Inselrepublik Grenada in der südlichen Karibik zu erobern. Er sei gerufen worden, behauptete er. Es sei ein „einstimmiges und formelles Verlangen“ gewesen, zwar nicht von der Regierung Grenadas, aber von sechs anderen Inselstaaten. Völkerrechtliche Probleme konnten damit abgehakt werden. Die Intervention fand nun „unter dem Schutz eines bestehenden Vertrages“ statt. So einfach ist dies.

Schließlich, so meinte Reagan, ging es um die Sicherheit und Unversehrtheit von amerikanischen Staatsbürgern. Ihnen war auf Grenada kein Härchen gekrümmt worden. Aber schließlich muß Reagan auf Nummer Sicher gehen. Ist es da nicht gerechtfertigt, wegen einer unterstellten Gefährdung amerikanischer Staatsbürger Hunderte Grenader und kubanische Arbeiter umbringen zu lassen und einige Dutzend Marines noch dazu? Vorsichtshalber, versteht sich.

Ist es Reagan nicht hoch anzurechnen, daß er die Intervention von einem Flugzeugträger unterstützen ließ, der „Independence“, d. h. Unabhängigkeit, heißt?

Während die Bundesregierung ihr angebliches Unbehagen leise vor sich hinhinmurmelte, dann aber nach einer Straußintervention ihre Meinung korrigierte, geht die „FAZ“ in die vollen. Befriedigt meldet sie, der „Eiterherd“ Grenada sei durch amerikanischen „Machtgebrauch“ beseitigt worden. Die Kritiker sollten sich daher besinnen, heißt es da, daß die Politik nicht nur nach den Mitteln, sondern auch nach den Zwecken beurteilt werden müsse. Im Hinterkopf steckt hier, daß der Zweck schließlich jedes Mittel heilige.

Die Vorstellung, Reagan würde schon jetzt an den Schalthebeln der Pershings sitzen, führt zu schlaflosen Nächten. Wenn man ihm schon nicht trauen kann, zutrauen darf man ihm alles. Grenada beweist es. H. Sch

Tabula rasa

Ermuntert durch den sozialreaktionären Kurs der Bundesregierung, aber auch durch die nur vorwiegend verbalen Kraftakte des DGB, werden die Unternehmer immer dreister. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) will den Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Roßkur verordnen.

Der sozialpolitische Kahlschlag, von der BDA als „Konsolidierung“ bezeichnet, soll, wie es in der Denkschrift „Soziale Sicherung im Umbruch — Vorschläge zur Stabilisierung“ heißt, über Einsparungen und Ausgabenkürzungen herbeigeführt werden. Danach soll die Orientierung der Renten an der Nettolohnentwicklung erfolgen. Da dies zu Einschnitten in der Alterssicherung der in der gewerblichen Wirtschaft Beschäftigten führe, könnte dies nicht ohne Rückwirkung auf die Altersversorgung im öffentlichen Dienst bleiben.

In der gesetzlichen Krankenversicherung wollen sie dem einzelnen bei leichteren Gesundheitsstörungen die Kosten unmittelbar selbst aufbürden. Bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle will die BDA wieder zurück von der arbeitsrechtlichen zur versicherungsrechtlichen Lösung. Karenztage und prozentuale Abschläge bei der Lohnfortzahlung soll es wieder geben.

Der begünstigte Personenkreis der Schwerbeschädigten soll eingeschränkt werden, und zwar vor allem im Hinblick auf die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Behinderten am Arbeitsplatz. Auch die Leistungen der Sozialhilfe sollen erheblich verschlechtert werden.

Die Unternehmer reden von Stabilisierung, in Wirklichkeit wollen sie tabula rasa machen. H. Sch.

Für Banken und Versicherungen: Der Kurs auf 35 Stunden liegt fest

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat im Oktober fristgemäß die Manteltarifverträge für das Bankgewerbe zum 31. Dezember 1983 gekündigt. Für das Versicherungswesen ist die Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen zum 31. März 1984 vorgesehen. Damit hat die Gewerkschaft HBV eine wichtige Weichenstellung im Kampf um die 35-Stunden-Woche vollzogen, den sie im kommenden Jahr zusammen mit der IG Metall, der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der Deutschen Postgewerkschaft führen will. Nunmehr hat die Gewerkschaft HBV auch ihre Konzeption für diese tarifpolitische Zielsetzung veröffentlicht.

Als Verhandlungsziele für die zuerst anstehenden Verhandlungen bei den Banken und Sparkassen hat die Gewerkschaft erklärt:

- die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden,

- die Begrenzung von Mehrarbeit und betrieblichem Leistungsdruck sowie

- die Verbesserung der tarifvertraglichen Eingruppierungsbestimmungen.

Die gleichen Ziele sollen auch für die Beschäftigten bei den Versicherungen angestrebt werden. Mit den Nebenforderungen zur Arbeitszeitverkürzung geht es der Gewerkschaft darum, „sicherzustellen, daß der Beschäftigungseffekt von Arbeitszeitverkürzungen weder durch Ausweitung von Mehrarbeit noch durch zusätzliche Arbeitsbelastungen unterlaufen wird“. Auch für die HBV ist der volle Gehaltsausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen unabdingbar.

In einem längeren Papier mit „Diskussionsgrundlagen“, das vom HBV-Hauptvorstand im Oktober herausgebracht wurde, wird auf die günstige Ausgangslage bei den Banken und Versicherungen für wirksame Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung hingewiesen. Beide Branchen seien „Spitzenreiter“ der Produktivitätsentwicklung, die insbesondere auf technische und organisatorische Rationalisierung zurückzuführen sei. So habe die Produktivitätssteigerung in den letzten Jahren immer zwischen 6 und 8 Prozent bei den Banken und über 5 Prozent bei den Versicherungen ausgemacht. Dieser Ergebniszuwachs sei voll den Unternehmern zugefallen, während die Gehaltserhöhungen der Beschäftigten in der gleichen Zeit nicht einmal die Preisteigerungsraten wettmachen konnten.

Trotz noch leicht gestiegener Beschäftigtenzahlen in beiden Branchen, so die HBV, deute sich bereits der entgegengesetzte Trend an. Die neuen Bürotechnologien würden auch hier ihre Wirkung zeigen. „Arbeitszeitverkürzung

ist unser Schlüssel für sichere Arbeitsplätze und eine soziale Zukunft“, heißt es in dem Diskussionskonzept. „Es gibt gegenwärtig keine Tarifforderung von größerer Bedeutung. Ihre Durchsetzung macht die Zusammenfassung und den gezielten Einsatz aller gewerkschaftlichen und politischen Kräfte der Arbeitnehmer erforderlich.“

Die 35-Stunden-Woche als die Maßnahme der Arbeitszeitverkürzung mit dem größten Beschäftigungseffekt wird ausdrücklich einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit gegenübergestellt, wie sie etwa von der IG Chemie-Papier-Keramik und der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten angestrebt wird. „Nach Untersuchungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB“, schreibt die HBV-Gewerkschaft, „würde sich bei einer Wochenarbeitszeitverkürzung eine tatsächliche Beschäftigungswirkung von 1,4 bis 1,8 Millionen zusätzlichen Ar-

beitsplätzen ergeben; demgegenüber wäre bei einer Tarifrentenregelung lediglich mit einem Effekt von ca. 400 000 Mehr-Arbeitsplätzen zu rechnen. Zu ähnlichen Feststellungen ist das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei der Bundesanstalt für Arbeit gekommen.“

Mit Nachdruck weist die Gewerkschaft die von den Unternehmerverbänden neuerdings favorisierten „Formen einer individuellen Arbeitszeit-Flexibilisierung“ zurück. Sie seien keine Alternative zur Wochenarbeitszeitverkürzung. Denn damit würden die Ziele verfehlt, die durch Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit erreicht werden sollen: Sicherung von Arbeitsplätzen und Schaffung neuer Arbeitsplätze, Humanisierung der Arbeit für alle, Arbeitszeitverkürzung bei Sicherung des bisherigen Einkommens.

Als besonders notwendig gelten der Gewerkschaft HBV flankierende tarifpolitische Maßnahmen, um die beabsichtigte Wirksamkeit der Arbeitszeitverkürzung zu fördern. „Wenn Arbeitszeitverkürzungen Beschäftigungs- und Humanisierungswirkungen haben sollen, dann muß verhindert werden, daß diese Wirkungen durch die weitere Verstärkung von Streß und unangemessenem Leistungsdruck unterlaufen wird.“ Die HBV will darum bei Banken und Versicherungen sowohl tarifvertraglich als auch durch bessere Nutzung betrieblicher Mitbestimmungsrechte stärker Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsorganisation und Arbeitsinhalte nehmen. So soll insbesondere eine Begrenzung des Leistungsdrucks durch Über- und Unterforderungsverbote erreicht werden. Für bestimmte Tätigkeiten wird eine bezahlte Erholungspause von sechs Minuten pro Stunde gefordert.

G.S.

Warnstreiks der Fernfahrer: 20000 Brummis rollten nicht

Als vollen Erfolg verbucht die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) den 48stündigen Warnstreik, zu dem sie am 10. und 11. Oktober aufgerufen hatte. Für die 50 000 Fernfahrer in der Bundesrepublik sollte endlich ein Durchbruch zu besseren Arbeitsbedingungen geschafft werden. In den Verhandlungen, die bereits seit Januar andauerten, zeigten sich die Unternehmerverbände allerdings in keiner Weise kompromißbereit. Infolge des Arbeitskampfes hatten zwar zahlreiche Unternehmen Firmentarifverträge angeboten, die ÖTV besteht aber weiterhin auf einem einheitlichen Manteltarifvertrag für die Bundesrepublik und Westberlin.

Die gewerkschaftlichen Forderungen sehen folgendermaßen aus: zehn freie Kalendertage im Monat am Wohnsitz, fünf Tage Zusatzurlaub, Begrenzung der Höchstarbeitszeit, Be- und Entladeverbot für die Fahrer, Zuschlag für Nacharbeit von 30 Prozent; Spesen sollen der steuerlichen Regelung angeglichen und notwendige Hotelübernachtungen vom Unternehmer getragen werden. Bereits dieser Forderungskatalog weist auf die harten Bedingungen hin, unter denen die Fernfahrer gegenwärtig noch arbeiten müssen. Im Durchschnitt beträgt die Arbeitszeit, so ermittelte die ÖTV in einer speziellen Untersuchung, über 80 Stunden pro Woche, in dieser Zeit werden über 3500 Kilometer geschraubt. Meist sind die Fahrer auch noch Ladearbeiter. Bei dieser Knochenarbeit haben sie nur jedes vierte Wochenende frei und durchschnittlich 22 Tage Urlaub im Jahr.

In einer Umfrage, die die ÖTV in rund 100 Veranstaltungen auf Parkplätzen und Raststätten durchführte, stellten sich 97,5 Prozent der befragten Fernfahrer hinter die gewerkschaftlichen Forderungen. Trotz der haarsträubenden Arbeitsbedingungen war es aber bisher außerordentlich schwierig, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu organisieren. Das Flair des abenteuerlichen „Kapitäns der Landstraße“, vor allem aber die Vereinzelung bei der Arbeit erschwerte die Organisation in der Gewerkschaft. Darauf setzten offenbar auch die Unternehmer, denn sie legten in mehrmonatigen Verhandlungen kein Angebot zu den wesentlichen Forderungen der ÖTV vor. Sie sträubten sich vor allem gegen die Forderungen nach zehn feststehenden freien Tagen im Monat – was im Grunde lediglich den üblichen Wochenenden nahekommt. Zwar bekundeten sie ihre Bereitschaft, den Mißbrauch beim Be- und Entladen zu beseitigen, erklärten sich aber für nicht zuständig. Ende August erklärte daraufhin die Gewerkschaft die Verhandlungen für gescheitert, zeigte sich aber weiter verhandlungswillig. Aber erst nach der Ankündigung von Warnstreiks waren die Unternehmerv-

bände überhaupt bereit, einen neuen Termin anzuberaumen. Auch dieser verstrich ergebnislos, so daß die ÖTV zu einem 48stündigen Warnstreik aufrief.

In einer ersten Bilanz wies die Gewerkschaft darauf hin, über 20 000 Fernfahrer hätten „überzeugend ihre Ent-

Nachspiel nach Art eines Polizeistaats

Dieser Arbeitskampf hat inzwischen ein Nachspiel bekommen, das an polizeistatistische Methoden erinnert. Weil während des Warnstreiks einer privaten Transportfirma der Zweitschlüssel für einen LKW abhanden gekommen war, wurde die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei von Lörrach aktiv. Ohne einen Durchsuchungsbefehl, mit dem Vorwand „Gefahr im Verzuge“ und „Verdunkelungsgefahr“ wurde der Dienstwagen des örtlichen Gewerkschaftssekretärs der ÖTV und anschließend gewaltsam seine Privatwohnung durchsucht. Die ÖTV protestierte dagegen, daß sich die lokalen Justizbehörden als verlängerter Arm eines Unternehmers betrachten, der von einem legalen Streik betroffen ist. Sie bezeichnet diesen Vorgang als politische Instinktilosigkeit ohne Beispiel. Es ist aber noch mehr. Es ist ein Schritt zur Sicherung von Unternehmerinteressen mit Methoden eines Polizeistaates.

geschlossenheit demonstriert, für eine entscheidende Verbesserung ihrer miserablen Arbeitsbedingungen im Deutschen Güterfernverkehr zu kämpfen“. Und tatsächlich waren während der Streiks von den Autobahnen lange Staus gemeldet, Raststätten wurden von querstehenden LKWs blockiert und von Streikenden besetzt. Mit dieser Demonstration der Kampfkraft hofft die ÖTV, die Unternehmer mit einem ernsthaften Angebot an den Verhandlungstisch zurückzuzwingen. Renate Bastian

Protest gegen Abbau des Schlechtwettergelds

Seit Monaten führt die IG Bau – Steine – Erden eine Unterschriftensammlung durch. Sie protestiert damit gegen den Abbau der Schlechtwettergeldregelung. Die Sätze des Schlechtwettergeldes sollen herabgesetzt werden. Die Gewerkschaft befürchtet zudem, daß der Vorschlag, die Unternehmer die Kosten des Schlechtwettergeldes für den jeweils ersten Schlechtwettertag im Monat tragen zu lassen, letztlich dazu führt, daß die Bauunternehmer, so wie dies früher gang und gäbe war, im Winter Bauarbeiter im Massenumfang entlassen.

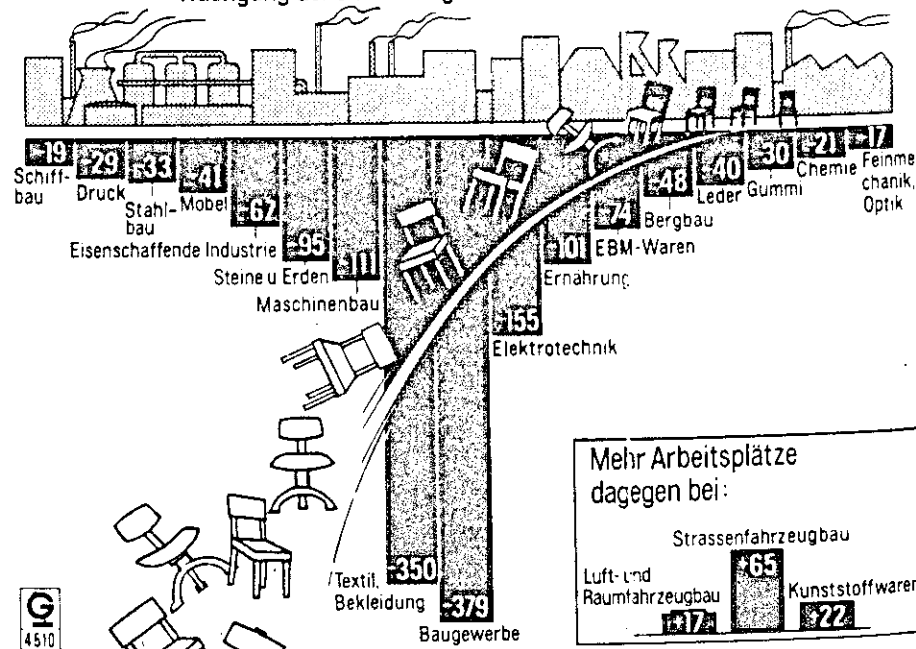
Ende September hatte die Gewerkschaft schon mehr als 300 000 Unterschriften gesammelt bei den Arbeitern und Angestellten, den Auszubildenden, den Praktikanten sowie Familienangehörigen und Bekannten. Jetzt sollen die Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen angesprochen werden. Die Gewerkschaft will sich weiter „mit aller Kraft“ gegen die vorgesehenen Verschlechterungen zur Wehr setzen und „noch mehr Druck“ erzeugen.

Ob allerdings dazu Unterschriften und Gespräche sowie Briefe an Bundestagsabgeordnete schon ausreichen, kann bezweifelt werden. Sie können allenfalls erste Schritte zu einem „sozialpolitischen Widerstandsrecht“ sein, das der im Bundesvorstand für Sozialpolitik zuständige Erwin Kastleiner zur Diskussion stellt.

ÖTV: Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung

Mit Nachdruck besteht die Gewerkschaft ÖTV darauf, endlich einen Tarifvertrag über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung abzuschließen. „Auch in den Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes werden immer mehr Arbeitsplätze vernichtet und Einkommen gekürzt. Gleichzeitig werden die Leistungen für den Bürger drastisch eingeschränkt“, erklärte die Vorsitzende der ÖTV, Monika Wulf-Mathies, Ende Oktober zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen. Zugleich erinnerte sie die öffentlichen Unternehmer an ihre Zusage bei der Tarifrunde '83, über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung umfassend und beschleunigt zu verhandeln. Dieses Thema wird sicherlich auch auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag der ÖTV im Juni kommenden Jahres eine zentrale Rolle spielen. Gegenwärtig werden in den Bezirken die Kreisdelegiertenkonferenzen der ÖTV durchgeführt.

Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie Rückgang der Beschäftigtenzahl 1972 bis 1982 in 1000



(Aus: Hörtunk, Fernsehen, Film, Zeitschrift der RFFU 10/83)

„Flexible Arbeitszeit“ – ein fragwürdiger Unternehmertrick

Die hochbezahlten Wanderprediger der Unternehmerverbände setzen ihre kostspielige Propagandakampagne gegen eine verkürzte Arbeitszeit unvermindert fort. „Arbeitszeitverkürzungen schaden mehr als sie nutzen“, lautete die einfallslose Formel eines vierseitigen Flugblattes der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln, das dazu dienen sollte, diesen Punkt des Tabukatalogs in der Öffentlichkeit zu verkaufen.

Die Besitzer der Produktionsstätten wollen auf keine Arbeitsstunde verzichten, weil sie folgendes nicht wollen, wie ihr Pamphlet verrät: „Der einzelne Arbeitsplatzbesitzer erhält mehr Freizeit, ohne daß sein Einkommen dadurch sinkt. Das hätte wohl jeder gern: Weniger Arbeit bei gleichem Geld. Aber das kann nicht gehen ...“

In der Milchmädchenrechnung der Unternehmerpropagandisten dürfen auch nicht die immer wieder gern zitierten Japaner fehlen, die über 300 Stunden, die Amerikaner, die über 100 Stunden und schließlich die Briten, die über 60 Stunden länger an den Arbeitsplatz gefesselt seien als die abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik. Die Tabelle – die für 1982 gelten soll – ist im Flugblatt ohne Quellenangaben abgedruckt.

Aus Übersichten der OECD und des Bonner Wirtschaftsministeriums gehen folgende Zahlen über die gestiegene Arbeitslosigkeit hervor: USA – von 8,5 Prozent im Jahre 1975 auf 10,4 Prozent im Februar 1983; Großbritannien – von 3,9 Prozent im Jahre 1975 auf 12,4 Prozent im Februar 1983; Bundesrepublik von 4,7 Prozent im Jahre 1975 auf 10,4 Prozent im Februar 1983. Trotz höherer Arbeitszeit ist die Zahl der registrierten Erwerbslosen in den USA (12 Millionen) und Großbritannien (über 3 Millionen) nicht geringer als in der Bundesrepublik. In beiden Staaten praktizierten die Regierungen eine rigorose Politik, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden läßt.

Eine Untersuchung des Londoner Markt- und Meinungsforschungsinstituts Mori für das Privatfernsehen der Insel ermittelte kürzlich: Über 7 Millionen Briten müssen in Armut leben, ein Siebtel der Bevölkerung. 500 000 Kinder sind unterernährt. Im vergangenen Winter konnten 3 Millionen Inselbewohner ihre Behausung nicht ausreichend heizen, einige hundert Menschen starben an Unterkühlung. Das ist die traurige Bilanz der Gesinnungsfreundin Kohls.

Eine kürzere Lebensarbeitszeit lehnen die Unternehmer ebenfalls ab, ihre Hinauswerfkonzeption sieht so aus: „Die Unternehmer, die sich von ihren älteren

Mitarbeitern trennen, tun dies vornehmlich, um Personal abzubauen. Und nicht, um die freiwerdenden Arbeitsplätze neu zu besetzen.“ Die Konzernleitungen setzen ausgelaugte ältere Arbeiter und Angestellte hinaus, die im Betrieb verbleibenden Beschäftigten werden immer weiter belastet. Immer weniger Menschen sollen ständig mehr leisten. Das ist die von der Kohl-Regierung und den sie stützenden Unternehmerverbänden gepriesene „Leistungsgesellschaft“.

Auf der Bühne zieht der Zauberer Kaninchen und Tauben aus seinem Zylinder. Die Spitzenverdiener verkünden in ihrem Flugblatt folgende Wirtschaftswunderformel: „Durch Kostenentlastung zu besseren Erträgen in der Wirtschaft ... durch mehr Flexibilität weg von den erstarrten Beschäftigungsverhältnissen!“ „Flexible Arbeitszeitformen“ – so lautet der Taschenspielertrick der Unternehmerverbände, den sie so erläutern: „Darunter sind betriebliche Maßnahmen zeitgemäßer Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung zu verstehen: von der Teilzeitarbeit bis zum Job-Sharing. Immer mehr Betriebe sind dabei, besondere Formen hierfür zu entwickeln. Formen, die nicht nur das Arbeitsvolumen betreffen, sondern auch die zeitliche Lage der Arbeitsstunden ... Auch Unternehmen mit schwankender Auslastung könnten mit flexibler Arbeitszeit darauf reagieren.“

Immer mehr Frauen und Männer, so schmeicheln die Unternehmer, „möchten eine Arbeitszeitregelung, die ihren ganz persönlichen Bedürfnissen entgegenkommt ... Viele Familien, in denen Mann und Frau verdienen, möchten in der Arbeitszeit beweglicher sein.“ Der Text des Propagandaflygblattes endet mit der Formel: „Deshalb JA zur individuellen Arbeitszeit und NEIN zu kollektiven Arbeitszeitverkürzungen.“

Hinter den hohlen Floskeln verbirgt sich nur die Absicht, die Folgen der Wirtschaftskrise weiterhin auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen, indem die Besitzenden die Arbeitszeit nach ihrem Gutdünken festlegen. Die Arbeiter und Angestellten sollen das Gefühl bekommen, sie könnten endlich frei über die Arbeitszeit verfügen. In Wirklichkeit bestimmen die Unterneh-

mer Beginn und Ende der im Betrieb zu verbringenden Zeit, der Verdienstausschlag geht zu Lasten der abhängig Beschäftigten.

Teilzeitbeschäftigung bedeutet eine erzwungene höhere Leistung, wer unter 20 Stunden wöchentlich tätig ist, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, bei weniger als 19 Stunden in der Woche gibt es keinen Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen. Wer weniger als 15 Stunden wöchentlich arbeitet, hat weder Krankengeld- noch Rentenanspruch. Eine Arbeitszeit unter zehn Stunden in der Woche nimmt Arbeitern die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Teilzeitbeschäftigte bekommen im allgemeinen lediglich 15 bis 20 Prozent des 13. Monatsentgeltes. Wer über die im Zeitarbeitsvertrag festgelegte Stundenzahl hinaus arbeiten muß, bekommt bis zu 40 Stunden keine Überstundenzuschläge.

Die Unternehmerverbände sind durchaus für eine verkürzte Arbeitszeit, aber sie wollen dafür ihre unsocialen Bedingungen diktieren. Sie möchten die von ihnen verschuldete Misere ausnützen, um Tarifverträge auszuhöhlen, Sozialabgaben zu sparen und mühsam erkämpfte Rechte zu liquidieren. Als ihnen eine extensive Ausbeutung eine enorme Gewinnmaximierung brachte, mußten auch Frauen und Kinder 14 bis 16 Stunden täglich unter erbärmlichsten Bedingungen schuften. Heute sind die Konzerne bestrebt, eine ständige Kurzarbeit einzuführen, ohne einen Zuschuß vom Arbeitsamt. Wer heute ein geringes Einkommen erhält, bekommt später auch nur eine kleine oder überhaupt keine Rente.

Die „flexible Arbeitszeit“ soll vor allem für die noch abhängig Beschäftigten gelten, denn im Juli 1983 waren 246 635 Arbeitslose in der Bundesrepublik registriert, die aus persönlichen Gründen einen Zeitjob suchten. Meistens handelt es sich um Frauen, die wegen der Belastung durch Familie und Haushalt nur stundenweise tätig sein können. Weshalb haben die Unternehmer diese Arbeitssuchenden nicht längst eingestellt? Auch diese Tatsache beweist die wahren Absichten in den Chefetagen der Bundesrepublik, sie bieten gebatene Schneebälle an.

Trotz aller Bonner Aufschwungphrasen steigt die Erwerbslosigkeit weiter an. Die OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung –, der die 24 größten westlichen Industrieländer angehören, schätzt die Zahl der registrierten Arbeitslosen in ihrem Bereich für 1984 auf 34,5 Millionen. Für 1983 nannte die OECD 33,5 Millionen, während es im Vorjahr 29,9 Millionen Beschäftigungslose waren. Bernhard Röhl

(Dieser Artikel ist mit freundlicher Genehmigung, geringfügig gekürzt, der „Holzarbeiter-Zeitung“ 10/83 entnommen.)

Gesamtmittel-Umfrage praktisch wertlos

Hans Janssen, für Tarifpolitik zuständiges Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, hat Ende Oktober darauf hingewiesen, daß das vom Unternehmerverband Gesamtmittel erstellte und in den bürgerlichen Medien begierig publizierte „Umfrageergebnis“, nach dem die Mehrheit der Arbeitnehmer gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche sei, der Interessenlage des Auftraggebers durchaus angemessen sei. In den Interviews sei überhaupt nicht die entscheidende Frage, für oder gegen die 35-Stunden-Woche, gestellt worden. Das „Ergebnis“ habe daher für praktische Tarifpolitik keinerlei Bedeutung. Janssen wies darauf hin, die IG Metall könne auch eine Umfrage machen. Diese hieße dann aber Urabstimmung.

NGG: Gegen Leichtlohngruppen

Mit Informationsveranstaltungen vor Betrieben der Nahrungs- und Genussmittelindustrie will die Gewerkschaft Nahrung – Genus – Gaststätten (NGG) in den nächsten Wochen auf die Benachteiligung von Frauen hinweisen. Wie Werner Jordan, Landesbezirksvorsitzender der NGG in Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar Mitte Oktober in Frankfurt mitteilte, gehe es darum, die Situation der Frauen als billige Manövriermasse auf dem Arbeitsmarkt zu verdeutlichen, die allzuoft mit Leichtlohngruppen abgespeist würden. Dies verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz. Jordan forderte die Betriebsräte auf, stärker als bisher auf die richtige tarifliche Eingruppierung der Kolleginnen zu achten. Die Situation der arbeitenden Frauen würde durch den Abbau von Sozialleistungen und Schutzrechten weiter verschlechtert. Neue Arbeitsplätze entstünden dadurch nicht.

GTB: Vorrang für Vorruhestandsregelung

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil – Bekleidung hat Anfang Oktober seine Empfehlung für die kommende Tarifrunde gegeben: Vorrang für die Durchsetzung von Lebensarbeitszeitverkürzungen in Form von Vorruhestandsregelungen vor der Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Der Hauptvorstand messe zwar beidem gleichrangige Bedeutung bei, da aber nur eines zur gleichen Zeit machbar sei, liege die Priorität bei der Lebensarbeitszeitverkürzung. Der Gesetzgeber wurde aufge-

fordert, rechtzeitig zur Tarifrunde 1984 ein geeignetes Rahmengesetz zu schaffen. Erst wenn dies nicht rechtzeitig oder unzureichend geschehe, will die GTB „mit allem Nachdruck“ eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit anstreben.

Erfolgreicher Streik im Kfz-Handwerk

Die IG Metall hat für das Kfz-Handwerk in Niedersachsen Anfang Oktober nach vier Wochen Streik erfolgreich eine neue Lohngruppenstruktur zur Absicherung außertariflicher Leistungen durchgesetzt. Die Arbeiter erhalten rückwirkend ab 1. Mai dieses Jahres um 3,2 Prozent erhöhte Löhne. Mit dem in zahlreichen Klein- und Kleinstbetrieben geführten Streik konnte außerdem ein umfassendes Maßregelungsverbot und die Vereinbarung über ein Mitbestimmungsrecht der Beschäftigten bei den kommenden Neueingruppierungen gesichert werden.

Nur hohe Lohnsteigerung rettet Rentenfinanzen

Aus dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Renten Anpassungsbericht '83 geht hervor, daß die Rentenversicherung bis 1993 nur dann finanziell über die Runden kommt, wenn die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter jährlich um mindestens 4 Prozent steigen und die Beschäftigtenzahl sich in den nächsten zehn Jahren um eine Million erhöht.

Tarifstreit bei US-Army beendet

Die Gewerkschaft ÖTV hat Ende September für die 2000 bei den US-Streitkräften beschäftigten zivilen Wachmänner nach einem über zehn Monate währenden Konflikt einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Wachmänner erhalten ab 1. November eine Zulage von 90 DM im Monat für Nacht- und Schichtarbeit sowie zusätzlich eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 3,5 Prozent für Arbeiter, die über 183 Stunden im Monat arbeiten. Für Angestellte wurde die Gehaltsstruktur verbessert. Ihre Arbeitszeit beträgt im reinen Wachdienst jetzt 173 Stunden pro Monat. Für andere als Wachleistungen kann sie bis auf 200 Stunden ausgedehnt werden, insgesamt erreichte die ÖTV damit eine Verringerung der Höchstarbeitszeit um 34 Stunden im Monat.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

30. November – 0,06 Mill.

Tischlerhandwerk Niedersachsen, Stadt Bremerhaven (13 300); Ernährungsindustrie Bayern (6200); feinkeramische Industrie Nordwestdeutschland und Hessen (4700); Erfrischungsgetränkindustrie Niedersachsen, Bremen, Bayern (4000); kunststoffverarbeitende Industrie Westberlin (2900).

31. Dezember – 0,7 Mill.

Hotel- und Gaststättengewerbe Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg – ohne Schwarzwald/Bodensee – Bayern (183 600); Holzverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin – ohne Hamburg, Bremen, Hessen, Saarland, Bayern (136 200); Tischlerhandwerk Hessen, Saarland, Bayern (37 900); Fleischerhandwerk Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern (72 300); Deutsche Seeschiffahrt (31 700); Hauswirtschaft Bayern (30 000); Deutsche Seehafenbetriebe Lübeck, Hamburg, Cuxhaven, Bremen, Brake, Nordenham, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Emden (18 000); Kfz-Handwerk Rheinland-Rheinhausen, Saarland, Westberlin (14 100); Bäckerhandwerk Niedersachsen, Bremen, Saarland (20 400); Elektro-, Klempner- und Heizungsbauerhandwerk Pfalz (11 100); Tankanlagenbau und Tankschutzgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (10 000); Mittelstandsbrauereien Bayern (10 000); Elektrohandwerk Rheinland-Rheinhausen, Saarland (8500).

31. Januar – 4,7 Mill.

Metallindustrie Bundesgebiet und Westberlin einschl. Gießereien – ohne VW (3 773 000); papier- und pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin (107 800); Schlosser- und Schmiedehandwerk Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern (97 100); Kfz-Handwerk Nordrhein-Westfalen, Nordwürttemberg/Nordbaden/Südwestfalen-Hohenzollern, Südbaden (58 200); Elektrohandwerk Niedersachsen, Bayern (42 400).

29. Februar – 1,0 Mill.

Bankgewerbe und Bausparkassen Bundesgebiet, Westberlin (320 000); Groß- und Außenhandel Hessen, Bayern (270 000); Elektrohandwerk Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern (98 100); Sägeindustrie Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Saarland (54 000).

Bundeshaushalt 1984: Platz eins für die Rüstung

Bundestag und Bundesrat beraten zur Zeit den Haushaltsentwurf 1984. Der Etat soll um 1,8 Prozent auf 257,75 Milliarden DM steigen. Gespart wird bei den Sozialausgaben, nicht aber bei den Rüstungskosten. Offiziell liegt der Einzelplan „Arbeit und Soziales“ weiterhin auf Platz eins, und zwar mit 60,20 Milliarden DM. Die Steigerungsrate ist mit 2,2 Prozent nur knapp überproportional im Vergleich zur Gesamtsteigerungsrate. 5,1 Milliarden DM werden jedoch eingespart. Offiziell auf Platz zwei folgt der Verteidigungsetat mit 48,3 Milliarden DM. Er liegt damit um 1,9 Milliarden DM oder rund 3,7 Prozent über dem des Jahres 1983.

Tatsächlich nehmen jedoch die Rüstungslasten Platz eins im Bundeshaushalt ein. In der Öffentlichkeit werden die Verteidigungsausgaben meistens mit den Kosten für die Bundeswehr gleichgesetzt, was dem Einzelplan 14 entspricht. Die NATO hat jedoch für alle Mitgliedsländer eine einheitliche Definition der Verteidigungskosten erarbeitet. Nach diesen „NATO-Kriterien“ kommen zum Einzelplan (Ep) 14 die Kosten für den Wehrbeauftragten, die Militärhilfe für andere Länder, den Bundesgrenzschutz, für Militärruhegehälter, Stationierungskosten sowie Personalverstärkungsmittel (= Gehaltserhöhung für Soldaten) hinzu.

Als Militärausgaben im weiteren Sinne, die nicht näher quantifizierbar sind, müßten hinzugerechnet werden:

- fiskalische Verluste durch kostenlose Überlassung von mindestens 190 000 Hektar Land an die NATO-Streitkräfte;
- Teile der Ausgaben für Forschung und Technologie, besonders für Luft- und Raumfahrt-, Datenverarbeitungs- und Atomforschung;
- indirekte Subventionen (Steuernachlässe, Abschreibungsvergünstigungen) für Unternehmen, die im Rüstungsbereich Forschung und Entwicklung betreiben;
- Kriegsfolgekosten (Kriegsopferversorgung);
- Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz;
- Beschaffung für die Bereitschaftspolizei der Länder.

Im Rahmen des Etats, so erläuterte Verteidigungsminister Wörner, sei es finanziell möglich, daß 1984 die Zahl der wehrübenden Reservisten mit 6000 um 1000 höher liege als 1983. Die Bundeswehr habe so die Möglichkeit, bis zu 180 000 Reservisten einzuziehen und deren Ausbildungsstand zu halten. Die Zahl der Längerdienenden würde unter den Haushaltsgesichtspunkten um 4500 auf 258 500 gesteigert werden können. Nach Wörner wird damit ein „effektiver Schritt“ zum Abbau des Unterführer-

mangels getan und Personalvorsorge für den Zeitraum ab 1985 getroffen, in dem wegen der geburtenstarken Jahrgänge die Zahl der Wehrpflichtigen stark absinkt.

Ein „erfreulicher Aufwuchs“ ist nach Wörner für die militärischen Beschaffungen zu verzeichnen. Gegenüber 1983 sind hierfür 6,5 Prozent mehr Mittel ausgewiesen. Damit könne nicht nur der Generationswechsel bei den Waffen fortgesetzt, sondern auch das erforderliche sogenannte Peripheriegerät für Aufklärung, Führung und Unterstützung beschafft werden. Für Munitionskäufe sind 200 Millionen DM mehr vorgesehen. Die Ausgaben für Fernmeldematerial steigen um 125 Millionen auf 620 Millionen DM. Um 8,6 Prozent steigen die Ansätze für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Wörner bezeichnet dies als eine Fortsetzung der „Trendwende“, die zur Anpassung der Bundeswehr an die fortschreitende rüstungstechnische Entwicklung erforderlich sei.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung betragen die Steigerungsraten für den Verteidigungsetat 1985 3,6 Prozent, 1986 und 1987 jeweils 3 Prozent.

Nachdem bereits in den Jahren 1982 und 1983 kräftig ins soziale Netz hineingeschnitten wurde, wird der soziale Bereich durch das Haushaltsbegleitgesetz ab 1. Januar um 5,1 Milliarden DM gekürzt. Folgende zusätzliche Einschnitte sind vorgesehen:

- Senkung der Leistungssätze beim Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld. Die Leistungen sollen für Leistungsempfänger ohne Kinder von 68 auf 63 Prozent gekürzt werden.
- Das Arbeitslosengeld nach der Ausbildungsvergütung wird erheblich gekürzt.
- Der Leistungssatz bei der Arbeitslosenhilfe wird für Empfänger ohne Kinder von 58 auf 56 Prozent abgesenkt.
- Das Unterhaltsgeld bei Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose wird gesenkt

(„großes“ Unterhaltsgeld) bzw. auf „Kann-Leistung“ umgestellt („kleines“ Unterhaltsgeld).

• Eingeschränkt werden die Leistungen im Bereich der beruflichen Rehabilitation und die Hilfen zur Förderung der Arbeitsaufnahme.

• Die Beitragssätze zur Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung werden indirekt angehoben durch stärkere Einbeziehung von Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Krankengeld in die Beitragspflicht.

• Die Renten sollen nicht mehr stärker steigen als die Nettoeinkünfte der Arbeiter und Angestellten.

• Der Zugang zur Erwerbsunfähigkeitsrente wird erschwert.

• Die kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Behinderte wird auf erheblich Gehbehinderte eingeschränkt.

• Schwerbehinderte sollen eine Eigenbeteiligung von 120 DM im Jahr in Form einer Jahreswertmarke zahlen.

• Das Mutterschaftsgeld wird nur noch drei statt bisher vier Monate gezahlt.

• Das Tagegeld für Mütter verringert sich von 25 auf 20 DM.

• Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes werden zur Kasse gebeten durch Verschiebung der Lohn- und Gehaltsanpassung, Absenkung der Eingangsbesoldung im höheren und gehobenen Dienst, Wegfall der Regelung über Anpassungszuschläge und des Zuschusses zur Gemeinschaftspflege.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV sieht in diesem Haushalt den bisher einschneidendsten Versuch, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik zum Nachteil der Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen, Rentner und Behinderten zu verändern. Er wirft der Rechtskoalition vor, sie trage mit ihrer verstärkten Sparpolitik zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei und nehme dabei bewußt ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Kauf.

In der Tat setzt dieser Haushalt die bereits von der SPD/FDP-Regierung betriebene Politik des Sozialabbaus und der Gewinnförderung mit noch größerer Konsequenz fort. Die Maßnahmen vermindern die Leistungen des Sozialstaates, erhöhen die Abgaben und Steuern auf die Masseneinkommen und entlasten die Unternehmer und Bezieher höherer Einkommen steuerlich.

Die im Haushalt 1984 konsequenter als bisher fortgesetzte Politik des Umverteilens zugunsten der Gewinne senkt die inflationsdepressive Kaufkraft. Diese Politik fördert jedoch nicht einmal die Privatwirtschaft schlechthin; sie schränkt sogar die Entwicklungsmöglichkeiten der meisten Unternehmen ein. Manfred Feustel

Immer mehr Arbeitslose

Im Herbst 1973 stiegen die Arbeitslosenziffern erstmals seit der zyklischen Krise von 1966/67 wieder deutlich an, sie erreichten Ende 1974 die Marke von einer Million und gingen seither nur noch kurzzeitig etwas zurück. Seit 1980 steigen sie weiter an, voraussichtlich wird im Winter 1983/84 die Marke von etwa drei Millionen erreicht werden. Die Arbeitslosenquote liegt bei 10 Prozent. Dabei ist einmal zu berücksichtigen, daß die registrierten Ziffern die wirkliche Entwicklung nur zum Teil ausdrücken. Denn im gleichen Zeitraum stieg die „stille Reserve“ nicht registrierter Arbeitsloser, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nur schätzungsweise ermittelt wird, von 200 000 auf etwa eine Million.

Zum anderen ist klar, daß die monatlichen oder jährlichen Durchschnittsziffern des Bestandes an registrierten Arbeitslosen über den Umfang und die Betroffenheit keine Auskunft geben. So hat das IAB, ausgehend von den im betrachteten Zehnjahreszeitraum registrierten Arbeitslosenmeldungen, eine Schätzung der Zahl der betroffenen Personen durchgeführt. Auf der Grundlage der Leistungsstatistik kam sie zu dem Ergebnis, daß von den 33 Millionen Arbeitslosenmeldungen zwischen 1974 und 1983 etwa 12,5 Millionen Personen betroffen gewesen sind. Das heißt, daß Mehrfacharbeitslosigkeit weit verbreitet ist, wer einmal arbeitslos geworden ist, steht ständig in der Gefahr, rasch wieder arbeitslos zu werden. Im Durchschnitt der betroffenen Personen ist jeder etwa 2,6mal arbeitslos geworden.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich deutlich verlängert: Während eine Arbeitslosigkeitsphase 1974 etwa 11 Wochen währte, sind es im Jahr 1983 schon 31 Wochen. Im Durchschnitt der zehn betrachteten Jahre währte jede Arbeitslosigkeit 19 Wochen. Die Betroffenen waren also zwischen 1974 und 1983 durchschnittlich 50 Wochen arbeitslos, d. h. eines von zehn Jahren.

Die große Zahl von Mehrfacharbeitslosigkeiten deutet darauf hin, daß es eine große Zahl von Personen gibt, die nicht unmittelbar betroffen waren: Das IAB geht von etwa 41 Millionen Erwerbspersonen aus, d. h., immerhin 28,5 Millionen Erwerbstätige machten im Untersuchungszeitraum persönlich keine Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit. Sicher ist der Betroffenheitsgrad höher als der vom IAB geschätzte Anteil von etwa einem Drittel: Es ist zu berücksichtigen, daß auch die Arbeitslosigkeit von Familienangehörigen von Beschäftigten die-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1976 = 100	August 1983	Veränderungen in v. H. gegenüber	
		Juli 1983	August 1982
Produktion	89,0	-6,2	-0,2
Auftragseingänge ¹⁾	96,4	+0,8	+9,4

¹⁾ nominal
(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	September 1983	Veränderung in v. H. gegenüber	
		August 1983	September 1982
Lebenshaltung	135,3	+0,2	+2,9
Industriepreise ^{1) 2)}	116,3	+0,6	+1,8
Landw. Erzeugerpreise ¹⁾	104,4	+1,0	-4,0
Importpreise ²⁾	118,3	+0,5	+1,2
Exportpreise ²⁾	113,3	+0,4	+2,0

¹⁾ August ²⁾ Index 1980 = 100
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (In 1000)

	September 1983	Veränderung in 1000 gegenüber	
		August 1983	September 1982
Arbeitslose	2134	-62	+314
Kurzarbeiter	470	+91	-113
Offene Stellen	78	-5	-3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Arbeitslosigkeit 1974-1983

	Durchschnittlicher Bestand an Arbeitslosen	Zugänge an Arbeitslosen	Bewilligte Anträge für Alg und Alhi	Leistungsempfängerquote %
1974	582 481	2 795 239	1 836 282	65,7
1975	1 074 217	3 450 298	2 651 128	76,8
1976	1 060 336	3 255 536	2 374 601	72,9
1977	1 029 995	3 315 014	2 344 962	70,7
1978	992 948	3 080 620	2 235 970	72,6
1979	876 137	2 843 702	2 063 154	72,6
1980	888 900	3 084 068	2 206 449	71,5
1981	1 271 574	3 531 038	2 623 034	74,3
1982	1 833 200	3 706 655	2 764 421	74,6
1983	2 350 000 ¹⁾	3 920 000 ²⁾	2 904 120 ²⁾	74,1
1974-1983	1 195 979 ³⁾	32 982 170 ⁴⁾	24 004 121 ⁴⁾	72,8 ³⁾

¹⁾ Projektion der Bundesregierung für das Jahr 1983

²⁾ Geschätzt

³⁾ Durchschnitt

⁴⁾ Summe

(Quelle: IAB-Mitteilungen 3/1983, S. 277)

se unmittelbar betrifft. Trotzdem ist es bemerkenswert, daß es immer noch eine Mehrheit von Erwerbstätigen gibt, die in den vergangenen zehn Jahren

nicht persönlich betroffen waren, während andererseits eine sehr große Minderheit mehrfach diese Erfahrung machen mußte.

J. G.

Im Mittelpunkt: Mobilisierung gegen Raketen und für 35 Stunden

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall konnte nicht beendet werden. Am Sonnabend, dem 15. Oktober, entschieden sich die Delegierten, nachdem sie erst gut die Hälfte der Entschlüsse und Anträge verabschiedet hatten, den Gewerkschaftstag zu unterbrechen und an einem anderen Tag, spätestens bis zum 31. Dezember 1983, fortzusetzen. Zuvor hatten die 551 Delegierten intensiv über die Geschäftsberichte, das Grundsatzreferat des neuen Vorsitzenden Hans Mayr und einen Teil der Entschlüsse und Anträge beraten sowie einen neuen Vorstand gewählt. Auch Änderungen der Satzung wurden beschlossen, so daß diese zum 1. Januar 1984 in Kraft treten können.

Von den 551 Delegierten kamen 439 aus den Betrieben. 112 waren hauptamtlich. Der Anteil der weiblichen Delegierten erhöhte sich gegenüber dem letzten Gewerkschaftstag, insgesamt waren 56 Frauen Delegierte. Das Durchschnittsalter betrug 46,3 Jahre und der durchschnittliche Monatsbeitrag (1 Prozent des Lohnes bzw. des Gehalts) 46,74 DM. Das Motto des Gewerkschaftstages lautete: „Durch Reform aus der Krise – Arbeit für alle – Mitbestimmung – soziale Demokratie.“

Der erste Schwerpunkt des Gewerkschaftstages war die Debatte über die Verhinderung der Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles. Schon in der Aussprache zum Geschäftsbericht und den zahlreichen Ergänzungsanträgen zur Entschlußung 3 „Frieden, Entspannung und Abrüstung“ zeigte sich, daß die Delegierten gewillt waren, in einigen wesentlichen Punkten die Akzente anders zu setzen als der Vorstand in seinen Entschlußungsentwürfen (siehe auch die umfangreiche Dokumentation der Diskussion auf den Seiten 13 bis 21 unseres Einhefters).

Über 30 Delegierte sprachen zu der Notwendigkeit politischer Widerstandsaktionen, einschließlich des Streiks. Nach stundenlanger Debatte einigte man sich, gegen eine beachtliche Minderheit, auf eine Kompromißformulierung: „Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IG Metall in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegungen gemäß § 2 unserer Satzung durchzuführen.“

Auch ein begrenzter atomarer Krieg, so wurde ergänzt, verwandele die BRD und Europa in eine atomare Wüste und vernichte damit auch „endgültig die vom Grundgesetz vorgegebene soziale und demokratische Ordnung“. Die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles, so wird jetzt festgestellt, „ver-

stößt gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes und muß verhindert werden“. Die Delegierten waren auch nicht bereit, einseitige Forderungen an die Sowjetunion zu richten. Jetzt werden „gleichzeitig die Sowjetunion, England und Frankreich“ aufgefordert, „die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen und die bereits stationierten, die schon heute eine Bedrohung ganz West- und Osteuropas darstellen, abzubauen“.

Während der Antragsberatung demonstrierte eine Delegation der Belegschaft von MAN Augsburg mit Spruchbändern in den Saal. Stehend brachen die Delegierten des Gewerkschaftstages in Ovationen aus. Sie setzten auch durch, daß den Kollegen, bei aller Zeitbedrängnis, das Wort gegeben wurde. Kritisiert wurde anschließend, daß kein Vorstandsmitglied auf dem Gewerkschaftstag einige Worte an die Kum-

Wahlergebnisse

zum geschäftsführenden Vorstand (Ergebnisse von 1977 in Klammern)

Wahlberechtigte		
Delegierte	551	(566)
1. Vorsitzender		
Hans Mayr	440	(489)
2. Vorsitzender		
Franz Steinkühler	494	(-)
Hauptkassierer		
Norbert Fischer	495	(471)
Weitere acht geschäftsführende Vorstandsmitglieder		
Horst Klaus	501	(-)
Hans Janßen	492	(387)
Hans Preiss	490	(475)
Karl-Heinz Janzen	483	(372)
Lutz Dieckerhoff	444	(454)
Rudolf Judith	444	(459)
Ferdinand Koob	387	(357)
Gudrun Hamacher	306	(-)
nicht gewählt		
Karin Roth	279	(-)

pels gerichtet habe. Das Zeitargument würde nicht stechen, denn zuvor sei der Gewerkschaftstag nur deshalb unterbrochen worden, damit sich der Vorstand fotografieren lassen könne.

Eine lebhafte Diskussion entwickelte sich um den Antrag 438, den die Antragskommission als Material an den Vorstand überweisen lassen wollte. Er lautet: „Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, Übereinstimmung mit den betrieblichen sowie den örtlichen Gewerkschaftsgremien herzustellen, bevor er sein offizielles Vorschlagsrecht von Arbeitnehmervertretern von Gewerkschaften für den Aufsichtsrat ausübt.“ Obwohl sich die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Rudolf Judith und Horst Klaus für die Empfehlung der Antragskommission aussprachen, änderte diese, unter dem Eindruck der Diskussion, ihre Empfehlung um in „Annahme“.

Auch zur Problematik der Abführung von Aufsichtsratsantienten mußte die Antragskommission, nachdem ihre Empfehlung „als Material“ abgelehnt worden war, noch einmal einen Vorschlag unterbreiten. Nunmehr ist festgelegt, daß alle Mitglieder der IG Metall, die als Arbeitnehmervertreter einem Aufsichtsrat angehören, „über die erhaltenen und korrekt abgeführten Tantiemen jährlich Rechenschaft abzugeben“ haben. Der Vorstand wird beauftragt, die Namen derer in „metall“ jährlich zu veröffentlichen, die ihre Tantiemen ordnungsgemäß, nicht ordnungsgemäß bzw. überhaupt nicht abgeführt haben. „Mitglieder, die sich nicht an die Abführungsbestimmungen halten, verhalten sich gewerkschaftsschädigend“, heißt es in dem einstimmig angenommenen Antrag.

Zu der Entschlußung 7 „Wirtschaftspolitik“ lag ein Ergänzungsantrag vor, der vorsah, nicht nur die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum zu fordern, sondern ergänzend dazu festzustellen: „Dies gilt insbesondere für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik“. Nachdem die Antragskommission ursprünglich „Ablehnung“ empfohlen hatte, korrigierte sie später ihre Empfehlung in „Material zu E 7“. Nachdem aber ein Delegierter nach dem anderen aus den Stahlrevieren auch diese neue Empfehlung heftig attackierte, entschloß sich die Antragskommission „demonstrativ“ unter den Bravorufen des Kongresses den Ergänzungsantrag zur Annahme zu empfehlen.

Auch in der Entschlußung 13 „Tarifpolitik“ konnten die Delegierten neue Akzente setzen. Entgegen der Empfehlung der Antragsberatungskommission wurde die „stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durch Sokel- oder Mindestforderungen im Rah-

men der jährlichen Tarifbewegung“ beschlossen.

Während es über das Ziel, die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich durchzusetzen, keine Meinungsverschiedenheiten gab, wurde über den zu beschreitenden Weg heftig gestritten (siehe hierzu auch die Seiten 13–21). Es ging vor allem darum, ob durch eine reine 35-Stunden-Forderung oder aber durch eine zusätzliche Einbeziehung der Arbeits- und Leistungsbedingungen bessere Mobilisierungsmöglichkeiten bestünden. Ein von 148 Delegierten unterzeichneter Ergänzungsantrag, der die Möglichkeit der Verbindung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit der tariflichen Regelung der Arbeits- und Leistungsbedingungen vorsah, wurde als Material angenommen.

Der § 3 Ziffer 2 der Satzung wurde jetzt so geändert, daß Arbeitslose, die vor ihrer Arbeitslosigkeit nicht Mitglied einer DGB-Gewerkschaft werden konnten, beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind und nachweislich und vorrangig eine Beschäftigung im Organisationsbereich der IG Metall anstreben, der IG Metall beitreten können.

Verteidigung der Einheitsgewerkschaft

Die IG Metall wird die Einheitsgewerkschaft gegen jeden Versuch ihrer Spaltung verteidigen. Sie lehnt entschieden jeden Versuch ab, mit der Spaltungsdrohung die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft einzuschränken. Die verschiedenen weltanschaulichen und politischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung – z. B. Sozialdemokraten, Christen, Kommunisten – haben ihren Platz in der IG Metall. Daran lassen wir nicht rütteln.

(Angenommener Antrag 157)

wobei allerdings die Mitgliedschaft erst voll wirksam werden wird mit der Aufnahme eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses im Organisationsbereich der IG Metall.

Entgegen der Empfehlung der Satzungsberatungskommission wurde der § 20 Ziffer 11 Absatz 3 der Satzung jetzt so geändert, daß auch der Ausländerausschuß Anträge an den Gewerkschaftstag stellen kann.

Bei den Vorstandswahlen kandidierten zwei Frauen, die vom Vorstand vorgeschlagene Gudrun Hamacher und die vom Frauenausschuß favorisierte Karin Roth. Wie aus der Übersicht über die Wahlergebnisse hervorgeht, war die Entscheidung letztlich denkbar knapp. Gudrun Hamacher erhielt 27 Stimmen mehr als Karin Roth. Heinz Schäfer

IG Drupa: Arbeitsniederlegungen gegen Atomraketen legitim

Verhinderung der Raketenstationierung, Tarifpolitik mit dem Schwerpunkt der 35-Stunden-Woche und die geplante Mediengewerkschaft standen im Mittelpunkt des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier, der vom 16. bis 22. Oktober 1983 in der Nürnberger Meistersingerhalle stattfand. Unter dem Motto „Sichere Arbeitsplätze – Frieden in der Welt“ haben die 280 Delegierten, davon 27 weibliche, im Namen von 145 000 Mitgliedern Akzente für eine interessenorientierte Gewerkschaftspolitik gesetzt.

Letztmalig erstattete Leonhard Mahlein, der 15 Jahre erster Vorsitzender dieser traditionsreichen Gewerkschaft war, Rechenschaft über die Arbeit der vergangenen drei Jahre. Der 62jährige Gewerkschaftsfunktionär hat aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht noch einmal kandidiert, bleibt aber bis 1985 Präsident der Internationalen Grafischen Föderation. Seine Reden in Nürnberg empfanden die Delegierten als ein Vermächtnis für die künftige Arbeit. Angesichts andauernder Wirtschaftskrisen mit verheerenden Folgen für die arbeitenden Menschen und einer wachsenden Kriegsgefahr erteilte Mahlein der Sozialpartnerschaftsideologie eine Absage und gab seiner Gewerkschaft mit auf den Weg, auch in Zukunft Gegenmacht und unabhängige Widerstandsorganisation gegen das Kapital zu sein. Mahlein appellierte an die Delegierten: „Ihr müßt die Einheitsgewerkschaft gegen alle Versuche, sie zu spalten oder in Mißkredit zu bringen... offensiv verteidigen.“ Mit stürmischen Ovationen dankten die Delegierten „Loni“ Mahlein und würdigten damit seine Verdienste für die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik.

Wie schon bei vergangenen Gewerkschaftstagen sparten die Delegierten bei der Debatte zum Geschäftsbericht – 46 Redner kamen zu Wort – nicht mit Kritik. Unzufriedenheit zeigte sich u. a. mit den Ergebnissen der Tarifpolitik und der noch ungenügenden Koordination mit den anderen DGB-Gewerkschaften. Immer wieder wurde das enge Wechselverhältnis zwischen den Unternehmerverbänden und der Regierung Kohl, einschließlich des Bundesarbeitsministers Blüm, angegriffen und deren sozialreaktionäre Politik entlarvt.

Positiv hat sich die gewerkschaftliche Frauenarbeit entwickelt. Nach dem Bericht der Bundesfrauensekretärin Gisela Kessler konnte gegenüber 1972 die Quote der gewerkschaftlich organisierten Frauen von 23 auf 44 Prozent gesteigert werden; bei den weiblichen Angestellten ist die Zahl der Organisierten im gleichen Zeitraum von 2792 auf 9087 gestiegen. Von den 6550 Neu-

aufnahmen seit dem letzten Gewerkschaftstag 1980 in Augsburg waren 5590 Frauen.

Bei einigen Diskussionsrednern zeigten sich resignative Tendenzen, wogegen sich der nunmehrige stellvertretende Vorsitzende Dettlef Hensche aussprach. Nach seiner Meinung wären ohne die Kämpfe der letzten Jahre die Reallohnverluste und der Abbau sozialer Leistungen noch größer gewesen. Zu den Erfolgen zählte er bei allen Unzulänglichkeiten auch das gewachsene Bündnis mit der Friedensbewegung, und er verwies, wie zahlreiche andere Redner, auf den DGB-Aufruf für fünf Minuten Arbeitsruhe. Wörtlich führte Hensche aus: „Fünf Minuten Arbeitsruhe in den Betrieben... unter dem Druck arbeitsrechtlicher Konsequenzen bedeuten mehr Risiko als eine Blockadeaktion draußen vor der Kaserne... Der Polizeigriff ist heutzutage immer noch harmloser als die Kündigung und der Existenzverlust.“

Die Verhinderung der Raketenstationierung und das notwendige Bündnis der Gewerkschaftsbewegung mit der Friedensbewegung war einer der Höhepunkte der Debatte um die 363 Anträge, 15 Initiativ- und zahlreichen Änderungsanträge. Nach langer Aussprache über die 12 Anträge zu Frieden und Abrüstung legten Hauptvorstand und Landesbezirksvorsitzende einen Kompromiß vor, der das einstimmige Votum des Gewerkschaftstages fand. Der umfangreiche Beschluß fordert erneut die Regierungen der NATO-Staaten auf, „den sogenannten Nachrüstungsbeschluß vom Dezember 1979 rückgängig zu machen und auf die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen zu verzichten“. Weiter heißt es: „Die Rüstungshaushalte aller Länder sind in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der UNO um jährlich 10 Prozent zu senken. Die eingesparten Mittel sind vornehmlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit, für soziale Reformen... einzusetzen.“

Mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog setzt sich die IG Druck und Papier für eine stärkere Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ein und

ruft zum verstärkten Widerstand in den Betrieben gegen die Raketenstationierung auf. Zur Frage des politischen Streiks heißt es: „Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist mit geeigneten Mitteln im Sinne des Grundgesetzes gewaltfrei Widerstand zu leisten; von den Mitgliedern erwartet der Gewerkschaftstag, daß sie sich an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen wie demonstrativen Arbeitsniederlegungen beteiligen.“

Schon zuvor diskutierte der Gewerkschaftstag über die Tarifpolitik. In dem angenommenen Grundsatzbeschluß heißt es zu den Schwerpunkten tarifpolitischer Arbeit:

• „Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist in allen Tarifbereichen vorrangig durchzusetzen ...

• Noch vorhandene überholte Lohn- und Gehaltsstrukturen sind den veränderten Bedingungen anzupassen und

Wahlergebnisse

Von den 280 Delegierten erhielten die Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstands (GHV) und die besoldeten Hauptvorstandsmitglieder nachstehende Ja-Stimmen (Altersangaben hinter dem Namen).

Vorsitzender	
Erwin Ferlemann, 53	199
stellv. Vorsitzende	
Detlef Henschke, 45	203
Heinz Müller, 53	215
Weitere GHV-Mitglieder	
Hans-Joachim Frenzel, 52	229
Joachim Müller, 48	210
Besoldete HV-Mitglieder	
Frauensekretärin	
Gisela Kessler, 48	221
Jugend- und Bildungssekretär	
Ingo Lehmann, 40	133

mit der Zielsetzung gemeinsamer Tarifverträge unter Einschluß der Ausbildungsvergütungen fortzuentwickeln ...

• Der Schutz vor den negativen Folgen technischer und/oder arbeitsorganisatorischer Rationalisierung ist tarifvertraglich durchzusetzen.“

Für die bevorstehenden Tarifaufinandersetzungen im Frühjahr 1984 sollen diese drei Schwerpunkte den Unternehmen in einem Forderungspaket präsentiert werden. Von diesem Paket versprechen sich zahlreiche Funktionäre einen größeren Mobilisierungseffekt der Mitglieder, als wenn nur die nackte 35-Stunden-Woche gefordert würde. Andere Gewerkschafter hingegen äußerten Zweifel, ob sich die IG Druck und Papier mit dem umfangreichen Forderungspaket – neben der Sicherung und Erhöhung der Realeinkommen – nicht übernehme. Keine Meinungsverschiedenheiten herrschten darüber, daß der Kampf um die 35-Stunden-Wo-

che nur erfolgreich geführt werden kann, wenn die „Vorstände auf allen Ebenen ... eine verbesserte, gezielte und kontinuierliche Zusammenarbeit mit allen Einzelgewerkschaften im DGB und mit dem DGB herstellen.“

Mit großer Einmütigkeit bekannten sich die Delegierten nicht nur zur Medien-gewerkschaft, sondern legten auch fest, daß bis Anfang 1985 ein Satzungs-entwurf gemeinsam mit der RFFU, den übrigen Verbänden der Gewerkschaft Kunst und dem außerhalb des DGB stehenden Deutschen Journalisten-Verband zur Mitgliederdiskussion vorgelegt und auf einem späteren außerordentlichen Gewerkschaftstag verabschiedet werden soll. Möglicherweise könnte der nächste ordentliche Gewerkschaftstag schon ein Vereinigungskongreß der geplanten IG Medien und Kultur sein. Die verstärkte Kapitalkonzentration im Medienbereich, die Angriffe auf den öffentlich-rechtlichen Status von Rundfunk und Fernsehen und nicht zuletzt der Einsatz neuer Medientechniken im Profitinteresse machen den Zusammenschluß zu einer Mediengewerkschaft dringend notwendig (vergl. auch Alfred Horné, letzte Seite dieser Ausgabe).

Mit den übrigen Anträgen nahmen die Delegierten fast zu allen aktuellen gewerkschaftspolitischen Fragen Stellung. Der Inhalt reichte vom Protest gegen die Giftgaslagerung in der

Bundesrepublik über die Ablehnung der geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechtes, dem Kampf gegen Neofaschismus und Berufsverbote bis zum Widerstand gegen die Rotstiftpolitik, bis hin zur Herabsetzung der gesetzlichen flexiblen Altersgrenze für Männer auf 58 und für Frauen auf 55 Jahre.

Hervorzuheben sind noch zwei Satzungsänderungen: Arbeitslose, die vorher im Geltungsbereich der IG Druck und Papier gearbeitet haben oder als Schulentlassene dort einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz suchen, können jetzt Mitglieder der Gewerkschaft werden. Künftig kann der Hauptvorstand auch ohne vorherige Urabstimmung zum Streik aufrufen. Aber auch hier muß er sich der Zustimmung der Mitglieder sicher sein.

Der neue Vorsitzende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, versprach den Delegierten, den bewährten Kurs konsequenter Interessenvertretung, wie er unter der Führung seines Vorgängers Mahlein praktiziert wurde, fortzusetzen. Die IG Druck und Papier hat jetzt mit Detlef Henschke (bisher Redakteur) und Heinz Müller (bisher Sekretär) zwei gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes. Neu in dieses Gremium kam der bisherige persönliche Referent von Leonhard Mahlein, Hans-Joachim Frenzel. W. Petschick

5 Mahnminuten im Betrieb

Am 5. Oktober haben in den Betrieben und Verwaltungen Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte entsprechend einem Aufruf des DGB-Bundesvorstands in der Zeit von 11.55 bis 12.00 Uhr die Arbeit niedergelegt. Damit protestierten sie gegen den Rüstungswahnsinn und unterstrichen die gewerkschaftliche Forderung, daß keine neuen Raketen stationiert werden. In vielen Fabriken standen die Bänder, ganze Belegschaften versammelten sich vor den Werkstoren, Postämter schlossen die Schalter, Warenhäuser die Kassen, Straßen- und U-Bahnen unterbrachen den Verkehr, der Norddeutsche Rundfunk legte eine fünfminütige Sendepause ein.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und zahlreiche Unternehmer hatten im Vorfeld dieser Aktion durch massive Drohungen versucht, die Belegschaften einzuschüchtern und im Falle der Arbeitsniederlegung arbeitsrechtliche Konsequenzen in Aussicht gestellt. Angesichts der Massenbeteiligung an den fünf Mahnminuten für den Frieden haben es die Unternehmer nicht gewagt, ihre unverschämte Drohung in die Tat umzusetzen. Während der Aktionen wie auch

bei den im vergangenen Monat stattgefundenen vier Gewerkschaftstagen erhoben zahlreiche Funktionäre die Forderung: Die Arbeitsruhe in den Betrieben für eine politische Forderung dürfe nicht auf einmal und auf fünf Minuten beschränkt bleiben, sondern müsse wiederholt und auch gegen die sozialreaktionären Abbaupläne der Bundesregierung, wie beispielsweise gegen die Wiedereinführung der Karenztage im Krankheitsfalle, angewendet werden.

Zum Zeitpunkt der fünf Mahnminuten für den Frieden hatte der DGB am 4. und 5. Oktober zu einer internationalen friedenspolitischen Konferenz nach Köln eingeladen. Während der allgemeinen Arbeitsruhe in den Betrieben sprach der DGB-Vorsitzende Ernst Breit zu den rund 400 Teilnehmern

Kritisiert haben mehrere Teilnehmer, daß zu der internationalen Tagung nur Gewerkschafter und Politiker aus Westeuropa eingeladen waren. Breit erklärte zwar auf Befragen, daß die Beziehungen des DGB zu den Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern fortbestehen, aber der DGB hat hier erneut eine Chance des Dialogs mit diesen Gewerkschaften vertan. P.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

14. Gewerkschaftstag der IG Metall mit wachen Delegierten

Auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall (Bericht hierzu Seiten 10/11) waren es neben der Neuwahl von drei Vorstandsmitgliedern vor allem drei thematische Schwerpunkte, die die Diskussion bestimmten: 1. Der Kampf um den Frieden, vor allem um die besten Kampfformen hierzu; 2. der Kampf um die 35-Stunden-Woche, vor allem auf welchem Wege die beste Mobilisierung der Mitgliedschaft erreicht werden kann und 3. die Stahlkrise und die gewerkschaftlichen Lösungsvorschläge. Da wir in einer unserer nächsten nachrichten-reihen (Nr. 31), die zu Beginn des Jahres 1984 erscheinen wird, die zum Teil sehr umfangreichen Entschlüssen und Anträge, die der Gewerkschaftstag verabschiedete, dokumentieren, wollen wir hier einen Teil der Delegierten zu Wort kommen lassen.

Steinkühlers Vorstellung

Der neugewählte 2. Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, bisheriger Bezirksleiter in Stuttgart, stellte sich den Delegierten mit der folgenden Rede zur Wahl:

Ich bewerbe mich heute vor euch und bei euch, nachdem man mir das zugetraut hat, nachdem der Vorstand unserer Organisation mich nominierte. Euch allen wurden oder werden noch schriftliche Unterlagen über meinen bisherigen Lebensweg ausgehändigt. Ich weiß, daß die meisten von euch bereits eine bestimmte Vorstellung, ein bestimmtes Bild von mir haben, teilweise geprägt aus eigener Erfahrung und zum Teil wohl auch durch die Medien.

Ich will deshalb nur durch wenige Sätze versuchen, dieses Bild zu ergänzen. Einen Teil meiner Kindheit verbrachte ich in Luftschuttkellern und Güterwagen, als wir, nachdem wir in Gelsenkirchen ausgebombt waren, quer durch Deutschland nach Niederbayern evakuiert wurden. Wir, das waren damals mein jüngerer Bruder, meine Mutter und ich. Mein Vater war in russischer Gefangenschaft.

Im Jahre 1951 begann ich in Göppingen eine Lehre als Werk-

zeugmacher. Es gab damals noch 11,5 Prozent Arbeitslose. Und eine ordentliche Lehrstelle für den Sohn zu bekommen, das hat damals die Familie Tag und Nacht umhergetrieben. Das bedeutete damals Dutzende von Bewerbungen und Vorstellungen. Das bedeutete Dutzende von Bittgängen bei Unternehmern und Lehrherren für die Eltern, das bedeutete auch Erniedrigung und Angst. Das waren Zeiten, die schon ein bißchen schlechter als die heutigen waren.

Daß ich damals auch gleich IG-Metall-Mitglied wurde, dafür sorgten mein Betriebsratsvorsitzender und der damalige Bevollmächtigte in Göppingen, der Kollege Willi Bleicher. Ich wurde Jugendvertreter, weil ich mich eingemischt habe. Unrecht, das Schwächeren geschah, hat mich stets empört. Taktisch kluge Zurückhaltung in solchen Fällen war damals nie meine Stärke und ist es wohl auch heute noch nicht.

Später wurde ich dann auch Betriebsrat und Betriebsratsvorsitzender. Einmal wurde ich fristlos entlassen. Beitragskassierer war ich ebenfalls. Das wurde ich selbstverständlich nicht, weil ich mich danach gedrängt hätte, sondern weil es eben einer machen mußte. Langsam kam eine ganze Reihe weiterer gewerkschaftlicher und politischer Funktionen hinzu. Ihr wißt ja, ein Amt zieht das andere nach sich. Zeitweise war es sehr viel, was da an Arbeit auf mich zukam, aber es war mir nie zu viel.

Während meiner Lehre als Werkzeugmacher besuchte ich dreimal wöchentlich das Abendgymnasium, um mir die Fachschulreife zu erwerben. Meine Aufnahme in die Ingenieur-Fachschule Esslingen scheiterte nicht an der Aufnahmeprüfung – die hatte ich bestanden –, sondern am Geld, das meine Eltern damals nicht aufbringen konnten. Ich sage das deshalb, weil man daraus ersehen kann, daß unsere Arbeit nicht vergebens war, daß wir trotz alledem vorwärtsgekommen sind.

Ich habe dann anschließend nach Feierabend meine Meisterprüfung und meine Refa-Ausbildung gemacht. Während dieser Zeit war ich selbstverständlich aktiv als Jugendleiter unserer IG Metall in der Vertreterversammlung und in der Ortsverwaltung tätig. Diese Zeit damals hat mir sehr viel gegeben. Sie hat mich geprägt und meinen politischen Instinkt gebildet und auch sicher gemacht. Kollegen wie Willi Bleicher hatten daran einen entscheidenden Anteil.

Was immer ich auch von mir sagen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es stets als meine Pflicht betrachtet, das mir Angetragene zu übernehmen, mir dabei die Fähigkeit zur Selbstkritik zu erhalten im Sinne von Theodor Fontane, der einmal schrieb: Die menschlichste Eigenschaft ist die Selbstironie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man sagt von mir, der ich mich heute hier bewerbe, ich sei ein Radikaler. Das habe ich während dieses Kongresses in der bürgerlichen Presse gelesen. Ich kann nur sagen, da habe ich großes Glück gehabt. Viel schlimmer wäre es, wenn man in diesen Blättern schreiben könnte, ich sei ein Lauer.

Was diese angebliche Radikalität betrifft, so gibt es ein paar Gebiete, wo ich Kompromisse nicht schließen würde, wenn wir die Kraft haben, unsere Ziele zu erreichen. Dazu zählt beispielsweise die Mitbestimmung. Virchow, ein großer Arzt und Liberaler, sagte dazu bereits im Jahre 1850: Kapital und Arbeit müssen mindestens gleichberechtigt sein, und es darf nicht mehr die lebendige Arbeit dem toten Kapital unterwürfig sein. Des weiteren zählt für mich auch dazu die Humanisierung der Arbeit; denn ein würdiges Leben findet seinen Ausdruck nicht nur in der Freizeit, sondern in der Existenzmitte der Menschen,

Inhaltsverzeichnis:	
14. Gewerkschaftstag der IG Metall mit wachen Delegierten	13–21
Sind Gewerkschaften von Natur aus reformistisch?	22
Neue ÖTV-Leitsätze für die Vertrauensleutearbeit	23

am Arbeitsplatz. Der große Friedrich Schiller sagte dazu: Ewig nur an ein einzelnes kleines Bruchstück des Ganzen gefesselt, bildet sich der Mensch selbst nur als Bruchstück aus. Ewig nur das eintönige Geräusch des Rades, das er umtreibt, im Ohre, wird er, anstatt die Menschheit in seiner Natur auszuprägen, bloß zu einem Abdruck seines Geschäfts. Wenn wir heute noch genauso denken wie die liberalen Bürger der 48er Jahre, dann ist das ein Erbe, das wir einklagen müssen. Aber dann sind wir nicht radikal geworden, sondern die anderen reaktionär.

Ich glaube, daß Demokratie unteilbar ist. Und ich habe Zweifel, daß in einem Lande wirklich Demokratie herrscht, wo in der Existenzmitte, am Arbeitsplatz, der Obrigkeitsstaat so wie gegenwärtig Triumphe feiert. Zu den Gebieten, wo die Ergebnisse auch entscheidend von unserer Kraft abhängen, zählt für mich der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die uns schwächt, die unsere Existenz, unseren Lebensstandard, unsere Gesundheit, unsere Qualifikation, unser Selbstvertrauen und unsere Zukunft zerstören könnte, wenn wir die Entwicklung den Selbstheilungskräften des Marktes und dem Willen unserer politischen Gegner überließen. Ich halte wenig von den Investitionsneigungen der Unternehmer — das ist Serenissimus des 18. Jahrhunderts —, ich halte viel von unserer Kraft, wenn wir zusammenstehen, von dem starken Band der Solidarität, das den Schwachen hilft und den Starken stützt.

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sehen, welchen Belastungsproben wir in den kommenden Jahren ausgesetzt sein werden, und daß wir uns dabei nur auf uns und auf sonst niemanden verlassen können. Ich gehöre nicht zu denen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die glauben, daß ihre Lebenserfahrungen ausreichen, um einen sicheren Weg in die Zukunft weisen zu können. Aber wir müssen dafür sorgen, daß für uns, vor allem für die Jugend, Zukunft Hoffnung bleiben kann und nicht Bedrohung wird. Wer den Glauben an die Zukunft verliert, verliert die Kraft für das Heute. Ich werde es auch künftig für meine Pflicht halten, Anstöße zu geben, auch wenn ich das Risiko eingehe, hier oder dort anzustoßen. In gleicher Weise werde ich aber auch geduldig und lernbereit sein. Ich glaube, daß es darauf ankommt, hinzuhören und im Dialog zu bleiben.

Auf eine Reihe neuer politischer Fragen wird es keine raschen Antworten geben, meine ich. Vielleicht werden wir sogar Kraft brauchen, um manche Fragen zeitweilig offenzuhalten, weil sie noch nicht entscheidbar erscheinen. Gewerkschaftliche Arbeit wird auch in Zukunft auf die aktive Teilnahme Hunderttausender angewiesen sein. Sie wird auch in Zukunft nichts anderes sein als der tägliche, oft opfervolle Versuch, das Leben der anderen jeden Tag ein Stück menschlicher und würdiger zu machen. So gesehen ist gewerkschaftliche Arbeit auch nicht Mühsal — das war es für mich nie —, sondern die Chance zu Veränderung einer Welt, die wahrhaftig verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der eine oder andere hier im Saale hat vielleicht Anlaß, auf mich sauer zu sein; auch um sein Vertrauen werbe ich. Ich möchte das tun mit einem Satz von Bert Brecht, der einmal entschuldigend sagte: Die, die mir den Boden bereiten wollten für die Freundlichkeit, konnten selbst nicht freundlich sein. Wie immer ihr euch auch nachher entscheiden werdet, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde einer bleiben, dessen Pulsschlag ein ganz klein wenig schneller geht, wo immer er auch stehen mag, wenn er den Satz sagt: Ich bin ein Metall.

Frieden und Abrüstung

Erich Fieberling:

... Beschäftigt man sich mit der Entschliebung „Frieden, Entspannung und Abrüstung“, entsteht der Eindruck, daß man sich dieser Verantwortung entziehen will. Das ist eine substanzarme Bestandsaufnahme atomarer Bedrohung. Darauf beschränkt, wird es meiner Meinung nach nicht gelingen, mit dieser Entschliebung öffentliches Bewußtsein mitzuprägen und

weiterzuentwickeln. Die vorliegende Entschliebung 3 bleibt in ihrer Aussage in großen Teilen hinter der Entschliebung des letzten Gewerkschaftstages zurück.

Wurden in der E3 von 1980 noch alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Bundesrepublik aufgefordert, sich für die Sicherung des Friedens einzusetzen, so werden in der neuen nur noch „politische Kräfte in unserem Lande“ aufgefordert, „Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen“. Ist das etwa überflüssig oder sogar suspekt, auch die gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren? Vielleicht, weil man den politischen mehr zutraut? Ich erspare es mir, hier kundzutun, was ich mittlerweile vielen Politikern allein schon aufgrund ihrer ungeschminkten Äußerungen alles zutraue.

1980 forderten wir noch „Einsatz für den Frieden“, jetzt nur noch „Unterstützung“ der Friedenspolitik. Wo bleibt die nach wie vor wichtige Forderung, sich gegen eine Politik des kalten Krieges einzusetzen, der nach wie vor den Rüstungswahn moralisch begünstigt? Warum wurde aus der Forderung, keine militärischen Güter in Spannungsgebiete zu liefern, ein Appell an die Bundesregierung, Waffenhandel einzuschränken und Rüstungsexporte nicht auszuweiten? Etwa, weil bemerkt wurde, daß heute die ganze Erde, bald vielleicht auch noch der ganze Weltraum, ein einziges hochexplosives Spannungsfeld geworden ist?

Reicht es aus, wenn wir in der E3 fordern, daß sich die Bundesregierung zu bemühen hat, atomare, chemische und biologische Waffen vom Boden der Bundesrepublik entfernen zu lassen? Dieser Bundesregierung wird es nicht schwerfallen, „sich zu bemühen“, so wie sie sich ja auch bemüht, christlich und demokratisch zu sein.

Kolleginnen und Kollegen, habt ihr euch nicht auch schon gefragt, ob es wirklich erst fünf Minuten vor zwölf ist oder ob die von wenigen Personen gesteuerte Uhr überhaupt noch anzuhalten ist? Wir nehmen es teilweise gelassen hin, daß bei gleichzeitigen sogenannten Abrüstungsverhandlungen das Wettrüsten auf die Fähigkeit des ersten Schlages abzielt und die US-Militaristen die Vernichtung Europas ins Kalkül ziehen, dementsprechend planen, und wenn Politiker und Wissenschaftler prognostizieren, daß ein Atomkrieg immer wahrscheinlicher wird. Laut Carl Friedrich von Weizsäcker wird der dritte Weltkrieg stattfinden, wenn er gewonnen werden kann.

Wettrüsten führt nach allen unseren historischen Erfahrungen zum Krieg. Es gibt in der Geschichte kein Beispiel dafür, daß ein Machtkampf zweier Großmächte ohne Krieg entschieden worden wäre. Hinzu kommt, daß neuerdings die Vernichtung der Menschheit durch Versehen, technische Fehler oder durch menschliches Versagen bewirkt werden kann. Als würde Krieg nicht immer durch menschliches Versagen zustande kommen! Menschen versagen, wenn sie dem Profitstreben der Rüstungsindustriellen, der Lobby und den Machtneurosen von Politikern nicht entschlossen entgegentreten, und das in einem Stadium, wo es um das Überleben der Menschheit geht.

Uns steht die Entscheidung unausweichlich bevor: Verhindern wir die Stationierung amerikanischer Raketen, oder lassen wir sie uns aufzwingen? Wer uns bei dieser mörderischen Raketenaufrüstung das Recht zur Gegenwehr bestreitet, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Wahrscheinlich wären uns zwei Weltkriege erspart geblieben, wenn die Arbeiterbewegung geschlossen und konsequent Widerstand geleistet hätte. So (sagte) auch Detlef Hensche von der IG Druck und Papier.

Nicht nur mir ist es deshalb unbegreiflich, daß in Vorstandsverlautbarungen der politische Streik oder die Inanspruchnahme des Grundgesetzes auf Widerstandsrecht als Mittel zur Verhinderung der Raketenstationierung rigoros und zum Teil wegwerfend — ich erinnere an das Zitat: „Gewerkschaft als politisches Exerzierfeld“ — abgelehnt wurden. Auch werden alle Anträge von der Antragsberatungskommission zur Ablehnung empfohlen, die zum Widerstand gegen die Raketenaufrüstung aufrufen.

Wieso will der Vorstand — laut Presse — diesen Anträgen mit Nachdruck entgegentreten? Wäre diese Nachdrücklichkeit nicht für das Gegenteil notwendig? Es wird bei der Stationierung

der Atomwaffen zu organisiertem Widerstand kommen. Die Frage ist, ob die Gewerkschaftsführung sich an die Spitze dieser Friedensbewegung stellt, ob sie sich hilflos treiben oder schieben läßt oder ob sie die Friedensinitiativen zum Teil auch im Bunde mit dem politischen Gegner bekämpft, weil Gefahr besteht, mit einem Kommunisten oder einem Sponti in Kontakt zu kommen...

Es ist unabdingbar notwendig, unseren Widerstandswillen gegebenenfalls bis zum Generalstreik unmißverständlich klarzumachen. Dabei können wir uns auf Artikel 20 unserer Verfassung und auf § 2 unserer Satzung stützen. Klar ist, daß dieser Widerstand vieler mühsamer Zwischenschritte bedarf. Hierbei müssen wir uns ohne Scheu an die Spitze der Friedensbewegung stellen und alle demokratischen Friedensinitiativen offensiv unterstützen...

Richard Heller:

... Es geht darum, daß wir die richtige politische Diskussion um den richtigen Weg führen und das Recht auf Widerstand problematisieren und ausdiskutieren.

Das sind keine Formulierungsfragen, sondern hier stellt sich schon die Frage, ob man hier wirklich aus der Geschichte gelernt hat. Als unsere Satzung formuliert wurde, hatten deren Väter den Kapp-Putsch in Erinnerung. Und heute ist zwingende Vorschrift, daß wir generalstreiken müßten, wenn man sich vorstellt, daß eine Brigade Erhardt, oder heute Wehrsportgruppe Hoffmann oder wie immer sie heißen mag, putschen würde. Ich glaube, das ist unser Selbstverständnis. Und es stellt sich die Frage, ob wir soweit aus der Geschichte dazugelernt haben, daß es vielleicht auch ein anderes Widerstandsrecht gibt, wenn die Existenz einer Nation ausgelöscht werden kann. Das ist die entscheidende Frage.

Ich möchte an dieser Stelle wirklich die Dinge problematisieren und nicht nur um eine Wortformulierung ringen, obwohl ich weiß, daß es gerade auch hier um Wortformulierungen geht. Was haben wir denn aus der Geschichte gelernt, und wann sollen wir denn nachbeschließen? Imagegepflegt werden die Dinge ja aussehen, wenn sie hier stationiert sind. Ist denn in der Zeitspanne eines Computerfehlers die Zeit vorhanden, daß demokratisch legitimierte Beschlüsse über einen Generalstreik gefaßt werden können? Verstehen wir denn die Problematik dieser Auseinandersetzung überhaupt nicht? Diskutieren wir sie auch hier nicht, dann geht es uns natürlich so, daß uns die Kollegen wirklich nicht verstehen.

Wir können es in dieser existentiellen Frage nicht so machen, wie wir es mit den „Fünf Minuten vor zwölf“ gemacht haben. Sie war bei uns ein voller Erfolg, nur daß es da kein Mißverständnis gibt. Es geht aber nicht an, daß ein Gewerkschaftsvorstand oder ein Gewerkschaftstag einen Beschluß faßt, dann aber nur ein Flugblatt herausgibt und alles andere der Basis überläßt. An den Tagen davor, mindestens am 5. Oktober, habe ich sehr substantiell die letzte Mobilmachung des DGB-Vorstandes und auch unseres IG-Metall-Vorstandes schmerzlich vermißt. Es wäre hilfreich gewesen in den Auseinandersetzungen.

Und weil wir auch aus diesem kurz zurückliegenden historischen Fehler lernen müssen, müssen wir hier engagiert diskutieren, damit wir wissen, um was es geht. Natürlich ist es richtig, wie es Eugen Loderer gesagt hat, daß die SS 20 keine Knallerbsen sind, und natürlich fühle ich mich in Person von den SS 20 substantiell bedroht. Damit es hier keine Mißverständnisse gibt.

Aber wenn wir als Nation oder als Menschen uns einmal die Freiheit herausnehmen, auch in unserem Sinne egoistisch zu denken für die Chance des Überlebens, dann bedeutet die Gegenstationierung von „Pershing II“ nicht ein Mehr an Sicherheit, sondern die zwingende Zielvoraussetzung, daß innerhalb von fünf Minuten Vorwarnzeit die SS 20 auf dem Gebiet der Bundesrepublik niedergeht. Das ist hinreichend diskutiert,

und darin liegt die Problematik. Es gibt nicht ein Mehr an Sicherheit, sondern ein Höchstmaß an Unsicherheit und an Vernichtungspotential zu unseren Ungunsten.

Wir müssen die historische Stunde hier wirklich diskutieren. Es wird die Frage gestellt werden, was wir hier diskutiert haben. Die wenigen Überlebenden werden diesen Diskussionen sicherlich eine ähnliche Bedeutung beimessen wie die nachfolgenden Generationen den falschen Kriegskreditscheidungen im ersten Weltkrieg beigemessen haben. Nur werden es weniger sein, wenn es überhaupt noch welche gibt in dieser Nation. Die entscheidende Frage ist doch hier, ob wir das sehenden Auges nicht sehen wollen.

Es ist klar, daß es aus amerikanischer Sicht logischerweise ungefährlicher und problemloser ist, ein mögliches atomares Risiko auf ein anderes Land dieser Erde zu begrenzen. Aus amerikanischer Sicht ist das logisch, und das verstehe ich auch. Ich verstehe auch die Bürger von Montana, die die Interkontinentalraketen nicht in Montana stationiert haben wollen und dies mit dem Rückschlagrisiko begründen.

Ich frage, ob wir unseren Sicherheitsinteressen — ich rede jetzt von unseren — Genüge tun, indem wir uns quasi als atomare Geisel benutzen lassen, um bestimmte Politikspiele möglich zu machen. Wir sind aufgefordert, Kolleginnen und Kollegen, anders an die Sache heranzugehen. Wir müssen hier in einem viel umfassenderen Sinne aus der Geschichte lernen. Die Geschichte wiederholt sich nicht in aller Gleichmäßigkeit, sondern sie stellt uns vor immer neue Herausforderungen, die anders gesehen und entschieden werden müssen. Für mich ist die entscheidende Frage, ob wir die neuen Impulse verstehen und gegen sie standhalten können. Wenn wir den Frieden nicht sichern, ist alles andere für uns uninteressant. Diese Erkenntnis müssen wir uns deutlich vor Augen führen...

Berthold Huber:

... Obwohl ich es schon oft gehört habe, fehlt mir trotz allem der Glaube und die Behauptung, daß die deutschen Gewerkschaften schon immer an der Spitze der Friedensbewegung gestanden hätten. Oder täusche ich mich, wenn ich behaupte, daß es auch mal die Bewilligung von Kriegskrediten gegeben hat? Und in jüngster Vergangenheit vor lauter Ausgewogenheit die Gewerkschaften den Anschluß verpassen? Der 10. Oktober 1981 in Bonn fand zwar unter Beteiligung vieler Gewerkschaften statt, von An-der-Spitze-Stehen der Organisationen der IG Metall oder des DGB kann aber wohl keine Rede sein.

Es sei denn, um mit den Ausgewogenen zu sprechen, man sei unausgewogen, sprich: auf einem Auge blind — das dürfen wir bekanntlich doch nicht sein. Nein, Kolleginnen und Kollegen, wer an der Spitze stehen will, der kann dies nicht durch ständige Verweise auf seine Geschichte tun, er muß es ständig und aktuell in der politischen Auseinandersetzung beweisen.

Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterbewegung in der Lage ist, sich nicht nur verbal, sondern tatsächlich an die Spitze der Friedensbewegung zu stellen. Im Gegensatz zu anderen Schichten und Gruppierungen müssen wir nämlich in der Lage sein zu erkennen, daß Aufrüstung, daß zunehmende Kriegsgefahr nicht Produkt perverser Gehirne, sondern Ergebnisse gesellschaftlicher Verhältnisse sind. Wir sind es doch, die jeden Tag in den Fabriken und Verwaltungen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit spüren. Wenn wir schon Geschichte für uns reklamieren, dann doch, bitte schön, unsere eigene Geschichte, dann doch, bitte schön, unser eigenes daraus resultierendes Wissen, daß Kriege gesellschaftliche Ursachen haben, daß der Kampf um Märkte und damit der Kampf um Profite das Bewegungsgesetz ist, das die Richtung bestimmt, auch in Richtung Krieg.

Weil wir es sind, die dieses Bewegungsgesetz auf anderen Ebenen täglich zu spüren bekommen, müssen es doch auch wir sein, die innerhalb der Friedensbewegung darauf verwei-

sen, daß das Starren auf Waffen idealistisch ist. Sprich: evangelisch oder katholisch; wir müssen darauf verweisen, daß das Übel an der Wurzel gepackt werden muß, und darauf, daß ein Reagan, eine Thatcher, ein Kohl nicht irregeleitet oder unvernünftig sind, sondern sehr wohl auf allen Ebenen eine logische, eine vernünftige Politik betreiben, vernünftig in dem Sinne, daß sie die Interessen ihrer Fraktion, des Kapitals nämlich, vertreten. Derartiges deutlich zu machen, Kolleginnen und Kollegen, das verstehe ich unter Sich-an-die-Spitze-der-Friedensbewegung-Stellen.

Aber noch etwas anderes müssen wir darunter verstehen – das betrifft die Aktionsformen und Möglichkeiten. Unsere eigene Geschichte beweist, daß in elementaren Fragen nicht das Wort, sondern die Tat von entscheidender Bedeutung war. Ein Karl Liebknecht hat eben doch mit der Organisierung von Munitionsarbeiterstreiks im Jahre 1916 mehr für die Beendigung des Ersten Weltkrieges getan, als eine Bertha von Suttner je gegen den Ausbruch desselben Krieges hätte tun können.

Wenn deshalb manche Kollegen es sich auch als Verdienst andichten, die Generalstreikbewegung abgewehrt zu haben, so bezweifle ich, daß das ein Verdienst ist. Natürlich wäre es unsinnig, einen Generalstreik hier und jetzt zu fordern. Nur, wenn Anträge, die die Offenhaltung dieser Möglichkeit fordern, abgelehnt werden, so kann ich das nur mit dem Wort Selbstkastration charakterisieren.

Streiks, Kolleginnen und Kollegen, und noch weniger ein Generalstreik, lassen sich nicht auf Befehl des Mufti oder anderer herbeiführen. Es muß uns aber darum gehen, daß die Arbeitnehmerschaft sich selbst in die Lage versetzt, und zwar mit Hilfe ihrer Organisation, der IG Metall und der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund, sich in diesem Fall der Fälle eine solche Aktionsmöglichkeit offenzuhalten.

Kriegsgefahr und erst recht nicht Krieg lassen sich mit Worten, sondern nur mit Taten bekämpfen. Wenn dies, um einen Krieg zu verhindern, notwendig wäre, dann wäre es aus meiner Sicht kein Verbrechen. Wir würden uns schuldig machen, nicht auch und gerade zum Mittel des Streiks und noch mehr gegriffen zu haben. Die Gewerkschaftsbewegung hat dies – das zeigt auch die Geschichte – schon einmal versäumt...

Streik war noch nie ein ausgewogenes Mittel. Streik bedeutet, der Gewalt des Kapitals und diesem Bewegungsgesetz unsere Gewalt und unsere Macht entgegenzusetzen. Und wenn anders ein Krieg nicht zu verhindern ist, dann bin ich gegen diese Art von Anstand, gegen diese Art von Ausgewogenheit, weil sonst an ihrem Ende mal wieder unsere eigene Niederlage stehen wird.

Werner Hillenbrand:

... Sehr häufig wird gesagt – durch häufiges Wiederholen wird es nicht besser –, daß Bonn nicht Weimar sei. Noch nicht. Die Bedingungen sind zwar anders, aber die gesellschaftlichen Grundlagen sind noch immer gleich. Es besteht die Gefahr, daß diese als besser bezeichneten Bedingungen sich nach und nach verschlechtern. Dadurch verkehren sich die Grundlagen, unter denen wir seit Jahrzehnten kämpfen, ins Gegenteil.

Einschätzung der Notwendigkeit, handeln, wann handeln – das ist die Frage. Die geschichtliche Erfahrung müßte uns beweisen und belegen, daß wir in der Vergangenheit häufig zu lange gewartet haben. Dann war es zu spät. Häufig spielten auch Fehleinschätzungen der Situation eine ausschlaggebende Rolle. Aus der Geschichte lernen bedeutet, zu erkennen, daß die objektiv gesellschaftlichen Bedingungen sich nicht verändert haben. Noch immer stehen wir in der Auseinandersetzung um Verteilungsfragen und in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Aus der Geschichte lernen heißt, zu erkennen, daß noch immer oder schon wieder Krieg Mittel der Politik wird oder schon immer war. Aus der Geschichte lernen heißt, Notwendigkeiten früher erkennen, um dann konsequent zu handeln.

Der Widerstand gegen den Rüstungswahnsinn beruht auf Rüstungstechnologie und Angriffsstrategie, bedeutet einen Angriff auf unsere sozial- und gesellschaftspolitischen Errungenschaften. Er ist ein Angriff auf den Bestand dieses Staates und der Staaten in Europa. Er ist ein Angriff auf den Bestand der organisierten Arbeitnehmerschaft und ist akute Bedrohung unserer Existenz. Es ist sicher eine Einschätzungsfrage. Wie groß ist die Gefahr? Sind wir schon gezwungen, zu handeln?

Dazu einige Zitate. Der US-Admiral Gene LaRoque sagte am 29. April 1981: Es kommt zum Krieg, früher oder später! Er führte weiter aus: Er wird in Europa ausgetragen. Eugene Rostow, Leiter der US-Abrüstungsbehörde, stellte fest, daß wir in einer Vorkriegszeit und nicht in einer Nachkriegszeit leben. Daniel Elsborg, ehemaliger Berater des US-Präsidenten und Atomkriegsexperte des US-Verteidigungsministeriums, stellt fest: Die US-Regierung ist zum Atomkrieg entschlossen. Ein Nuklearkrieg bleibt auf Europa begrenzt. Wir werden die UdSSR schwer verwunden. Europa wird zu einer verseuchten Wüste mit Millionen von Toten, und die USA bleiben verschont.

Also planen die USA die Zerstörung der UdSSR durch einen Erstschat. Wir werden die Opfer dieses Erstschatls sein. Europa wird zum Friedhof gemacht. Ist das eine Verfassungsfrage? Das Grundgesetz verbietet die Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen. Im Verteidigungsfall, bei einem drohenden Angriff, wäre es möglich, einen sogenannten Erstschatl oder vorbeugenden Schlag zu führen. Aber dieser Schlag ist an drei Kriterien gebunden. Die Entscheidung darüber trifft die Bundesregierung bzw. Bundestag, Bundesrat oder Bundespräsident. Zweitens, dieser vorbeugende Schlag darf nur geführt werden, wenn eine unmittelbare Bedrohung gegeben ist. Und drittens, es muß die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewährleistet sein.

Das ist eine Friedensverpflichtung, die uns im Grundgesetz gegeben ist und die wir für grundsätzlich richtig halten. Erstschatlsüberlegungen mit Atomwaffen sind damit ein krasser Verstoß gegen unser Grundgesetz. Die Entscheidung darüber liegt beim US-Präsidenten. Es besteht die Planung, im Erstschatl 100 der führenden Köpfe der UdSSR auszuradieren. Es wird ganz konkret unter Fehleinschätzung der Verhältnismäßigkeit vom Atomschatl gesprochen. Tendenzen sind also erkennbar. Tendenzen an uns vorbei, an der Bevölkerung vorbei, unsere Verfassungsnormen in Frage zu stellen oder nicht zu beachten. Wir werden zum Objekt der Militärstrategen. Wir sagen dazu aber nein. Widerstand ist berechtigt, und er ist notwendig.

Georg Pfeifenroth:

... Ich bin ein ganz einfacher Vertrauensmann, ich bin kein Weltpolitiker und kein Militärstrategie. Mich bewegt folgendes: Ich habe Angst vor der Stationierung dieser Raketen. Ich habe Angst vor der Aufrüstung. Ich habe Angst vor den politischen und sozialen Folgen der gegenwärtigen Krise. Vor allem aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedrückt mich die Schwere der Aufgabe, die ich auf mich zukommen sehe, angesichts dieser massiven Bedrohung. Ich weiß, ich muß mobilisieren, um meinen Aufgaben als Interessenvertreter gerecht zu werden. Davor habe ich sehr große Angst; das gebe ich unumwunden zu.

Ich habe mich schon oft dabei ertappt, in ähnlichen Fragen zu resignieren, und habe oft nur mit halbem Herzen gekämpft mit der heimlichen Ausrede, daß wir das sowieso nicht schaffen. Und dann habe ich auch nicht konsequent zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen gekämpft. Das muß ich offen zugeben. Aber ich habe auch schon anders gehandelt, und darauf bin ich stolz. Ich habe dann anders gehandelt, wenn ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen ein klares Ziel vor Augen hatte, wenn wir gemeinsam gesagt haben: „Jetzt gehen wir ran!“ Ich konnte anders handeln, wenn – wie beispielsweise jetzt bei der 35-Stunden-Woche – von der Gesamtorganisation klare Perspektiven aufgezeigt wurden und wir mit aller Kraft gemeinsam versuchen konnten, das vorgegebene Ziel zu erreichen. Dann waren wir stark. Dann war zwar die Arbeit nicht leicht – sie wird ja auch in Zukunft

nicht leicht sein –, aber dann fühlte ich mich wohl, und ich konnte arbeiten. In anderen Fällen fühlte ich mich schlecht.

Noch eines: Unsere alten Vorkämpfer – das habe ich in dieser Organisation aus der Geschichte erfahren – der Arbeiterbewegung haben in der Vergangenheit aus schier aussichtslosen Positionen mobilisiert und gekämpft und sehr viel riskiert, wesentlich mehr als wir heute riskieren müssen. Sie haben auch viel erreicht zu unserem Glück, aber sie haben auch viele Niederlagen hinnehmen müssen, genau wie das bei uns heute auch geschieht. Die dunklen Punkte unserer eigenen Geschichte sind nicht, wenn wir verloren haben, weil wir zu schwach waren, sondern wenn wir die Kraft unserer eigenen Bewegung mit kleinem Herzen beurteilt haben, wenn wir angepaßte Politik betrieben haben, wenn wir auf ein Lichtlein gewartet haben, anstatt uns auf unsere eigene Kraft zu besinnen.

Laßt uns Konsequenzen aus dieser Geschichte ziehen, laßt uns klar sagen, daß die Raketenstationierung unser Leben, unseren Staat und damit auch unsere Grundordnung auf das schärfste bedrohen. Laßt uns klar sagen, daß dieser Bedrohung mit Aktionen des Widerstandes bis hin zum Streik entgegengetreten werden muß. Wenn wir diese klare Sprache nicht sprechen und wir unseren Kollegen diesen klaren Weg nicht zeigen, dann werden sie uns auch nicht folgen.

Tarifpolitik und 35-Stunden-Woche

Gert Bauer:

Laßt mich ein paar „Wahrheiten“ hinterfragen, mit denen wir heute unser Tun legitimieren. Wahrheiten, die aber trügerisch sind, wenn wir darauf kurz- oder mittelfristig unsere Tarif- und Gesamtpolitik aufbauen. Ich beziehe mich auf den schriftlichen Geschäftsbericht. Dort heißt es zum Tarifabschluß '82, die IG Metall habe breites öffentliches Lob und innerorganisatorische Zustimmung erhalten. Diese Aussage ließe sich genauso übertragen auf den Tarifabschluß des Jahres 1983. Auf der Ebene der Erscheinung mag diese Aussage völlig richtig sein. Wer aber – das ist zumindest meine Position – glaubt, daß er auf der Basis gerade dieser innerorganisatorischen Zustimmung oder gar des breiten öffentlichen Lobes in Zukunft unsere Politik entwickeln kann, der bewegt sich in einer Einbahnstraße, die am Schluß in einer Sackgasse enden wird.

Was dieses öffentliche breite Lob betrifft, so ist das doch das Lob des Gegners. Es war das Lob dafür, daß die Organisation nicht in der Lage war, berechnete Mitgliederinteressen durchzusetzen. Bejubelt und beklatscht wurde die Senkung der Reallohne und der Realeinkommen, gelobt wurde die angebliche Bereitschaft zur gesamtwirtschaftlichen Verantwortung. Dabei war gemeint möglicherweise die Nachgiebigkeit gegenüber Kapitalinteressen.

Wenn damit unsere eigene Politik legitimiert werden soll, dann müssen wir uns wahrlich des Satzes von August Bebel erinnern, der hier sicher hinreichend bekannt ist und deshalb nicht minder richtig, der deutlich macht, was davon zu halten ist, wenn uns unsere Gegner loben.

Nun zu der innerorganisatorischen Zustimmung. Sie war aufgebaut auf einem Begriff, mit dem ja immer jongliert wird, einem Begriff, der schillert und der selten hinterfragt wird, dem Begriff der Erwartungshaltung der Kollegen. Doch diese immer zitierte Erwartungshaltung, Kolleginnen und Kollegen, die kommt nicht von selbst. Sie wird geprägt durch die ökonomischen Rahmenbedingungen. Geprägt dadurch, daß Massenarbeitslosigkeit als Mittel eingesetzt wird, um Angst, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit zu verbreiten. Das wirkt, das wissen wir aus dem Betrieb, weil wir viel zuwenig dagegen ansteuern und politische Ursachen klarlegen. Geprägt wird diese Haltung durch die vom Gegner organisierte Meinungsmache in Presse, Funk und Fernsehen. Es ist eine Meinungsmache, die gegen uns gerichtet ist, gegen unsere Interessen. Geprägt wird diese Haltung auch durch die Ahnung und Erfahrung unserer Kollegen im Betrieb, daß die Versicherungsagentur Ge-

werkschaft nicht mehr so funktionieren kann und nicht mehr funktioniert wie früher.

In Krisenzeiten sind eben am Verhandlungstisch keine Blumentöpfe mehr zu holen. Geprägt wird dies auch durch die Ahnung des Scheiterns eines sozialpartnerschaftlichen Instrumentariums, weil die Prämissen einer solchen Politik – die Prämissen von Wachstum und Konjunktur – heute nicht mehr gegeben sind. Geprägt wird am Schluß diese Haltung auch durch Halbheiten und Inkonsistenzen von uns selber. Angefangen vom betrieblichen Funktionär bis hin zur Spitze.

Aber was ist der eigentliche Inhalt dieser Erwartungshaltung? Was bedeutet es, wenn wir 6,5 oder 7,5 Prozent mehr Lohn fordern, und im Betrieb sagt jeder Kollege, dann kommen drei bis vier Prozent heraus. Das ist doch schon lange ausgemacht. Was wollt ihr uns überhaupt fragen? Was kommt damit zum Ausdruck? Daß viele Kollegen kein Vertrauen mehr haben, daß die Organisation in der Lage ist, berechnete Forderungen durchzusetzen. Diese Erwartungshaltung beinhaltet mangelndes Vertrauen, Skepsis, ja gelegentlich Mißtrauen gegenüber der Organisation. Darauf baut diese breite Zustimmung zu schlechten Abschlüssen auf. Damit können wir schlechte Abschlüsse nicht legitimieren. Diese Haltung ist katastrophal für die IG Metall, weil sie nicht die Identifikation mit der Organisation hervorruft, sondern Gleichgültigkeit schafft.

Gleichgültigkeit ist schlimm in bezug auf das, was vor uns steht. Ich will hier nicht falsch verstanden werden. Ich will keine einseitige Schuldzuweisung zum Beispiel an den Vorstand machen, daß in den letzten Jahren das Vertrauen in den Betrieben kleiner geworden ist. Wir wissen wohl, daß es ein Wechselverhältnis zwischen Führung und Mitgliedern auf jeder Ebene gibt. Wir wissen selbstverständlich auch, daß Führung nicht weiter vorausgehen kann, als Mitglieder bereit sind zu folgen. Aber Führung muß auf jeden Fall vorausdenken und vorausgehen. Sich zu legitimieren und auszuruhen auf der derzeitigen Stimmung im Betrieb, auf der derzeitigen Bereitschaft, das wäre die vorprogrammierte Niederlage in der Auseinandersetzung, vor der wir stehen.

Selbstverständlich wissen wir auch, daß es für eine so große Organisation wie die IG Metall schwierig ist, sich gänzlich umzuorientieren von einer Periode der Verhandlungen in Konjunkturzeiten auf eine Periode der Kämpfe in Krisenzeiten. Dieser Prozeß ist sicher noch lange nicht innerhalb dieser Organisation abgeschlossen. Wir müssen aber lernen, diesen Prozeß ganz schnell abzuschließen.

Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben sind überall nicht kampfwütig. Aber je mehr Vertrauen verlorengeht, desto schlechter und schwieriger wird es für uns, zu mobilisieren, wenn wir müssen. Wir müssen es heute ja eigentlich fast das ganze Jahr über, weil wir tagtäglich Konflikte zu bestehen haben und uns durchsetzen müssen.

Sicherlich, wenn wir die letzten drei Tarifbewegungen anschauen, stand die Frage, können wir Geld sparen für den Kampf um die 35-Stunden-Woche, von dem wir ja sagen, daß er eine historische Bedeutung hat, oder gelingt es dem Gegner unter Umständen, uns finanziell auszubluten. Wenn wir nächstes Jahr in diese Auseinandersetzung gehen, dann brauchen wir nicht nur Geld – dann brauchen wir viel, viel Vertrauen. Dann brauchen wir Bewußtsein der eigenen Interessen, Bewußtsein der eigenen Kraft.

Wir müssen eine politische Auseinandersetzung führen und keine herkömmliche. Was passiert, wenn möglicherweise nach dem Beginn eines Schwerpunktsstreiks es zu einer bundesweiten Flächenaussperrung kommt? Können wir dann nur mit Geld bestehen? Oder hauptsächlich mit Geld? Oder ist nicht Geld berechenbar, wie schnell möglicherweise unser Kampf zu Ende geht? Vielleicht auch berechenbar, mit welchem Ergebnis?

Müssen wir nicht gerade das Bewußtsein und die Bereitschaft unserer Mitglieder erst recht haben? Müssen wir nicht auch Fragen stellen, ob die Qualität unserer Kampfmaßnahmen geändert werden muß? Wenn es zu einer solchen Aussperrung käme, wäre es nicht angebracht, daß die Kolleginnen und Kol-

legen eben nicht aus den Betrieben gehen, sich nicht ausperren lassen, sondern in den Betrieben bleiben, ja sogar diese Betriebe besetzen?

Wir brauchen dieses Bewußtsein der eigenen Kraft, von der Führung bis zu jedem betrieblichen Funktionär. Wir müssen plakativ unsere eigenen Interessen in den Vordergrund stellen, nicht Gemeinwohl und gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Uns interessiert konkret jeder Arbeitsplatz, jeder Geldbeutel unserer Kolleginnen und Kollegen – nicht mehr eine ausgewogene Haltung, die zum Frieden viel Selbstrechtfertigung enthält.

Wir wollen leben, wir brauchen Frieden. Das heißt konkret, daß jetzt zum Beispiel diese Erstschnitzklingen, diese amerikanischen Raketen in der Bundesrepublik Deutschland nicht stationiert werden dürfen.

Wir brauchen bei allem Glaubwürdigkeit, Identifikation mit der Organisation, Glauben und Vertrauen und auch Wissen. All das sind Güter, die nicht verordnet werden können. Sie werden geschaffen durch unser eigenes Handeln, durch das Handeln jedes Funktionärs. Wenn es stimmt, daß heute Konkurrenz herrscht, dann ist es unsere Aufgabe, Solidarität zu schaffen. Wo die Angst regiert, ist es unsere Aufgabe, Sicherheit zu geben. Wo die Unklarheit fröhliche Urständ feiert, müssen wir Wissen vermitteln. Wo Perspektivlosigkeit verbreitet ist, müssen wir sagen, in diese Richtung müssen wir gehen. Und wenn die Führung auf jeder Ebene zielgerichtet vorangeht, wird unsere Mitgliedschaft folgen, sie wird lernen und eigene Erfahrungen sammeln. Immer mehr merken, daß es eine Illusion ist, wenn sie glauben, das Kapital würde je Frieden mit der Arbeiterklasse machen. Daraus müssen wir auch eine Perspektive ableiten, die über unsere Interessenvertretung des Alltags hinausgeht.

Wenn wir von Frieden reden, müssen wir die Ursachen von Kriegsgefahr benennen. Wenn wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen, müssen wir die Gesetzmäßigkeiten dieser Arbeitslosigkeit bekämpfen. Wenn wir Mißstände anprangern, müssen wir den Kapitalismus beim Namen nennen. Das Kapital mobilisiert bereits, also müssen wir auch mobilisieren. Mit einer klaren Richtung, mit Konsequenz und Selbstvertrauen.

... Ein Kollege hat vorhin gesagt, wenn wir diesen Ergänzungsantrag 27 annehmen, engen wir die Freiheit der Tarifkommission ein. Ich bin selbst Mitglied der Tarifkommission. Ich halte das für Unfug. Die Freiheit der Tarifkommission ist dadurch eingeengt, daß es bereits einen Beschluß gibt, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht zu verbinden mit den definierten Leistungsbedingungen. Unser Antrag zielt genau auf das Gegenteil. Die Tarifkommissionen haben die Freiheit, darüber zu entscheiden, wie sie das durchsetzen wollen.

Wir wollen Arbeitszeitverkürzung. Mit der Arbeitszeitverkürzung wollen wir Arbeitsplätze sichern, Neueinstellungen erzwingen. Wie soll das geschehen? Wir wissen ganz genau, daß die Unternehmer alles tun werden, um diesen möglichen Erfolg der Arbeitszeitverkürzung durch Steigerung der Arbeitsproduktivität zu kompensieren. Sie werden die Intensität der Arbeit steigern. Sie werden versuchen, aus den Menschen herauszupressen, was nur geht. Wenn wir das nicht einkalkulieren in unserem eigenen Kampf, in unsere Forderungen, kann es sein, daß wir mit unserem gemeinsamen Ziel gar nicht weit kommen. Dieses Ziel ist Erhalt der Arbeitsplätze und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diese Gefahr scheint riesig zu sein.

Auf dem ganzen Kongreß wurde geredet von neuer Technik, neuer Technologie, von Rationalisierung. Wir wissen, daß diese neue Technik und neue Technologie häufig genug verbunden ist mit der Steigerung der Arbeitsintensität. Früher hat man eine Maschine bedient. Jetzt ist man für die Beaufsichtigung von drei bis vier Maschinen zuständig. Wo bisher in einer Abteilung 20 gearbeitet haben, sollen 19 die gleiche Arbeit leisten. Arbeiten werden umverteilt. Dadurch wird die Leistungshetze gesteigert. Es gibt mittlerweile Vorgaben. Auch wenn sie nicht direkt ausgesprochen werden, steigern sie sich für Zeittöhrner und im Angestelltenbereich. Wenn wir dem keinen Riegel vorschieben, wenn wir zulassen, daß die Arbeitgeber den Arbeitstag verdichten wie sie können, verge-

ben wir eine Chance, die wir in dieser Auseinandersetzung haben. Es wurde bereits angesprochen: Es ist eine Forderung, keine zwei. Wir wollen die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Begrenzung der Leistungsdichte, die heute im Betrieb vorhanden ist. Wir dürfen uns nichts vormachen. Es ist falsch zu sagen, jetzt gehen wir nur die Arbeitszeitverkürzung an. Hinterher versuchen wir noch einen großen Kampf für die definierten Leistungsbedingungen. Das ist illusionär...

Richard Heller:

... Wir sollen hier mit Engagements über Strategie und Taktik reden. Was ist denn Strategie und Taktik? Wie klug sind denn unsere Verhandlungsführer? Wie dumm schätzen wir die sogenannte bürgerliche Presse ein? Selbst wenn wir kein Wörtchen hierüber diskutiert hätten, wäre von ihnen herausgefunden worden, daß wir aus unserer gültigen E 12 eine verschlechterte Vorlage gemacht hätten. So dumm schätze ich die bürgerliche Presse nicht ein. Wir wollen mal über diese Bedingungen laut nachdenken. Um was geht es eigentlich? Laut sagen unsere Leute schon, mit 50 Prozent Rationalisierungseffekt durch die Einführung der 35-Stunden-Woche finden wir uns ab. Wo sind wir denn eigentlich, wenn wir im Vorfeld einer Auseinandersetzung öffentlich von unseren Vertretern sagen lassen, wir finden uns mit 50 Prozent Leistungsverdichtung ab. Das ist das Gegenteil von Strategie und Taktik. Oder eine dilettantische Strategie und Taktik.

Ich möchte keine semantischen Übungen veranstalten. Was hat den Vorstand dazu veranlaßt, die mit großer Mehrheit in Berlin beschlossene Passage aus der neuen E 12 herauszunehmen und durch andere Formulierungen zu ersetzen, die nicht den Inhalt von Berlin haben? Das möchte ich wissen.

Es ist eine große Schwäche, wenn wir das nicht gemeinsam ausdiskutieren und in diesem Rechts-Links-Club-Denken verharren. Wir müssen bereit sein, über unsere eigenen Stärken und Schwächen engagiert nachzudenken. Sind das die taktischen Fragen? Wenn das Taktik ist, daß wir den Arbeitgebern erst die 35-Stunden-Woche abringen wollen, und dann in Nachverhandlungen Definitionen der Arbeitsbedingungen durchsetzen sollen, dann graust es mir vor dieser Auseinandersetzung...

Ernst Eisenmann:

Bereits der 12. und der 13. Gewerkschaftstag in Düsseldorf und Berlin haben in der E 12 Beschlüsse verabschiedet, die sehr eindeutig sind. Mein Vorredner hat die letzte Entschließung bereits vorgelesen. Die entscheidende Passage lautet: „Verkürzung der Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich bei gleichzeitig definierten Bedingungen.“ Es sind also zwei Prämissen bis zum augenblicklichen Zeitpunkt festgeschrieben, an die sich jedes Mitglied zu halten hat. Wir haben in der Vergangenheit stets die Diskussion um die Frage der Arbeitszeitverkürzung unter diesen beiden Prämissen geführt.

Die beiden Gewerkschaftstage haben das mit gutem Grund getan. Nur ein Gewerkschaftstag kann diesen Beschluß ändern, aber nur wenn er ausdrücklich davon abweichende Beschlüsse festlegt. Man kann ihm keine Interpretationen unter-schieben. Man kann nicht sagen, das sei eine ständige Aufgabe; man kann nicht sagen, die Lösung sei zeitgleich nicht möglich; man kann nicht sagen, das seien zentrale und regionale Probleme. Es war auch bereits in den Jahren 1977 und 1980 klar, daß diese Forderungen nicht allein Schönwetterforderungen sein können. Zu diesem Wirtschaftssystem gehört nun mal auch die Krise, und gerade in der Krise haben sich solche Bedingungen zu bewähren.

Die Tragfähigkeit der Forderung wird von vielen Faktoren beeinträchtigt. Wesentliche Faktoren sind der Leistungsdruck und die Arbeitshetze, vor denen unsere Kollegen Angst haben. Und ihre Ängste sind begründet. Sie haben ihre Erfahrungen aus dem Betrieb, und sie schlagen sich auch statistisch nieder. 56,4 Prozent aller Rentenanträge in jedem Jahr sind Frührentner – das ist das Resultat des Leistungsdrucks und der Arbeitshetze...

Heinz Rheinberger:

... Im übrigen möchte ich daran erinnern, daß wir – festgestellt durch die Sozialversicherungsträger – zunehmend die Entwicklung bekommen, die immer mehr Menschen zu Frühinvaliden werden läßt, weil sie diesen Leistungs- und Arbeitsbedingungen nicht gewachsen sind. Es ist geradezu erschreckend festzustellen, daß gegenwärtig jeder zweite Arbeitnehmer mit einem Durchschnittsalter von 54 Jahren Frühinvalid wird. Das hat doch etwas mit diesen Bedingungen zu tun. Es wäre töricht, darauf in den Grundsätzen zu unserer Tarifpolitik nicht eingehen zu wollen. Ich darf als Begründung bemerken, daß sowohl auf diesem Gewerkschaftstag als auch zuvor wiederholt von maßgeblichen Sprechern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, aber insonderheit der IG Metall, darauf hingewiesen worden ist, daß wir vor der härtesten Auseinandersetzung der Nachkriegsgeschichte stehen. Dazu hat Willy Brandt den Fragenkomplex der 35-Stunden-Woche noch in eine historische Dimension gerückt.

Wenn das so ist, Kolleginnen und Kollegen, dann ist es mit Sicherheit erforderlich, daß nicht nur die Finanzen und die Mitgliederzahlen stimmen, daß nicht nur die Programmatik stimmt, es ist erforderlich, daß jeder Arbeitnehmer in der Metallindustrie sich mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche identifiziert. Hand aufs Herz, Kolleginnen und Kollegen, ich spreche jetzt über die Verhältnisse in der Verwaltungsstelle, aus der ich komme. Die bedeutende Frage, die unsere Mitglieder stellen, lautet doch: Ist mit der Einführung der 35-Stunden-Woche nicht auch gleichzeitig eine größere Arbeitshetze und eine weitere Leistungsverdichtung verbunden?

Insofern sehe ich in dieser Frage überhaupt keine strategische, sondern eine grundsätzliche Überlegung, die uns zwingt, solche Forderungen zumindest zu postulieren. Kolleginnen und Kollegen, es wird im wesentlichen darauf ankommen, wie die Struktur unserer Forderung in Verbindung mit der 35-Stunden-Woche aussieht. Wir müssen die Mitgliedschaft mobilisieren und sie beteiligen, und zwar nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen. Dies im Bewußtsein um die Notwendigkeit, Arbeit zu erhalten und Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen...

Gerhard Wink:

... Wenn ich als betrieblicher Funktionär Meinungen von Kollegen zu der Frage der Arbeitsbedingungen vortrage, laßt mich mit dem Satz unseres Bezirksleiters Hans Pleitgen beginnen. Er sagte in der Tarifkommissionssitzung: „Die einzige Frage, die mir in Betriebsversammlungen zur 35-Stunden-Woche gestellt wurde, war die, müssen wir dann nicht in 35 Stunden das gleiche leisten wie in 40?“

Das ist die Aussage eines Bezirksleiters, der sich in Betriebsversammlungen die Meinung der Kolleginnen und Kollegen anhört. Es geht weiter. Wie sieht die Situation im Betrieb aus? Die Frage im Zeitlohn- und Angestelltenbereich geht nur dahin: Wie werden die Bedingungen definiert, müssen wir mehr leisten? Wir können es uns sehr leicht machen. Kolleginnen und Kollegen, ihr müßt Leistung verwehren. Ihr müßt sagen, wir sind nicht in der Lage, das Gleiche in fünf Stunden weniger zu leisten. Wenn wir ehrlich sind, wird uns das nicht gelingen. Dann bräuchten wir hier nicht zu diskutieren. Zum Beispiel, warum sind unsere Kollegen noch nicht so bereit, die 35-Stunden-Woche voll in den Kampf mit einzubeziehen? Wir werden es schaffen. Aber wir brauchen dazu auch definierte Leistungsbedingungen. Das ist eine der Mobilisierungsvoraussetzungen für uns...

Verstaatlichung, Mitbestimmung und Investitionslenkung

Erwin Ebeling:

... Wir haben auf den Konferenzen, in den Verwaltungsstellen, aber auch aus den Betrieben und Vertreterversammlungen

heraus angesichts der Erfahrungen mit privatwirtschaftlichen Lösungen und der Tatsache, daß es heute um die Existenz der Stahlindustrie überhaupt geht, die Forderung nach Vergesellschaftung, Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle erhoben. Es ist nur logisch, daß unter den Belegschaften der Stahlkonzerne und der Werften, die sich im Abwehrkampf gegen den Ruin ganzer Industriezweige befinden – übrigens die Kohle ja auch – diese Forderung erhoben worden ist.

Man kann darüber denken, wie man will, die Vergesellschaftung, die Überführung in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle – nicht nur der Stahlindustrie, sondern auch der Großbanken und Versicherungskonzerne, der Energie- und Rüstungsindustrie, also die Ausweitung des öffentlichen Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln – stellt eine wichtige Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeitnehmer dar, auch für eine demokratische Neuordnung der Stahlindustrie, für eine Überlebensgarantie, wie wir sie fordern.

Wenn die Interessen der Stahlarbeiter und der Wirtschaftsregionen, in denen Stahl geschmolzen und weiterverarbeitet wird, berücksichtigt werden sollen, dann brauchen wir die Vergesellschaftung, denn diese Vergesellschaftung, eine Kampfaufgabe, gibt uns bessere Kampfbedingungen, Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen zu gewinnen. Es geht nicht darum, darauf zu hoffen, daß dadurch automatisch günstigere Mechanismen wirksam werden. Alles hängt von unserem Einsatz, vom Kampf der Gewerkschaften ab, zum Beispiel ja auch, ob wir die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich durchsetzen, ob wir die sozialen Errungenschaften von 35 Jahren, die wir durchgesetzt haben, erhalten, ob wir sogar die Bismarcksche Sozialversicherung erhalten oder ob sie uns schrittweise weggenommen wird. Dies alles hängt vom Kampf und Einsatz der Gewerkschaften ab.

Es gibt viele Kritiker dieser Vergesellschaftungsforderung. Ich glaube, auch heute ist dazu etwas gesagt worden. Wir sehen das auch nicht unkritisch. Die Kritiker der Vergesellschaftung haben nur eine Gemeinsamkeit: Sie können alle kein besseres Konzept anbieten. Ohne Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle kann kein Eigentümer in die Verantwortung gezwungen werden, Arbeitsplätze und Standorte zu sichern. Die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen – eine unserer Forderungen auf allen Stahlkonferenzen – in qualitativ und quantitativ genügender Form hat keinen Platz in der Bilanz eines privaten Stahlunternehmens.

Die Forderung also nach Vergesellschaftung ist also nicht nur, wie Rudi Judith das in Bonn gesagt hat und auch gestern hier, Hoffungsprinzip und Hoffnungsschrei in der trostlosen Zeit, nein, Kolleginnen und Kollegen, wenn dann bei den Belegschaften die Einsicht wächst, daß letztlich nur diese Vergesellschaftung uns aus der Misere führt, haben unsere Kollegen allerdings eine völlig andere Vorstellung von staatlicher Regie und Verantwortung, als sie derzeit in Bonn bei VAW und bei HDW praktiziert wird. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen...

Otto König:

Die Aktionen der Stahlarbeiter in den vergangenen Wochen, sei es in Oberhausen, in Hattingen, Dortmund oder Peine, und nicht zuletzt die großartige Demonstration der 130 000 in Bonn haben zweierlei bewiesen: erstens, daß unsere Kollegen noch kommen, wenn die Organisation sie ruft, und zweitens, daß die Stahlarbeiter kampfbereit sind. Sie sind nicht mehr bereit, tatenlos zuzusehen, wie nach und nach mit der Begründung des Abbaus von Überkapazitäten ihre wirtschaftliche Existenz zerstört wird. Sie kämpfen für sich und ihre Familien, und sie haben es satt, auf dem Altar kapitalistischer Willkür der Stahlkonzerne und der Flickdorffs geopfert zu werden.

Kolleginnen und Kollegen, ein deutliches Wort an die Adresse derjenigen, die es noch nicht begriffen haben: Diese Aktionen, die da vor Ort laufen, zum Teil koordiniert und zum Teil unkoordiniert, sind ein verzweifelter Aufschrei gegen die brutale

Arbeitsplatzvernichtung; aber nicht nur das. Wenn diese Aktionen in den Städten unter einem bestimmten Motto stehen, wie „Dortmund muß Stahlstadt bleiben“, oder „Hattingen muß leben“ oder „ARBED Saarstahl muß leben“, dann sind das nicht irgendwelche reißerische Parolen, um in die Presse zu kommen, sondern dann steckt der Ausdruck dahinter, daß es hier nicht um einzelne Betriebe geht, sondern darum, daß Städte und Regionen kaputtgemacht werden sollen.

Wenn heute und gestern Kollegen aus der Stahlindustrie hier in die Bütt gehen, dann sprechen sie nicht nur für die Stahlregionen, sondern unsere Sorgen sind die Sorgen der gesamten Arbeitnehmer. Wenn bei uns in der Stahlindustrie der Damm bricht, was die Montanmitbestimmung anbelangt, dann bricht er in der gesamten Industrie. Deshalb sind die Sorgen der Stahlarbeiter insgesamt die Sorgen der Arbeitnehmer dieser Bundesrepublik...

Wir erwarten ein Handeln zur Sicherung der Beschäftigung, zur Sicherung der Stahlstandorte; aber wir müssen feststellen, das Gegenteil ist der Fall. Wenn am gestrigen Tage Rudi Judith hier erklärt hat, daß vor Ort in den Betrieben der Ruf nach Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung lauter wird, dann ist das kein Wunder. Die Kollegen sind nicht plötzlich linksaußen geworden, sondern es ist ein Hoffnungsschrei, eine Möglichkeit, die sie sehen, um ihre Probleme vor Ort zu lösen. Sie glauben nicht mehr daran, daß ihre Probleme betriebswirtschaftlich gelöst werden können, daß man darüber diskutiert, die Überkapazitäten müssen weg. Deshalb erwarten die Kollegen vor Ort in den Betrieben — aber nicht nur in der Stahlindustrie, sondern in allen Bereichen —, daß aufgehört wird mit dem Kurieren an Symptomen der sozialen Marktwirtschaft. Sie erwarten einen zielklaren und einen entschlossenen Eingriff in dieses System.

Und das heißt eben Investitionslenkung und Vergesellschaftung, wie es in unserem Programm steht. Und, Kolleginnen und Kollegen, ich stelle hier an dieser Stelle fest: Wenn heute die Manager diejenigen wie räudige Hunde aus den Betrieben jagen wollen, die vor 34 Jahren, unter Einsatz ihres Lebens, die Demontage dieser Betriebe verhindert haben, wenn heute die Manager Stück für Stück die Montan-Mitbestimmung aushebeln wollen, jene Montan-Mitbestimmung, die sie uns vor 34 Jahren auf dem Silbertablett angeboten haben, dann können wir nicht nur auf die Grenzen der Montan-Mitbestimmung hinweisen, dann muß diesen Herren die Verfügungsgewalt über Menschen und Produktionsmitteln aus den Händen genommen werden.

Und nur in diesem Zusammenhang ist zu verstehen, wenn draußen vor Ort die Kollegen jetzt über Vergesellschaftung, über Verstaatlichung oder über die Überführung der Stahlindustrien in Gemeineigentum reden. Reicht es denn aus, wenn der Kollege Mayr am 29. September in Bonn erklärte, diese Forderungen seien legitim — aber dann Schluß, Punkt? Und ich frage den Kollegen Judith: Reicht es aus, wenn du gestern erklärst, dies sei ein Hoffnungsschrei der Stahlarbeiter? Ich meine, solche Erklärungen auf Kundgebungen oder auch in Geschäftsberichten reichen nicht aus.

Und in diesem Zusammenhang bin ich der Auffassung, daß es nicht reicht, daß alle dem Gewerkschaftstag vorliegenden Anträge mit diesem Ziel als erledigt erklärt werden sollen mit dem Hinweis, daß auf die Entschließung 7 Wirtschaftspolitik und auf das DGB-Grundsatzprogramm verwiesen wird. Dieses Grundsatzprogramm kennen wir. Nur, es muß daraus ein Handlungsprogramm vor Ort werden. Wir brauchen nicht nur Programme, wir brauchen daraus resultierend die Handlungskonzepte für die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und ein zweites: Die Aktionen vor Ort sind gut und notwendig und werden auch weiter gemacht werden müssen. Aber es kann in Zukunft nicht so sein, daß jeder Stahlstandort und jeder Ort der Metallindustrie für sich kämpft. Wir müssen dem in Zukunft eine gemeinsame Koordination geben.

Und ein drittes: 130 000 in Bonn waren gut, aber ich stelle hier die Frage: Wie geht es weiter — nach Bonn, zum Beispiel in der Stahlindustrie? Wie sichern wir die Beschäftigung an allen Standorten? Wie verhindern wir einen Kampf „Standort

gegen Standort“? Und welche gemeinsame Linie unserer Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten gibt es? Dazu bedarf es auf dieser Konferenz, liebe Kolleginnen und Kollegen, klarer Aussagen und keiner schwammigen Formulierungen in irgendwelchen Entschlüssen...

Der Feststellung von Hans Mayr, daß die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen statt der Vernichtung von Stahlstandorten vorzunehmen ist, muß voll zugestimmt werden. Gleichzeitig muß festgestellt werden: Während wir auf diesem Gewerkschaftstag deine Äußerung, ein Ausbluten der Stahlreviere darf nicht widerstandslos hingenommen werden, mit Beifall aufnehmen, werden gleichzeitig heute, morgen und übermorgen in den Konzernelagen die letzten Kahlschläge ausgearbeitet. Das heißt, es werden menschenverachtende Arbeitsplatzvernichtungspläne ausgearbeitet. Das Ganze nennt sich dann vornehm Anpassungsprogramm, Abbau von Überkapazitäten.

Jetzt stellst du zu Recht fest, daß die Montan-Mitbestimmung gesichert werden muß. Sie kann dadurch gesichert werden, daß wir die überbetriebliche Mitbestimmung daneben stellen. Das ist die eine Seite der Medaille. In unserer täglichen Arbeit vor Ort spüren wir doch, daß schon die vorhandenen Instrumente und die handelnden Personen der Montan-Mitbestimmung bei unseren Mitgliedern den Gedanken der Mitbestimmung nicht gerade stärken. Ist es die Aufgabe der Arbeitsdirektoren, innerhalb der Montan-Mitbestimmung diese Anpassungskonzepte mit auszuarbeiten? Wo bleibt die gemeinsame Abwehrfront der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der Mutter- und Tochtergesellschaften gegen diese Anpassungspläne? Ist es nicht so, daß hier vielfach nach dem Motto verfahren wird, uns ist das Hemd näher als die Jacke? Was interessiert uns der andere Standort. Es wäre gerade hier eine Aufgabe unserer Organisation, nicht nur die Delegation der Arbeitnehmervertreter in die Aufsichtsräte vorzunehmen, sondern auch eine gemeinsame Abwehrfront mit diesen Arbeitnehmervertretern aufzubauen. Das müßte auch im Grundsatzreferat angesprochen werden.

Wir werden die Herren Späthmann und Co. nicht von unseren Forderungen überzeugen. Da mag dein Referat noch so gut sein. Sie setzen ihre Politik genau diametral unserer Politik entgegen. Es muß doch zumindest möglich sein, unsere Kollegen Arbeitsdirektoren endlich auf unsere Linie zu bringen. Es muß genauso möglich sein, alle Arbeitnehmervertreter festzulegen auf die Linie, die du vorher formuliert hast. Keine Zustimmung zu Arbeitsplatzabbau, bevor nicht Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden.

Wenn uns dies nicht gelingt, verkümmert die Montan-Mitbestimmung — auf die wir über 30 Jahre stolz waren — zum Instrument für den Abschluß von Sozialplänen. Dafür war sie nie gedacht. Wenn sie verkümmert zum Instrument für den Abschluß von Sozialplänen, werden wir auch keine Truppen finden für die neue Mitbestimmungsinitiative des DGB. Nur wenn wir sagen, die Montan-Mitbestimmung hat sich bewährt, werden wir den Gedanken weiter tragen können in die Metallverarbeitung.

Wir sehen doch, daß unsere Kollegen derzeit auf ein Signal von uns warten. Der 29. September in Bonn hat dies nachdrücklich bewiesen. Nach Bonn, Kollege Mayr, erwarten allerdings unsere Kollegen mehr als die Feststellung, wir halten uns an unseren Forderungen des Grundsatzprogrammes fest. Sie erwarten nicht nur eine erneute Bekräftigung des DGB-Grundsatzprogrammes. Sie erwarten eine klare Perspektive und eine klare Orientierung. Das hat mir in deinem Referat gefehlt.

Es geht für uns nicht nur darum, diese Forderungen festzuhalten, wir müssen an die Umsetzung dieser Forderungen gehen. Warum greifen wir nicht die Forderung nach Vergesellschaftung als ein Beispiel aus den Betrieben auf? Warum mobilisieren wir nicht? Du hast selbst gesagt, wir müssen die Mitglieder für die Durchsetzung dieser Forderungen mobilisieren. Dazu habe ich allerdings in deinem Grundsatzreferat eine unmißverständliche Aussage vermisst.

Investitionslenkung und Mitbestimmung, die diesen Namen verdient, Vergesellschaftung und Arbeitszeitverkürzung mit

vollem Lohnausgleich sind unser Programm. Dieses Programm muß mit Leben erfüllt werden. Unser Programm muß durch eine Art Handlungskonzept ergänzt werden. Geben wir unseren Kolleginnen und Kollegen draußen endlich eine Perspektive. Zeigen wir ihnen den Weg, wie es mit der Organisation IG Metall gemeinsam vorgeht.

Perspektivlosigkeit und Hoffnungslosigkeit sind schon immer die schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung gewesen. Beweisen wir, eine Kampforganisation zu sein mit einer klaren Perspektive und klarer Orientierung...

Peter Sörgel:

... Trotz gleichbleibender Produktion will der Vorstand der Klöckner-Hütte bei uns 1200 Arbeitsplätze streichen. Geringfügige technische Änderungen werden zum Anlaß genommen, um ein beispielloses Rationalisierungsprogramm durchzusetzen. Wir als Betriebsräte haben diese Zahl der geplanten Belegschaftseinschränkung nicht akzeptiert und werden uns auch weiter dagegen wehren. Es ist aber sehr schwer, eine Kampffront gegen diese Unternehmerposition aufzumachen, denn wenn gleichzeitig in einem Sozialplan das betriebliche Rentenalter auf 55 Jahre gesenkt wird, dann können wir nicht unseren älteren Kollegen, die häufig jahrzehntelang Schicht gemacht haben, klarmachen, daß sie bleiben sollen, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Wir wissen aber, wenn diese Kollegen nach Hause gehen, werden die Arbeitsplätze gestrichen. Aber weder die gegenwärtige noch die vergangene Regierung hat das gesetzliche Rentenalter etwa für Schichtgänger auf 55 Jahre gesenkt. In dieser Situation müssen wir häufig den Strohhalm ergreifen, der uns gereicht wird.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch feststellen, daß die Unternehmer sich mit solchen sozialpartnerschaftlichen Lösungen nicht mehr zufriedengeben. Sie werfen auch junge Kollegen auf die Straße, wie jetzt bei ARBED Saarstahl. Oder sie schließen ganze Betriebe, wie das bei uns mit der AG Weser geschieht. In dieser Situation müssen wir von unserer Seite her Strategien entwickeln, mit denen wir offensiv darauf reagieren, daß die Unternehmer die Sozialpartnerschaft aufgekündigt haben. Die Unternehmer machen jetzt Klassenkampf. Wir sollten uns die Illusion abschminken, die Unternehmer würden wieder mitmachen, wenn es darum geht, den Kapitalismus erträglicher zu gestalten. Sie wollen keine Reformen...

Eine andere Kampforderung, die heute in den Betrieben diskutiert wird, oder besser, über die wir uns die Köpfe heiß reden, ist die Forderung nach Vergesellschaftung. Ich bedauere, daß diese Forderung vom Vorstand der IG Metall nicht offensiver aufgegriffen und weiterentwickelt wird. Warum wird in den Betrieben auf Funktionärskonferenzen von Vergesellschaftung gesprochen? Warum erinnern wir uns plötzlich daran, was in Paragraph 2 der Satzung steht? Darauf gibt es eine ganz einfache Antwort: Die Unternehmer haben versagt. Neun Jahre hatten sie in der Stahlindustrie die Gelegenheit, die Stahlkrise zu meistern. Was ihnen eingefallen ist, ist Arbeitsplatzvernichtung. Und jetzt werden sogar Milliarden in die Stahlindustrie hineingepumpt mit der ausdrücklichen Auflage, Arbeitsplätze zu vernichten. Die Forderung nach Vergesellschaftung in vielen Betrieben ist in erster Linie die Infragestellung der unternehmerischen Verfügungsgewalt in unserer Gesellschaftsordnung. Was die Kollegen der AG Weser und der HDW in den vergangenen Wochen in einer Art von Notwehr praktiziert haben, angesichts einer sinnlosen Zerstörung von Produktionsmitteln durch die Unternehmer, angesichts der Tatsache, daß die Arbeitskraft wie Ware gehandelt wird, sind Beispiele dafür, daß die Diskussion über Vergesellschaftung in praktisches Handeln einmündet...

Herbert Wittek:

... Dieses sogenannte Moderatorenkonzept ist euch sicherlich bekannt. Die Verfasser repräsentieren die Interessen des bundesdeutschen Finanzkapitals, das heißt derjenigen, die eine Lösung der gegenwärtigen Krise mit rein marktwirtschaftlichen Mitteln herbeiführen wollen. Das Hauptziel des Sanierungskonzepts besteht in der maximalen Ausschöpfung des Rationali-

sierungspotentials. Das ist letztendlich die Konzentration der Produktion auf wenige verbleibende Standorte an der Rhein-Schiene und die radikale Vernichtung ganzer Hüttenwerke.

Genau für diese Hüttenwerke wird jetzt die Vorstufe zum Krematorium zurechtgezimmert. Kolleginnen und Kollegen, ich will euch kurz berichten, wie das bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter in der Praxis aussieht. Für P+S besteht nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Uns stellen sie vor die Alternative, entweder in einer Fusion gefleddert zu werden oder allein zu sterben. Zur Entscheidung stehen entweder die Fusion, verbunden mit der Standortkonzentration in Dortmund, oder die Vernichtung sogenannter unrentabler Standorte im Rahmen einer Alleingangskonzeption.

Die Fusion wäre dann gleichzeitig auch noch der kalte Weg zur Privatisierung. Die Beschäftigten der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG haben sich nach Bekanntwerden der Pläne gegen die drohende Vernichtung ihrer Existenz gewehrt. Sie haben gefordert: Kein Herauslösen der Stahlbereiche aus den Konzernen, keine Privatisierung von P+S sowie die Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Die Verwirklichung des Moderatorenkonzepts ist nach wie vor Wunschkonzept der Bundesregierung, der Banken sowie der Mächtigen im Arbeitgeberverband Eisen und Stahl. Wir sollten uns daher keine Illusionen machen: Nur mit der Verhinderung dieser Fusionspläne ist es nicht getan. Ich will das noch mal deutlich machen an der Zwangsjacke, in der wir jetzt stecken. Damit hoffe ich gleichzeitig deutlich machen zu können, daß die Forderung nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum für uns kein ideologisches Problem, sondern eine Existenzfrage ist.

Der Gesamtbetriebsrat von P+S muß eine Fusion nach wie vor ablehnen, da sie natürlich keine Garantie für den Erhalt der Arbeitsplätze für eine qualitativ und quantitativ gleichwertige Beschäftigung vor Ort und der Wahl der Standorte Peine und Salzgitter ist. Es ist im Gegenteil zu erwarten — und das ist nur logisch im Sinne all dieser Konzepte —, daß im Rahmen der Ausschöpfung des Rationalisierungspotentials Produktionen wegverlagert und die Investitionstätigkeit weitgehend eingestellt wird.

Wir müssen uns aber auch gegen ein Alleingangskonzept wehren, das nur noch darin besteht, nach marktwirtschaftlichen Strickmustern gesundzuschumpfen. Frühzeitig hat der Gesamtbetriebsrat bereits gefordert, in neue Produktbereiche zu investieren. Doch selbst eine Investition in neue gewinnträchtige Produktbereiche garantiert nicht die sicheren Arbeitsplätze von morgen, da heute jedes Stahlunternehmen gemäß den marktwirtschaftlichen Gesetzen, wenn es wettbewerbsfähig bleiben will, dort investieren muß.

Ohne eine Lenkung der Investitionen werden wieder neue Kapazitäten entstehen müssen. Auch eine Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit sichert heute keine Arbeitsplätze mehr im Stahlbereich. Angesichts enormer Kapazitäten und einer Subventionspolitik in vielen Ländern, die auch nach 1985 nicht beendet werden kann und wird, findet dieses Bemühen seine Grenzen. Der durch die Arbeitslosigkeit wachsende Protektionismus stellt jedes einzelne Unternehmen vor unlösbare Probleme. Es wäre unumgänglich, daß die Bundesregierung die Stahlpolitik als nationale Aufgabe begreift. Dazu sind diese Chefideologen in der freien Marktwirtschaft aber sicher nicht in der Lage.

Das Schicksal dieses Industriezweiges kann auch nicht länger in den Händen von einzelnen Kapitalinteressen verbleiben. Die Stahlindustriellen und ihre Beauftragten haben sich als unfähig erwiesen, diese Probleme zu bewältigen. Wir fordern die Überführung der Stahlindustrie und ihrer zugehörigen weiterverarbeitenden Industrie in Gemeineigentum. Das ist notwendig, damit nicht eine Einheitsgesellschaft Stahl in privaten Besitz kommt. Mit der Bildung einer bundesrepublikanischen Einheitsgesellschaft Stahl werden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um Anpassungsmaßnahmen so durchzuführen, daß die Interessen der Beschäftigten und der Stahlregionen gewahrt werden. Eine geplante und sinnvolle Umgestaltung der Stahlindustrie kann nur nach einer Aufhebung des Konkurrenzverhältnisses zwischen den Stahlunternehmen verwirklicht werden...

Sind Gewerkschaften von Natur aus reformistisch?

Mit diesem Beitrag setzen wir die Artikelserie des IMSF zum Karl-Marx-Jahr fort. Autor ist Prof. Dr. Josef Schleifstein.

Es war der langjährige Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, der die These aufstellte: „Die Gewerkschaften sind ihrer Natur nach reformistisch.“ Man kann sicher sein, Heinz Oskar Vetter nicht im geringsten fehlzuinterpretieren, wenn man sagt, daß er damit Karl Marx, Friedrich Engels und allen denen entgegengetreten wollte, die ein anderes, marxistisches Verständnis der Gewerkschaften bekundet haben und bzw. gegenwärtig bekunden. Und es ist im Karl-Marx-Jahr 1983 durchaus angebracht zu fragen: Hat Marx unrecht gehabt? Hat die geschichtliche Entwicklung ihn korrigiert? Hat sie ein Verständnis der Gewerkschaften widerlegt, das Marx in den Sätzen zusammenfaßte: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems“¹⁾

Die in den angeführten Zitaten zum Ausdruck kommenden gegensätzlichen Auffassungen zur Rolle und Funktion der Gewerkschaften durchziehen die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung, der gewerkschaftlichen wie der politischen. Wäre die „Natur“ der Gewerkschaften durch die objektiven gesellschaftlichen und historischen Bedingungen gewissermaßen vorherbestimmt – wie das in Vettters These impliziert ist, so hätte es diese Auseinandersetzung nie gegeben, oder sie hätte niemals eine solche Bedeutung gewinnen können. Aber sosehr Tätigkeitsfeld und Funktion der Gewerkschaften in den objektiven Bedingungen wurzeln, so ist eben bereits die Interpretation dieser Bedingungen, erst recht aber die der Funktion und der Ziele sehr unterschiedlich, je nachdem um welche der Grundströmungen der Arbeiterbewegung es sich handelt.

Der sozialintegrationistische, sozialpartnerschaftliche Flügel in der Gewerkschaftsbewegung hat den Marxschen Gedanken natürlich immer bekämpft, daß gewerkschaftlicher Kampf letztlich auch Kampf für die Überwindung des Kapitalismus sein müsse. Seine Theorie und Praxis beruhte und beruht auf der Idee, die Arbeiterklasse könne im Rahmen des kapitalistischen Systems ihre Lage grundsätzlich verbessern und verändern. Aber gerade auf deutschem Boden hat die geschichtliche Entwicklung diese Auffassung – mit furchtbaren Folgen für die arbeitenden Volksmassen – widerlegt.

Die Bejahung der „gemeinsamen nationalen Interessen“ im ersten Weltkrieg, die gewerkschaftliche Eingliederung in die Kriegswirtschaft, die Aufgabe des Klassenkampfgedankens bewirkte ja keine Verbesserungen für die Arbeiterklasse. Selbst alle bedeutenden Reformen der Weimarer Republik – der Achtstundentag, die Betriebsräte, die Kollektivverträge, das allgemeine Wahlrecht – waren das Resultat der deutschen Revolution von 1918.

Auch die nach 1918 fortgeführte „Arbeitsgemeinschafts“-Politik mit den Unternehmerverbänden brachte aber – da sie wesentlich auf der Bejahung des kapitalistischen Wirtschaftssystems beruhte – keineswegs die grundsätzliche Veränderung der Lage der Arbeiterklasse. Im Gegenteil: Am Ende stand die Aufrichtung der faschistischen Diktatur und das beschämende Schauspiel, daß die Führung der ADGB-Gewerkschaft

ten sich durch Anpassung an das Naziregime eine legale Existenz erkaufen zu können glaubte.

Es bedurfte abermals einer Art Revolution – diesmal einer Revolution von außen, nämlich der militärischen und politischen Zerschlagung des Faschismus, um eine reformistische Tätigkeit der Gewerkschaften überhaupt erst wieder möglich zu machen. Da dem keine grundlegenden inneren Veränderungen der Wirtschaftsstruktur folgten, waren die DGB-Gewerkschaften später in ihrem Programm gezwungen, die „Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse“ zu konstatieren.

Es bleibt eine unbestreitbare historische Tatsache, daß nach 1945 sozialdemokratische, kommunistische und christliche Gewerkschafter gemeinsam und in allen Besatzungszonen Grundsatzforderungen aufgestellt haben, die ihrem sozialen Inhalt nach über Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems hinausgingen und auf seine Überwindung zielten: die „Vergesellschaftung der wichtigsten Schlüsselindustrien wie der Kredit- und Versicherungsinstitute“, ein „System geplanter und gelenkter Wirtschaft“, die „Mitbestimmung in allen Zweigen der Wirtschaft“. Nach den bitteren und mit furchtbaren Opfern erkauften Lehren aus Faschismus und Krieg gaben die Gewerkschaften also Karl Marx recht.

Haben die geschichtlichen Erfahrungen seither und hat die aktuelle Situation der Gewerkschaften Karl Marx widerlegt und den Ausspruch Heinz Oskar Vettters bestätigt? In den Jahren der langandauernden kapitalistischen Konjunktur, in

KARL MARX UND DIE GEWERKSCHAFTEN HEUTE

der Zeit des „Wirtschaftswunders“, als Vollbeschäftigung nahezu erreicht war, als die gewerkschaftliche Kampfkraft eine Steigerung der Realeinkommen und den Ausbau der sozialen Leistungen durchsetzen konnte, mochte das so scheinen. Aber die tiefen zyklischen Krisen seit der Mitte der sechziger Jahre, die steigende Massenarbeitslosigkeit, die starken strukturellen Erschütterungen in wichtigen Industriezweigen, die furchtbaren unsozialen Wirkungen der Ausbreitung der Mikroelektronik und der Robotertechnik haben gezeigt, daß der Kapitalismus Kapitalismus geblieben ist, daß der arbeitende Mensch auf seinem Boden keine soziale Sicherheit erlangen kann.

Die sozialen und die ökologischen Gegenwartsprobleme sind es, die die Aktualität von Karl Marx beweisen, und die alle Gewerkschafter veranlassen sollten, sich stärker mit der grundsätzlichen Stellung der Gewerkschaften in und zum kapitalistischen Wirtschaftssystem zu befassen. Es ist ja durchaus kein Zufall und schon gar kein Wunder, daß auf dem jüngsten Gewerkschaftstag der IG Metall von den Werft- und den Stahlarbeitern die Vergesellschaftung, die Nationalisierung ihrer Industrien gefordert wurde, um die Arbeitsplätze Zehntausender Arbeiter zu retten. Lange Zeit haben die Gewerkschaften in der Bundesrepublik solche – im Grundsatzprogramm verankerte – Forderungen als verbale Pflichtübung und Konzession an Traditionen betrachtet. Aber die Realität, die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung hat sie eingeholt und gezeigt, daß die Lebensinteressen der Masse der Gewerkschafter solche antimonopolistischen und antikapitalistischen Forderungen immer wieder verlangen. In den nächsten Jahren werden es die Gewerkschaften aber noch weit stärker mit den verheerenden Folgen kapitalistischer Profitwirtschaft zu tun haben: mit steigender Massenarbeitslosigkeit, mit den unsozialen Folgen der gewaltigen neuen Rationalisierungswelle, mit den natur- und umweltzerstörenden Praktiken gesellschaftlich unkontrollierter großkapitalistischer Wirtschaftsmacht. Sie werden die Antworten nur finden, wenn sie sich auf ihre antikapitalistische „Natur“ besinnen. Das aber war der Ratschlag, den Karl Marx ihnen 1865 gegeben hat.

¹⁾ Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, Marx/Engels, Werke, Band 16, S. 152

Neue ÖTV-Leitsätze für die Vertrauensleutearbeit

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat am 9./10. Juni 1983 neue „Leitsätze für Vertrauensleute der Gewerkschaft ÖTV“ beschlossen. Während es in den 1975 vom ÖTV-Hauptvorstand beschlossenen und bisher gültigen Leitsätzen unter der Rubrik „Grundsätze“ noch hieß, daß die Gewerkschaftsmitglieder „die Möglichkeit“ haben, „ihre Meinung in die Beschlüsse und Handlungen der verantwortlichen Organe... einzubringen“, heißt es in den jetzt verabschiedeten Leitsätzen immerhin: „...müssen die Gewerkschaftsmitglieder ihre Meinung in die Beschlüsse und Handlungen der verantwortlichen Organe der Organisation einbringen können.“ Bemerkenswert dabei ist, daß – trotz dieser Formulierung – der ÖTV-Hauptvorstand die neuen Leitsätze für Vertrauensleute ohne vorherige Mitgliederdiskussion verabschiedet und somit weder den Gewerkschaftsmitgliedern noch den gewählten Vertrauensleuten die Möglichkeit gegeben hat, ihrerseits Verbesserungsvorschläge einzubringen.

So stellen die neuen Leitsätze für die Vertrauensleutearbeit – neben einigen zusätzlich aufgenommenen Passagen zu organisatorischen Fragen – inhaltlich denn auch keine wesentliche Weiterentwicklung dar. Im Gegenteil: Die Tätigkeit der Vertrauensleute wird so gut wie ausschließlich auf den betrieblichen Bereich festgeschrieben. Weiter heißt es dann: „...sie besitzen keine organisatorische Selbständigkeit und sind nicht berechtigt, nach außen wirkende Erklärungen abzugeben.“ Die Möglichkeiten der Vertrauensleute, nicht nur im unmittelbar betrieblichen und gewerkschaftlichen, sondern darüber hinaus auch im gesellschaftlichen Bereich zu wirken, sind damit drastisch eingeschränkt worden. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir nachfolgend die neuen ÖTV-Leitsätze.

I. Grundsätze

Gewerkschaften vertreten die Interessen ihrer Mitglieder. Sie haben ihre Basis in den Betrieben und Dienststellen. Das bestimmt den Rahmen ihrer Aktivitäten. Um die Lebendigkeit ihrer Gewerkschaft und die ständige Weiterentwicklung erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit zu sichern, müssen die Gewerkschaftsmitglieder ihre Meinung in die Beschlüsse und Handlungen der verantwortlichen Organe der Organisation einbringen können.

Deshalb haben zu allen Zeiten die Gewerkschaften über gewählte Vertrauensleute in den Betrieben und Dienststellen ihre Grundorganisation aufgebaut. Diese Grundorganisation hat stets entscheidende Voraussetzungen für die gesellschaftspolitischen Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften geschaffen. Den in Betrieben und Dienststellen tätigen Vertrauensleuten kommt daher eine zentrale Aufgabe zu. Deshalb können grundsätzlich gewerkschaftliche Vertrauensleute nur sein, die als solche gewählt sind. Sie sind den Aufträgen aus der Willensbildung ihrer gewerkschaftlichen Kollegen verpflichtet und gehalten, alle gewerkschaftlichen Gremien zu unterstützen, die Beschlüsse der Organe in den Betrieben und Dienststellen durchzusetzen und den gewerkschaftspolitischen Willen der Mitglieder zu bekunden.

Gewerkschaftliche Vertrauensleute und die in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Mitglieder der gesetzlichen Interessenvertretung (zum Beispiel Betriebs- und Personalräte) sind verpflichtet, bei unterschiedlicher Aufgabenstellung das Gemeinsame ihres Handelns für die in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Mitglieder sichtbar zu machen.

II. Vertrauensleute

1. Wahl

Die Vertrauensleute werden in Mitgliederversammlungen in den Betrieben und Dienststellen gewählt. Die Wahlvorschläge werden von den Mitgliedern im jeweiligen Betreuungsbereich (vergleiche Abschnitt III vorletzter Absatz) gemacht. Die Vertrauensleute bedürfen der Bestätigung durch den Kreisvorstand. Sind Betriebe und Dienststellen so gegliedert, daß die betrieblichen Einzelbereiche voneinander entweder in der organisatorischen Zuständigkeit oder räumlich getrennt sind, kann in diesen Teilbereichen gewählt werden. Das Nähere bestimmt der Kreisvorstand.

Die Vertrauensleute werden im Regelfall für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Vertrauensleutewahlen bilden die Grundlage für die allgemeinen Organisationswahlen. Wahl und Bestätigung der Vertrauensleute sind demzufolge rechtzeitig vor den übrigen Organisationswahlen durchzuführen. Die regelmäßigen Vertrauensleutewahlen sollen jeweils im Jahre vor dem Gewerkschaftstag zum 31. März abgeschlossen sein. Sie beginnen in der Regel sechs Monate vorher.

Kann in Betrieben oder Dienststellen eine Wahl nach diesen Grundsätzen nicht erfolgen, so werden Vertrauensleute durch Beschluß des Kreisvorstandes bestellt. Die Bestellung ist zeitlich zu begrenzen. Sind Vertrauensleute bestellt, so können sie diese Funktion nur ausüben, bis eine Wahl durchgeführt ist.

2. Organisation

Das Vertrauensleutesystem ist die Grundlage für die Abteilungsarbeit nach § 30 der ÖTV-Satzung. Vertrauensleutesystem und Abteilungen bauen deshalb organisatorisch aufeinander auf und arbeiten eng zusammen. Bestehen Betriebe und Dienststellen aus betrieblichen Einzelbereichen mit selbständigen Vertrauensleuterversammlungen und -leitungen, so regelt der Kreisvorstand, wie deren Arbeit zusammengefaßt wird. Sind Mitglieder einer Abteilung nur in einem Betrieb oder einer Dienststelle vertreten, werden die Aufgaben der Abteilung von Vertrauensleuten wahrgenommen (vergleiche Abschnitt II Nr. 3 b und 5 a der Richtlinie für die Arbeit der Abteilungen). Die Vertrauensleuteleitung übt in der Regel die Funktion des Abteilungsvorstandes aus. Erstreckt sich ein Betrieb oder eine Dienststelle über mehrere Abteilungen, so regelt der Kreisvorstand, wie über die Abteilungsgrenzen hinweg dort Vertrauensleute und Vertrauensleuteleitung tätig werden und wie die Zusammenarbeit mit den betroffenen Abteilungsvorständen erfolgt.

3. Aufgaben

Die Vertrauensleute arbeiten im Rahmen der Satzung, der Beschlüsse der Organe und der Richtlinien der Gewerkschaft ÖTV an der Gestaltung und Festigung der Organisation mit. Die Vertrauensleute haben betriebliche Aufgaben; sie sind die Träger der gewerkschaftlichen Arbeit in Betrieben und Dienststellen.

Die besonderen Aufgaben der Vertrauensleute sind:

- Den Bestand der Organisation in den Betrieben und Dienststellen auszubauen, neue Mitglieder zu werben und Mitgliederverluste zu verhindern.
- Die Beschäftigten und insbesondere die Mitglieder über gewerkschaftliche Fragen zu informieren und aufzuklären und darauf zu achten, daß die Beschlüsse der Organe von den Mitgliedern eingehalten werden.
- Den Willen der Mitglieder zu gewerkschaftlichen Aufgaben festzustellen und an die Kreisverwaltungen heranzutragen.
- Bei der Bildung von Abteilungen der Gewerkschaft ÖTV und von Betriebs- und Personalvertretungen und sonstigen Arbeitnehmervertretungen mitzuwirken.
- Die betrieblichen Angelegenheiten zu behandeln und ge-

meinsam mit den in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Mitgliedern der Betriebs- und Personalvertretungen und der sonstigen Arbeitnehmervertretungen die gewerkschaftlichen Auffassungen durchzusetzen.

• Die Kreisverwaltungen über betriebliche Änderungen zu informieren, sie bei gewerkschaftlichen Aktivitäten zu unterstützen, bei der Beitragserhebung zu helfen und Teilnehmer für gewerkschaftliche Lehrgänge vorzuschlagen sowie allgemein die Mitglieder auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit hinzuweisen.

Die Vertrauensleute erfüllen ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den zuständigen Organen; sie besitzen keine organisatorische Selbständigkeit und sind nicht berechtigt, nach außen wirkende Erklärungen abzugeben. Die Arbeit der Vertrauensleute wird vom Kreisvorstand koordiniert und in den Willensbildungsprozeß der Gesamtorganisation eingebracht.

III. Vertrauensleuteversammlung

Die gewählten Vertrauensleute bilden im Betrieb oder in der Dienststelle die Vertrauensleuteversammlung. Der Vertrauensleuteversammlung gehören die im Betrieb oder in der Dienststelle tätigen Organmitglieder (§ 20 ÖTV-Satzung) mit Sitz und Stimme an; mit beratender Stimme gehören der Vertrauensleuteversammlung die in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Mitglieder in Betriebs- und Personalräten, Betriebsvertretungen, Mitarbeitervertretungen, Jugend- und Ausbildungsververtretungen und der Vertrauensmann der Schwerbehinderten an, soweit sie nicht selbst als Vertrauensleute oder Organmitglieder gewählt sind. Der Kreisvorstand kann aus organisationspolitischen Gründen hiervon Abweichendes bestimmen.

Die Vertrauensleuteversammlung hat folgende Aufgaben:

- Die Vertrauensleuteleitung oder den Sprecher zu wählen.
- Die sich aus der Arbeit nach dem Aufgabenkatalog der Vertrauensleute ergebenden Fragen zu erörtern.
- Diskussionsbeiträge und Stellungnahmen für Betriebs- und Personalversammlungen vorzubereiten.
- Die Mitglieder von betrieblichen Tarifkommissionen, soweit für diesen Betrieb eigene Tarifverträge abgeschlossen werden, zu wählen.
- Die Vorschlagslisten für die Wahlen der Betriebs- und Personalräte (dazu gehören auch die Betriebsvertretungen bei den Stationierungsstreitkräften und die Mitarbeitervertretungen bei kirchlichen Einrichtungen) vorzubereiten.
- Im Einvernehmen mit dem Kreisvorstand die Betreuungsgebiete festzulegen und dabei den Grundsatz des überschaubaren Arbeitsbereiches zu beachten. Auszugehen ist vom Anspruch des Mitgliedes auf Betreuung. Der Betreuungsbereich umfaßt alle Mitglieder, unabhängig von ihrer beruflichen Tätigkeit. Die Vertrauensleuteversammlung tagt nach Bedarf. Sie wird von der Vertrauensleuteleitung im Einvernehmen mit der zuständigen Kreisverwaltung durchgeführt.

IV. Vertrauensleuteleitung

Die gewählten Vertrauensleute wählen aus ihrer Mitte einen Sprecher in Betrieben und Dienststellen, in denen bis zu zehn Vertrauensleute gewählt sind. Sind mehr als zehn Vertrauensleute gewählt, so wählen sie eine Vertrauensleuteleitung. Diese besteht aus einem Sprecher, einem Stellvertreter und einer sich an den tatsächlichen Bedürfnissen dieses Bereiches orientierenden Zahl von Beisitzern. Das Nähere regelt der Kreisvorstand. Wurden Vertrauensleute in Teilbereichen des Betriebes oder in der Dienststelle gesondert gewählt, so sollen diese Teilbereiche in der Vertrauensleuteleitung entsprechend vertreten sein. Beratende Mitglieder der Vertrauensleuteversammlung können keine Funktion in der Vertrauensleuteleitung ausüben.

Zu den Sitzungen der Vertrauensleuteleitung ist der Vorsitzende des Betriebs- und Personalrats (dazu gehören auch die Betriebsvertretungen bei den Stationierungsstreitkräften und die Mitarbeitervertretungen bei kirchlichen Einrichtungen) oder sein Vertreter – soweit Mitglied unserer Gewerkschaft – einzuladen. Ist diese Funktion nicht von einem Mitglied unserer Organisation besetzt, so ist ein anderes Mitglied des Betriebs- oder Personalrats hinzuzuziehen.

Darüber hinaus bestimmt die Vertrauensleuteleitung, wen sie im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben an den Sitzungen beteiligt. Die Vertrauensleuteleitung ist der Sprecher der Vertrauensleute. Sie hat folgende Aufgaben:

- Im Einvernehmen mit der Kreisverwaltung Mitgliederversammlungen und sonstige gewerkschaftliche Veranstaltungen in den Betrieben und Dienststellen durchzuführen.
- Die Vertrauensleute bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.
- Die Informationen der Vertrauensleute über alle einschlägigen gewerkschaftlichen Aktivitäten, insbesondere Beschlüsse der Organe, Tarifraktionen usw., sicherzustellen.
- Die Zusammenarbeit der Vertrauensleute und Koordination ihrer Arbeit zu gewährleisten.
- Den Kontakt zum Betriebs- und Personalrat und der Jugendvertretung zu halten und in wesentlichen Fragen auf der Grundlage gewerkschaftlicher Positionen eine inhaltliche Abstimmung und Koordinierung der Vorgehensweise herbeizuführen.
- Wahlvorschläge für die Wahl von Delegierten und von Mitgliedern der Kreisabteilungen zu machen.
- Der Vertrauensleuteversammlung für die Wahl der Mitglieder betrieblicher Tarifkommissionen Kandidaten vorzuschlagen.
- Teilnehmer für regionale und zentrale Bildungsveranstaltungen vorzuschlagen und in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Bildungsarbeit zu organisieren.
- Die Verteilung von Informationsmaterial zu gewährleisten.
- Die Kreisverwaltung über wesentliche Vorgänge, insbesondere Veränderungen in den Betrieben und Dienststellen, zu unterrichten.
- Die Vertrauensleutelliste für ihren Bereich zu führen.
- Die Beteiligung bei der Aufstellung der betrieblichen Kandidaten zu den Aufsichtsratswahlen wahrzunehmen.

V. Antragsrecht der Vertrauensleutegremien

Anträge der Vertrauensleuteleitung und der Vertrauensleuteversammlung richten sich an den Kreisvorstand oder – im Rahmen der Richtlinien für die Arbeit der Abteilungen – an den zuständigen Kreisabteilungsleiter.

VI. Sonderregelung für die Bezirke Berlin und Hamburg

In den Bezirken Berlin und Hamburg tritt jeweils an die Stelle des Kreisvorstands der Bezirksvorstand.

VII. Organisationspolitische Verantwortung

Die Kreisvorstände (in den Bezirken Berlin und Hamburg der Bezirksvorstand) stehen der Satzung der Gewerkschaft ÖTV entsprechend über die in den Leitsätzen besonders genannten Pflichten hinaus in der vollen Verantwortung für die gesamte Arbeit der Vertrauensleute. Sie werden bei ihren Aufgaben von den Bezirksvorständen und vom Hauptvorstand unterstützt.

Der 14. Kongreß bewies: Frischer Wind in der DPG

Kurz nach Redaktionsschluß ging in Hannovers Congress-Centrum der 14. ordentliche Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) zu Ende. Sieben Tage – vom 23. bis 29. Oktober – hatten 455 Delegierte, die rund 455 000 Mitglieder dieser fünftgrößten DGB-Gewerkschaft vertraten, engagiert über anstehende Probleme diskutiert sowie über 418 Anträge und mehrere Initiativanträge beschlossen. Hervorstechendes Merkmal war die Diskussionsfreudigkeit. Allein zu den schriftlichen und mündlichen Geschäftsberichten sprachen 102 Delegierte.

Über Sparbeschlüsse, ungenügende Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen mit all den negativen Folgen hatte sich viel Unmut aufgestaut. Diesen bekam Postminister Schwarz-Schilling während der Eröffnungsveranstaltung durch zahlreiche Unmutsäußerungen zu spüren, als er in einer „arroganten, überheblichen und aufgeblästen Art“ (so die Meinung vieler Delegierter) den Postgewerkschaftern weitere Belastungen offerierte.

Diese schon am Eröffnungsabend geäußerte Unzufriedenheit, ja Verbitte-rung über die Fülle von Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen, kennzeichneten auch die Aussprache zu den Geschäftsberichten des DPG-Hauptvorstands. Insbesondere wurde kritisiert, daß zahlreiche Erfolge, wie die z. B. durch Streik erreichte Schichtdienstregelung, auf kaltem Wege wieder besei-

würde. Scharf kritisiert wurde auch das Beamtenrecht und ein einheitliches Dienstrecht gefordert. Dadurch könnte verhindert werden, daß die Beamten als Befehlsempfänger mißbraucht würden.

Neben diesen Fragen standen im Mittelpunkt der Diskussion die Komplexe Frieden und Abrüstung. Mehrere Diskussionsredner warfen der DPG-Spitze Halbherzigkeit und Berührungängste zur Friedensbewegung vor. Sie plädierten für ein verstärktes gewerkschaftliches Engagement und Zusammengehen mit ihr.

Ein bemerkenswertes Grundsatzreferat hielt der mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte DPG-Vorsitzende Kurt van Haaren (siehe Kasten). Dem bemerkenswerten Analyseteil folgten jedoch keine dementsprechende Alternativen. Den Ausführungen stellte er zehn Thesen voran. Die erste lautete: „Der stinknormale ganz gewöhnliche Kapitalismus hat uns eingeholt.“ Selbstkritisch müsse festgestellt werden, so van Haaren, daß die Gewerkschaften die tatsächlichen Machtverhältnisse nicht wesentlich verändert hätten. Übertüncht worden sei die tatsächliche Macht der Unternehmer auch durch die Propaganda vom Gewerkschaftsstaat. Wörtlich erklärte er: „In der Krise zeigt sich wieder mit zunehmender Schärfe der Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer. Es zeigt sich der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit und die Tatsache, daß wirtschaftliche Macht unstreitig politische Macht bedeutet.“

Van Haaren rief den Kongreß auf, entsprechend gewerkschaftlicher Traditionen „Gegenmacht zu mobilisieren.“ „Denn wegen Restaurations- und Tunnix-Politik sich nur vor eine große Klammern zu stellen und zu lamentieren, auf vielleicht bessere Zeiten zu hoffen oder gar auszusteigen, das hilft nicht weiter.“

Nachdrücklich lehnte der DPG-Vorsitzende jegliche Art von Flexibilisierung der Arbeitszeit ab und bekräftigte die Forderung nach der 35-Stunden-Woche

bei vollem Lohnausgleich. Diese wurde dann in der späteren Beschlußfassung einmütig bekräftigt. Gemeinsam mit anderen DGB-Gewerkschaften soll die 35-Stunden-Woche „im Tandem“ angegangen werden. Dabei sitze die DPG zwar „im Tandem nicht vorn, aber wir strampeln kräftig mit“.

In der Antragsberatung wurden rund zweieinhalb Stunden über die Komplexe Frieden und Abrüstung diskutiert. Abgelehnt wird in einem Beschluß die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles auf dem Boden der Bundesrepublik. „In Abrüstungsverhandlungen ist eine Abschaffung des Atomwaffenpotentials der Sowjetunion, der USA, Frankreichs und Großbritanniens zu vereinbaren.“ Ziel müsse es sein, Europa zu einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone zu machen. Sämtliche gewerkschaftliche Aktionsmöglichkeiten sollen genutzt werden, wenn es um die Darstellung gewerkschaftlicher Positionen zu Frieden und Abrüstung gehe.

Entgegen dem Willen der Antragskommission und einiger geschäftsführender DPG-Hauptvorstandsmitglieder wurde der Beschluß gefaßt, den Generalstreik als letztes Mittel gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen offen zu diskutieren. „Der Generalstreik ist das Mittel zur Durchsetzung zentraler Forderungen aller Arbeitnehmer“, heißt es wörtlich. Ein solches zentrales Anliegen sei die Erhaltung des Friedens.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein mit großer Mehrheit angenommener Initiativantrag. In ihm wird der DPG-Hauptvorstand aufgefordert, „in Zusammenarbeit mit dem DGB und der Friedensbewegung am 21. November 1983 zu einem weiteren Aktionstag für den Frieden aufzurufen und Aktionen – auch zentrale Aktivitäten – zu entwickeln“. Die Delegierten protestierten gegen die Invasion der USA in Grenada. Diese werden aufgefordert, „das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten und ihre Invasionstruppen aus Grenada abzuziehen“.

Kontrovers vertiefte dagegen die Diskussion um eine Initiativentschließung „gegen die fortgesetzte Praxis der Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei“. Hier wollten einige Delegierte absolut nicht wahrhaben, daß es Berufsverbote gibt. Und auch DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren, von einigen händeringend als Schiedsrichter angerufen, zog sich ebenso wie sein Vize Zemlin auf DGB-Positionen zurück. Ausgehend von eigenen Erfahrungen zeigten wiederum andere Delegierte auf, wie sie mit der Schnüffelpolitik Bekanntschaft gemacht haben. Schließlich wurde diese Entschließung, die u. a. auch die Solidarität mit dem vom Berufsverbot bedrohten Stuttgarter Postler Hans Meister zum Ausdruck bringt, mit eindeutigen Mehrheiten verabschiedet. Gisela Mayer

Wahlergebnisse

	ja	nein
Kurt van Haaren, 45 (Vorsitzender)	426	15
Stellv. Vorsitzende		
Albert Stegmüller, 49	361	48
Klaus-Dieter Zemlin, 54	376	47
Emil Bock, 51	274	
(Emil Bock wurde an Stelle des vom DPG-Hauptvorstand nominierten Heinz Spieß gewählt, der 169 Ja-Stimmen erhielt)		

ligt wurden. Als Beispiele führten die Delegierten die Kürzung von Pausenzeiten und Fahrtkosten sowie die vom Bundespostministerium verfügte Streichung von Essensgeldzuschüssen an.

In diesem Zusammenhang wurde der Hauptvorstand aufgefordert, sich stärker als bisher gegen den „schleichenden Abbau des Besitzstandes zu wehren“. Andere Delegierte warfen der Bundespost vor, daß ihre Politik auf die Vernichtung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sei und jungen Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung verwehrt

Jungen Arbeitslosen will die HBV „Park-Mitgliedschaft“ ermöglichen

Interview mit Günter Volkmar,
Vorsitzender der Gewerkschaft HBV

Mit rund 360 000 Mitgliedern nimmt die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) einen Mittelplatz unter den 17 DGB-Gewerkschaften ein. Sie ist tätig in Bereichen, die stark von Rationalisierungsmaßnahmen bedroht und betroffen sind. Seit September 1980 steht Günter Volkmar, zuvor lange Jahre stellvertretender HBV-Vorsitzender, an der Spitze dieser Gewerkschaft. Ihm stellte unsere Redakteurin Gisela Mayer einige Fragen zu aktuellen Problemen.

NACHRICHTEN: Seit der Bonner „Wende“ sind inzwischen über zwölf Monate vergangen. Wie hat sich der vielbeschworene „Aufschwung“ im Bereich der HBV gezeigt?

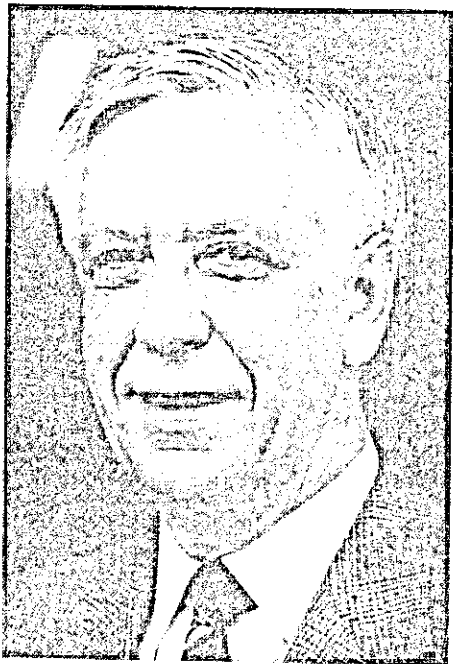
Günter Volkmar: Der HBV-Bereich ist nicht abgekoppelt von der Gesamtentwicklung, und da kann von der vielbeschworenen Wende keine Rede sein. Völlig unabhängig vom Regierungswechsel in Bonn gibt es seit Jahren in den Versicherungen und insbesondere im Bankgewerbe Personalzuwächse. Ganz anders ist die Situation im Handel, dort nehmen die beschäftigungspolitischen Probleme zu. Anfang des Jahres hatte sich die private Nachfrage etwas verstärkt, weil viele Bürger ihre Ersparnisse für den Kauf langlebiger Konsumgüter eingesetzt haben.

Inzwischen ist die private Nachfrage jedoch wieder zurückgegangen. Ein entscheidender Grund dafür ist die Haushalts- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Die Kürzung der Leistungen für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kranke und Rentner wirkt sich im Bereich des Handels direkt aus. Weniger private Nachfrage bedeutet in diesem Bereich auch weniger Arbeitsplätze. Im Handel werden aufgrund dieser Entwicklung Arbeitsplätze abgebaut, und es werden immer mehr Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt. Insgesamt gilt: Die unverändert steigende Arbeitslosigkeit wirkt sich in allen Bereichen – auch im privaten Dienstleistungsgewerbe – aus, und die gefährdet die Rechte der Arbeitnehmer und die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten.

NACHRICHTEN: Welche Möglichkeiten sehen Sie, um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern?

Günter Volkmar: Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie endlich die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Alternativen der Gewerkschaften aufgreift. Die Finanzierung der Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr 55 Milliarden Mark kosten. Ein Bruchteil davon

würde reichen, um eine sinnvolle Strukturpolitik zu betreiben, das Beschäftigungsprogramm des DGB zu finanzieren und Hunderttausende Arbeitsplätze zu schaffen. Und wir brauchen eine gezielte Verstärkung der öffentlichen Investitionen in den Bereichen, die bisher vernachlässigt wurden: den Umweltschutz, den öffentli-



chen Nahverkehr und den sozialen Wohnungsbau.

All das ließe sich auch dadurch finanzieren, daß der wahnsinnige Rüstungswettlauf in Ost und West endlich beendet wird. So würden auch finanzielle Mittel frei, um Hunger und Elend in der dritten Welt zu beseitigen. In diesem Bereich sind alle Industrienationen, natürlich auch die Bundesrepublik, besonders gefordert.

Zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei uns brauchen wir schließlich Arbeitszeitverkürzungen: Ohne die weitere Verkürzung der Arbeitszeit werden wir die so-

zialen Probleme der 80er Jahre nicht lösen. Neben allen Forderungen zur Verkürzung der Lebens- und Jahresarbeitszeit ist vor allem die Verkürzung der Wochenarbeitszeit notwendig. Die 35-Stunden-Woche muß kommen. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ist das wirksamste beschäftigungspolitische Programm, das wir mit eigener Kraft durchsetzen können und müssen.

NACHRICHTEN: Gibt es Vorstellungen in Ihrer Gewerkschaft über die Einbeziehung von Arbeitslosen in die Gewerkschaftsarbeit und welche?

Günter Volkmar: Es gibt nicht nur Vorstellungen, sondern es gibt konkrete Aktivitäten für Arbeitslose. Für alle Kolleginnen und Kollegen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bleiben die Ansprüche und Rechte als Gewerkschaftsmitglied voll gewahrt. Und diese Ansprüche und Rechte haben während der Arbeitslosigkeit eine erhöhte praktische Bedeutung. Wir haben die bei uns organisierten Arbeitslosen besonders informiert und sie darauf hingewiesen, daß sie mit einem Beitrag von nur einem halben Prozent des Monatseinkommens eine Vielzahl gewerkschaftlicher Leistungen in Anspruch nehmen können. Das gilt nicht nur für die volle Beteiligung am gewerkschaftlichen Leben, sondern auch für die Beratung und Vertretung im Arbeits- und Sozialrecht und zusätzliche Leistungen, die auch zur Wahrung der Rechte im privaten Bereich voll erhalten bleiben.

Und: Arbeitslose erhalten alle Gewerkschaftspublikationen und können auch das gewerkschaftliche Bildungsangebot für sich nutzen. In praktisch allen HBV-Geschäftsstellen gibt es – entweder mit dem DGB oder eigenständig – besondere Informationen und Aktivitäten für Arbeitslose. Und diese Angebote richten sich in der Regel nicht nur an Gewerkschaftsmitglieder. Wir wollen insbesondere auch junge Arbeitslose, die noch nie im Berufsleben standen und von daher auch keine Möglichkeit zur Gewerkschaftsmitgliedschaft hatten, ansprechen. Für diesen Personenkreis werden wir – ähnlich wie es die IG Metall jetzt beschlossen hat – die Möglichkeit einer „Park-Mitgliedschaft“ schaffen.

NACHRICHTEN: Der gesamte Dienstleistungsbereich steht vor einem technischen Wandel. Welche Forderungen hat Ihre Gewerkschaft, um diesen technischen Wandel sozial beherrschbar zu machen?

Günter Volkmar: Technische Entwicklung, sinnvolle Organisation der Arbeit und rationaler Einsatz von Kräften und Mitteln sind Voraussetzung für den Abbau von Belastungen und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Dafür – für eine humane Lebensgestaltung, für mehr Freizeit und mehr Urlaub – ist die technische

Gewerkschaften beschließen Koordination und Kooperation

Auf den stattgefundenen Gewerkschaftstagen standen die Ziele der gewerkschaftlichen Tarifpolitik im Mittelpunkt der Beratungen. Im folgenden geben wir Auszüge aus den entsprechenden Anträgen auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall und dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier wieder.

Im einzelnen strebt die IG Metall folgendes an:

- Die Realeinkommen der Arbeitnehmer zu erhalten und zu erhöhen durch:
 - die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen,
 - stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durch Sockel- oder Mindestforderungen im Rahmen der jährlichen Tarifbewegung,
 - die Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes,
 - die tarifliche Absicherung eines vollen 13. Monatseinkommens für alle Arbeitnehmer,
 - die Verwirklichung eines festen tariflichen Monatsentgeltes für alle Arbeitnehmer.
- Bei der Verkürzung der Arbeitszeit fordern wir:
 - die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, um Arbeitsplätze zu si-

chern und zu schaffen, die gestiegenen Belastungen auszugleichen und die Voraussetzungen zu verbessern, daß Arbeitnehmer ihr persönliches Leben gestalten und am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können;

– weitere Verkürzungen der Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit, damit die ständig steigende Produktivität nicht zu Lasten der Gesundheit der Arbeitnehmer geht und die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit weiter verschlimmert.

– Einschränkung und Begrenzung der Mehrarbeit und Verwirklichung eines Freizeitausgleichs für unvermeidbare Mehrarbeit...

Dies erfordert regionale Mobilisierung, um die betroffenen Arbeitnehmer unmittelbar in die Auseinandersetzung einzubeziehen und unsere Schlagkraft zu erhöhen. Nur wenn jede Tarifausschüttung mit den Betroffenen ge-

Entwicklung in der Vergangenheit genutzt worden. Und dafür muß sie auch in Zukunft eingesetzt werden

Die mit neuen technischen Entwicklungen verbundenen Gefährdungen für den einzelnen und für die Gesellschaft sind in der Vergangenheit bewältigt worden. Dies – die soziale Beherrschung des technischen Wandels – ist künftig verstärkt notwendig. Entscheidende Voraussetzung dafür sind mehr Informations- und Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Personalräte, die Sicherung und der Ausbau der von den Arbeitnehmern erworbenen Rechte sowie die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von einmal von den Arbeitnehmern erworbenen Qualifikationen.

Erste ins Gewicht fallende Teilschritte in diese Richtung hat die HBV mit den vorbeugend wirksamen Rationalisierungsschutzabkommen für Banken und Versicherungen durchgesetzt. Diese Abkommen müssen jetzt in der Praxis umgesetzt, nach den betrieblichen Erfordernissen weiterentwickelt und vor allem auch in anderen Bereichen, vor allem im Handel, durchgesetzt werden.

NACHRICHTEN: Die Gewerkschaft HBV hat nächstes Jahr einen ordent-

lichen Gewerkschaftstag. Wie sieht der Vorbereitungs-Fahrplan aus?

Günter Volkmar: Unsere praktische Arbeit, gestützt auf Aufträge und Beschlüsse des vorhergehenden Gewerkschaftstages, ist von Gewerkschaftstag zu Gewerkschaftstag die entscheidende Aufgabe. Organisationspolitisch war dabei in den vergangenen drei Jahren entscheidend: Wir haben auf uns und auf die Arbeitnehmer gerichtete Angriffe abgewehrt, wir haben unsere gewerkschaftspolitischen Ziele deutlicher als bisher in der Öffentlichkeit dargestellt, wir haben die Mitgliederbasis und auch unsere Finanzkraft verstärkt. All das sind ganz entscheidende Voraussetzungen, um die gewerkschaftliche Kraft insgesamt auszubauen und die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Die Themen, die zur Zeit im Vordergrund stehen, werden uns auch in Zukunft beschäftigen. Das sind in erster Linie die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die soziale Beherrschung des technischen Wandels, die Forderung nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche sowie die Sicherung des Friedens.

führt wird, und nicht nur für sie, wird es möglich sein, Erfolge zu erringen und Geschlossenheit zu wahren. Dazu gehört auch, Mitglieder und Funktionäre an der Meinungsbildung vom Aufstellen der Forderungen bis hin zum Tarifabschluß zu beteiligen. (Aus der Entschließung 12 „Tarifpolitik“)

Die Vorstände auf allen Ebenen unserer Organisation werden beauftragt, eine verbesserte, gezielte und kontinuierliche Zusammenarbeit mit allen Einzelgewerkschaften im DGB und mit dem DGB herzustellen.

Es müssen Bedingungen geschaffen werden, um auf Bundes-, Landesbezirks- und Kreisebene aller Einzelgewerkschaften und des DGB Aktions- und Handlungsmöglichkeiten zu erreichen, die von folgenden grundsätzlichen Überlegungen ausgehen:

a) Es ist die umfassende Verknüpfung von Tarifpolitik und gewerkschaftlicher Betriebsarbeit durchzusetzen: ein Tarifkonflikt muß Sache der ganzen Organisation werden; die Mitgliedschaft muß unmittelbar in das Tarifgeschehen einbezogen werden;

b) nicht nur die Mobilisierung der Betroffenen ist zu gewährleisten, sondern die Auseinandersetzung bedeutet, den hinter jedem konkreten Tarifkampf um Mark und Pfennig liegenden grundsätzlichen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital sichtbar zu machen und zu zeigen, daß sich die Probleme der abhängig Beschäftigten langfristig nur auf der Grundlage einer anderen Gesellschaftsordnung wirklich lösen lassen;

c) die Aktionen sind dezentral und je nach den örtlichen Gegebenheiten phantasievoll und schöpferisch bei gleichzeitiger größtmöglicher zentraler Koordination und Folgebereitschaft durchzuführen, etwa nach dem „ABC der Aktionen“, das die Methoden der Öffentlichkeitsarbeit in der „Neuen Beweglichkeit“ der Industriegewerkschaft Metall plastisch zusammenfaßt;

d) es ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, die nicht nur die Mitgliedschaft in der eigenen Gewerkschaft, sondern auch die der anderen Gewerkschaften und der Öffentlichkeit ganz allgemein einbezieht und der Unternehmerpropaganda entgegentritt;

e) mit Hilfe dieser Öffentlichkeitsarbeit ist die Verbindung zu Einzelpersonlichkeiten, politischen Parteien, Organisationen (Kirchen usw.) je nach den örtlichen und regionalen Besonderheiten herzustellen;

f) im eigenen Organisationsbereich sind die Familien sowie alle Gewerkschaftsgliederungen einzubeziehen;

g) es hat ein umfassender Erfahrungsaustausch innerhalb der betroffenen Gewerkschaft und mit anderen Gewerkschaften stattzufinden.

(Aus dem Anhang 260 der IG Druck und Papier: Koordination aller Einzelgewerkschaften im und mit dem DGB)

ÖTV gegen Erfassung für den Atomkriegsfall

Nach Auffassung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) brauchen sich Beschäftigte im Gesundheitswesen nicht für den Verteidigungsfall registrieren zu lassen. Das für Gesundheitspolitik zuständige Mitglied des ÖTV-Hauptvorstands Heinrich Schmidt, bezeichnete es Anfang Oktober als rechtswidrig, wenn Arbeitgeber rechtliche Konsequenzen androhten, damit sich zum Beispiel Ärzte oder Krankenschwestern registrieren ließen. Betroffenen ÖTV-Mitgliedern empfiehlt die Gewerkschaft, sich mit den ÖTV-Rechtsschutzstellen in Verbindung zu setzen.

Arbeitsgruppe berät über Neuordnung

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung des DGB-Bundesvorstandssekretärs Hans-Jürgen Beck berät derzeit über Maßnahmen zur Neuordnung des Pressewesens des DGB, wie Anfang Oktober durch eine Verlautbarung des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit gegenüber dpa bekannt wurde. Insbesondere ist die Einstellung des DGB-Organs „Welt der Arbeit“ und der Jugendzeitschrift „ran“ im Gespräch. Entscheidungen sollen noch nicht gefallen sein. Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier verabschiedete einen Initiativantrag, in dem gefordert wird, die „Welt der Arbeit“ zu erhalten und vor allem den Betriebsrat des Bund-Verlages in die Entscheidungen miteinzubeziehen. Franz Kersjes, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in Nordrhein-Westfalen, berief sich in seiner Antragsbegründung vor den Delegierten auch auf eine Meldung in NACHRICHTEN 6/83 „Einschränkungen bei DGB-Presse geplant“.

HBV-Kriegspreis an US-Atomkriegsstrategen

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat während der Frankfurter Buchmesse zum dritten Mal ihren „Kriegspreis“ verliehen, mit dem Bücher und Autoren angeprangert werden, die den Krieg verherrlichen oder verharmlosen. Nach Konsalik und Franz Schönhuber erhielt den symbolischen Preis in diesem Jahr Colin S. Gray, Direktor für nationale Sicherheitsstudien am Hudson-Institut in New York, Berater des US-Außenministeriums und der sogenannten Rüstungskontrollbehörde, für sein Buch „MX-Interkontinentalraketen und nationale Sicherheit“. Prof. Reinhard Kühnl, Fachchismosforscher an der Universität Marburg, hielt die „Anti-Laudatio“ auf den Atomkriegsstrategen, der den auf Europa begrenzten Atomkrieg ideolo-

gisch vorbereitet. Christian Götz vom geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV referierte zuvor zum Thema „Gegen die ‚Wende nach rechts‘“.

Schließt IG ChPK Arbeitsdirektor aus?

Der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik (IG ChPK) hat Anfang Oktober einstimmig beschlossen, ein Ausschlussverfahren gegen Hans Huthoff, Arbeitsdirektor der Vereinigten Industrieunternehmungen (VIAG) und Vereinigte Aluminium-Werke (VAW), einzuleiten. Huthoff wird vorgeworfen, in seiner Eigenschaft als Arbeitsdirektor gröblich Betriebsrats- und Gewerkschaftsrechte mißachtet zu haben, als er in massiver Form zu Lasten der Arbeitnehmer Sparmaßnahmen bei VAW, vor allem die rigorose Kürzung über tariflicher Leistungen, durchsetzte. Gegen die Abwehrmaßnahmen der Belegschaft, vor allem bei einem 13stündigen Streik bei VAW Hannover, sei Huthoff mit beispielloser Härte vorgegangen.

Mediengewerkschaft gegen Medienmarkt

Im Kampf der Medienkonzerne um medienpolitische und wirtschaftliche Macht im Funk- und Fernsehbereich wird die Information zunehmend zur Ware. Marktdiktat und die Rationalisierungswelle durch die neuen Medientechnologien zwingen den DGB auch zu organisationspolitischen Konsequenzen in Richtung Mediengewerkschaft. Dies erklärte Lothar Zimmermann, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, auf einer Veranstaltung von IG Druck und Papier mit ihren Berufsgruppen DJU, VS sowie der RFFU, GAMK und den Gewerkschaftsverbänden Bildender Künstler und dem DJV zur Lage der freien Mitarbeiter Mitte Oktober in Frankfurt. Die sehr schwierige Lage der „Freien“ verdeutlichte die Notwendigkeit der baldigen Schaffung einer gemeinsamen Organisation aller Kultur- und Medienschaffenden.

Gefahren bei neuen Personalausweisen

Siegfried Bleicher, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand zuständig für Technologiepolitik, hat Mitte Oktober auf einer DGB-Konferenz in Ratzeburg vor einem Mißbrauch eines neuen maschinenlesbaren Personalausweises in der Arbeitswelt gewarnt. Es sei bisher rechtlich und technisch nicht ausgeschlossen, daß der neue Ausweis in betriebliche Kontrollsysteme, z. B. als Kontrollkarte bei Personalinformationssystemen, benutzt wird.

PERSONALIEN

Irmgard Blättel, 55, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, wurde Anfang Oktober zur Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates gewählt.

Kuno Brandel, 75, starb in Baden-Baden. Von 1949 bis 1961 war er Chefredakteur von METALL. Wie jetzt die Zeitung der IG Metall enthüllte, kam er auf Intervention des SPD-Vorstandes in Hannover in diese Funktion. Brandel, er war vor 1933 Mitglied von Brandlers KPD, mußte 1961 aus dieser Funktion ausscheiden, weil er versuchte, die IG Metall, im Gegensatz zu deren Beschlüssen, auf den von Georg Leber beschrittenen sozialpartnerschaftlichen Kurs zu bringen und zunehmend die Außenpolitik Adenauers unterstützte. Brandel wechselte dann zur IG Bau-Steine-Erden.

Claus Grobecker, langjähriger ehrenamtlicher Beisitzer im Hauptvorstand der IG Druck und Papier bis zum Gewerkschaftstag im Oktober 1983 und Mitglied des Bundestages, wurde Senator für Arbeit und Soziales im Land Bremen.

Rudolf Helfrich, 30, der von der 12. Bundesjugendkonferenz der DAG Ende April des Jahres für vier weitere Jahre in seinem Amt als DAG-Bundesjugendleiter bestätigt wurde, ist Anfang Oktober von den Delegierten der 55. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes zum Vorsitzenden gewählt worden.

Willi Lojewski, 59, Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, erhielt aus den Händen von Bundesarbeitsminister Blum das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Siegfried Merten, 55, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), wurde Anfang Oktober in Köln zum neuen Vorsitzenden des gewerkschaftseigenen Automobilclubs Europa (ACE) gewählt. Der Beirat der ÖTV hat beschlossen, daß Mertens Nachfolger erst auf dem Gewerkschaftstag im Juni kommenden Jahres gewählt werden soll. Merten wird bis dahin auch seine Funktion als 1. Vizepräsident der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) beibehalten. Sein Vorgänger im ACE-Vorsitz seit 1970, Ludwig Gosepath, 63, trat in den Ruhestand, ebenso, aus gesundheitlichen Gründen, Werner Schüssler, 58, einer der hauptamtlichen Geschäftsführer des ACE. Schüssler war von 1971 bis 1979 Kassierer im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier.

Mietertag: Eigene vier Wände werden bald unerschwinglich

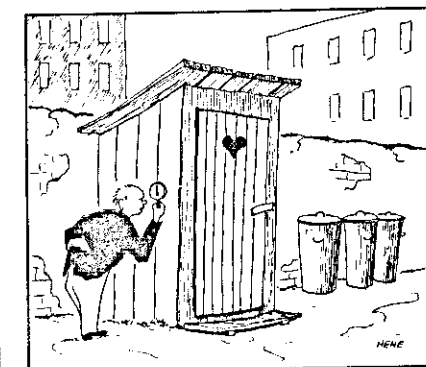
Seitdem das neue Mietgesetz am 1. Januar 1983 in Kraft getreten ist, steigen die Mieten sprunghaft an. Bereits im März wies der Deutsche Mieterbund darauf hin, daß im Bundesdurchschnitt die Mieten im Januar 1983 gegenüber Dezember 1982 fünfmal so stark gestiegen sind wie die Lebenshaltungskosten. Im bevölkerungsstärksten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, in dem mehr als zwei Drittel der Haushalte zur Miete wohnen, erhöhten sich vom Januar 1983 bis März 1983 die Mieten um 2,5 Prozent, die Lebenshaltungskosten dagegen lediglich um 0,2 Prozent. Besonders stark stiegen die Altbauwohnungen mit 3 bis 3,4 Prozent. Zwischen März 1982 und März 1983 stiegen die Mieten um 5,6 Prozent und die Lebenshaltungskosten um 3,4 Prozent.

Zum Mietertag 1983, der am 23. und 24. September in Köln stattfand, legte der Deutsche Mieterbund eine Zwischenbilanz über die Auswirkungen der neuen Mietgesetze vor, die auf einer Befragung der etwa 400 örtlichen Mietervereine beruht. Danach ist bundesweit ein deutlicher Anstieg der Mieterhöhungsfälle gegenüber dem Vorjahr festzustellen. In den Großstädten liegt der Anstieg mit 52 Prozent erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 40 Prozent. Im Durchschnitt stiegen dabei die Altbauwohnungen um 18 Prozent, die Mieten für die freifinanzierten Neubauwohnungen um 15 Prozent, also wesentlich stärker als der offizielle Mietindex aufweist. Mehr als die Hälfte der Mietervereine – vor allem in den Ballungszentren – verzeichnen einen deutlichen Anstieg der Zwangsräumungen mit anschließender Obdachlosigkeit. In Wiesbaden z. B. gehen beim Amtsgericht monatlich 30 bis 40 Räumungsklagen ein. 80 Prozent der Klagen werden mit Mietrückständen begründet. Dort hat das Sozialdezernat einen Bericht über die Auswirkungen der „Bonner Sparpolitik“ auf den Sozialetat der Stadt erarbeitet und u. a. festgestellt, daß allein die Änderung der Mietgesetze bedeutet, daß rund 500 Familien neu auf Sozialhilfe angewiesen sein werden. Auf der anderen Seite nimmt die Zahl der leerstehenden teuren Wohnungen zu.

Als besonders verhängnisvoll erweisen sich die gesetzlichen Erleichterungen zur Durchführung von Mieterhöhungen: Nach dem neuen Mietgesetz zählen zur ortsüblichen Vergleichsmiete jetzt nur noch Mieten, die in den letzten drei Jahren neu vereinbart worden sind, außerdem kann der Vermieter Vergleichswohnungen aus dem eigenen Bestand benennen. Die Mietervereine berichteten, daß sich in 25 Prozent der Fälle der Vermieter auf Vergleichswohnungen aus dem eigenen Bestand beruft. Als sehr nachteilig wirkt sich auch die 30-Prozent-Grenze aus, die angeblich zum Schutz der Mieter eingeführt werden sollte. In einem Drittel aller

Mieterhöhungsfälle wurden die Mieten auf einen Schlag um 30 Prozent erhöht, viele Vermieter (13 Prozent) gingen sogar noch über die 30-Prozent-Grenze hinaus. Für alarmierend hält der Deutsche Mieterbund, daß 80 Prozent der Mietervereine von einem „neuentstandenen Machtbewußtsein“ der Vermieter berichteten, die versuchen, ihre Mieter – insbesondere bei Mieterhöhungen – einzuschüchtern und unter Druck zu setzen.

Der Mieterbund forderte auf dem Mietertag noch einmal mit Nachdruck die Rücknahme der Mietgesetze und hat beschlossen, jedes Jahr solange einen „Tag des Mieters“ durchzuführen, bis



(Aus Mietermagazin 6 und 7/83)

die neuen Mietgesetze wieder rückgängig gemacht werden. Dabei soll bundesweit in Aktionen (Mieterversammlungen, Pressekonferenzen, Flugblattaktionen usw.) auf die Lage der Mieter aufmerksam gemacht werden.

Auf dem Mietertag wurde deutlich, daß die Verabschiedung der Mietgesetze nicht etwa der Schlußpunkt, sondern der Beginn einer Entwicklung zu „mehr Markt“ in der Wohnungspolitik ist. Der Bundesbauminister betreibt zielstrebig und systematisch die Liquidierung des sozialen Wohnungsbaus mit dem Ziel, die älteren, noch relativ preiswerten Sozialwohnungen in den „freien Markt“

zu überführen. Nach den Zinserhöhungen der öffentlichen Darlehen, der Fehlbelegungsabgabe und den Erleichterungen der Wohnungsbindung in den letzten Jahren sollen 1984 die Sozialmieter wiederum zur Kasse gebeten werden: Die Instandhaltungspauschalen sollen angehoben werden. Allein dadurch kommen auf die Sozialmieter zusätzliche Mieterhöhungen zwischen 30 und 50 DM pro Wohnung zu. Der Bundesbauminister hat sich außerdem zum Ziel gesetzt, die Eigentumsquote auf 50 Prozent (jetzt: etwa 35 Prozent) anzuheben. Der soziale Wohnungsbau solle künftig die „seltene Ausnahme“ sein. Schützenhilfe erhält er vom Zentralverband der Haus- und Grundeigentümer, dem die neuen Mietgesetze längst nicht weit genug gehen und dessen Forderungen auf die Abschaffung der noch bestehenden Schutzrechte für die Mieter hinauslaufen.

Demgegenüber hat der Mieterbund auf dem Mietertag seine Kernthese bekräftigt, daß der sogenannte freie Wohnungsmarkt die Wohnungsfrage nicht lösen kann: „Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage über den Preis kann bei den Besonderheiten des Wohnungsmarktes und der sozialen Bedeutung des ‚Gutes Wohnung‘ nicht funktionieren. Der Markt ist sozial blind. Er hat kein Auge für die Wohnungssorgen der ‚kleinen Leute‘. Im Gegenteil, er mißachtet den Wohnungsbedarf Armer, Kinderreicher und anderer benachteiligter Gruppen.“

In den vom Mietertag verabschiedeten wohnungspolitischen Forderungen heißt es:

1. Die Versorgung der Bevölkerung mit familiengerechtem Wohnraum zu zumutbaren Bedingungen muß eine vordringliche öffentliche Aufgabe bleiben.
2. Verstärkte Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden bei der Lösung der Wohnungsfrage sind notwendig.
3. Den Mietern sind Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte in allen sie betreffenden Fragen einzuräumen.“

Außerdem setzt sich der Mieterbund für den Erhalt des Sozialwohnungsbestandes und den Vorrang des sozialen Wohnungsbaus ein. Er wendet sich scharf gegen die Verdrängungsprozesse im Altbaubestand. Wiederholt wird auch die alte Forderung des Mieterbundes nach einer Verbesserung des Bodenrechts. Dazu: „Eine wesentliche Ursache für die Verteuerung von Wohnraum ist das Bodenrecht. Es trägt der hohen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung von Grund und Boden nicht Rechnung, obwohl unsere Verfassung die Sozialpflicht des Eigentums an Grund und Boden besonders hervorhebt.“ Florett

Blüm reißt tiefe Gräben zu den Gewerkschaften auf

Auch auf der 20. Bundestagung Anfang Oktober in Münster machten die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) keinen Hehl aus ihrer parteipolitischen Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften. Wie bereits auf früheren Konferenzen wurden auch diesmal handfeste Proporzansprüche im Hinblick auf die kommenden Betriebsratswahlen gestellt. Fänden CDU-Mitglieder nicht eine angemessene Berücksichtigung bei der Aufstellung der gewerkschaftlichen Listen, so werde man mit eigenen Listen antreten.

Ausdrücklich bekräftigte Norbert Blüm, der wiedergewählte Vorsitzende der CDA, diese Drohung mit Spaltung, die bereits in der Diskussion von Tagungsteilnehmern ausgesprochen worden war. Blüm reklamierte einen „Minderheitenschutz“, den er – nebenbei bemerkt – auch im Betriebsverfassungsgesetz verankert sehen möchte. All seine Beschwörungsformeln demokratischer Spielregeln entpuppen sich aber spätestens dann als Versuch, parteipolitische Domänen der CDU in den Gewerkschaften zu sichern, wenn es um

Worte des Vorsitzenden

„Mein sehnlichster Wunsch war es nicht, den Massenprotest der Arbeitnehmer zu sehen – gegen die frühere wie gegen die jetzige Bundesregierung. Vernünftiges Gespräch, Argumente und Überzeugungsarbeit entsprechen mir eher als Protestkundgebungen.“

Ernst Breit, DGB-Vorsitzender, auf der 20. Bundestagung der CDA-Sozialausschüsse, 1./2. Oktober in Münster

den anders und unbequem Denkenden geht. Blüm im Klartext auf der Pressekonferenz im Anschluß an die Bundestagung: Für Kommunisten gelte solcher Minderheitenschutz nicht, sie will er aus den Gewerkschaften drängen. Er wird sich in diesem Zusammenhang die Meinung des IG-Metall-Gewerkschaftstages entgegenhalten lassen müssen, der unter der Forderung „Verteidigung der Einheitsgewerkschaft“ feststellte: „Die verschiedenen weltanschaulichen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung – z.B. Sozialdemokraten, Christen, Kommunisten – haben ihren Platz in der IG Metall.“ Einheitsgewerkschaft, das heißt eben gemeinsame Interessenvertretung und nicht Koalition von parteipolitischen Fraktionen.

Was die Anmeldung von Proporzansprüchen anbelangt, dürfte Blüm unter den Mitgliedern der CDA kaum Widerspruch finden. Anders war dies allerdings schon beim Thema Sozialpolitik.

Zwar weiß er, daß die Sparpolitik der Bundesregierung auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird. Dennoch bekennt er sich uneingeschränkt dazu. Und hier setzte eine zum Teil recht scharf vorgetragene Kritik von Delegierten an. Es war davon die Rede, daß in den Betrieben und Verwaltungen ein Unmut gegen die Regierungspolitik der CDU anwächst. In einzelnen Diskussionsreden kam der Konflikt zum Ausdruck, in dem ernsthafte Gewerkschafter stehen, wenn sie zugleich auch die verschärften Sozialdemontagen der Regierung rechtfertigen sollen. So ist als einhellige Meinung der Delegierten sicherlich festzuhalten, daß in der Sozialpolitik nun genug gewendet sei. Thesenpapiere wie die des CDU-

Sozialexperten Heimo George wurden einhellig abgelehnt.

Es gelang Blüm auch nicht, einen Antrag zu Fall zu bringen, in dem gefordert wird, „die Beitragspflicht zur Renten- und Arbeitslosenversicherung für Krankengeld in der beabsichtigten Form nicht zu verwirklichen“ (A 50). Dem Arbeitsminister scheint jedoch ein solches abweichendes Votum kaum das Papier wert zu sein, auf dem es gedruckt ist. Denn im Gespräch mit der Presse hob er hervor, daß es in seiner Organisation kein imperatives Mandat gebe, er als Minister also an einen solchen Beschluß nicht gebunden sein könne.

Mehr schien ihm allerdings die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik auszumachen, wenn sie aus dem Lager der Unternehmer kommt. In seiner Grundsatzrede ging er ausführlich auf „herumtrotzende“ Unternehmer ein, denen der Sozialabbau nicht schnell und umfassend genug durchgeführt werde. An sie richtete er die Ermahnung, daß der soziale Friede nicht zum Nulltarif zu bekommen sei. Offenbar sieht er nicht, daß die Unternehmer längst auf „Krieg“ gegen die Gewerkschaftsrechte geschaltet haben.

Klopft man seine weiteren sozialpolitischen Vorstellungen ab, so zeigen sich tiefe Gräben zu den gewerkschaftlichen Positionen. Renate Bastian

Schon morgen Sozialhilfe

Zum Artikel von Arthur Böppe in den NACHRICHTEN 9/83 erhielten wir einen Leserbrief von Prof. Rainer Roth vom Fachbereich Sozialarbeit an der Fachhochschule Frankfurt, den wir nachfolgend in Auszügen veröffentlichen:

Mit Interesse habe ich den Artikel von Arthur Böppe über die Senkung der Sozialhilfeszätze gelesen. Er weist mit Recht darauf hin, daß jeder, der heute noch Arbeit und Lohn hat, morgen schon zu den Sozialhilfeempfängern zählen kann. Mit Recht fordert er deshalb die Gewerkschaften auf, die Demontage im Bereich der Sozialhilfe zu stoppen.

1) Jede Kürzung der Regelsätze erleichtert Lohnkürzungen, da ein „Ausgleich“ über die Sozialhilfe erschwert wird. Immerhin beziehen fast 10 Prozent der Sozialhilfeempfänger ein Erwerbseinkommen. Betroffen sind insbesondere die ungelernten Arbeiter, die weniger als den Durchschnitt des Lohns der unteren Lohngruppen beziehen. Außerdem hat der Lohn natürlich Einfluß auf die spätere Rente und damit wieder auf Sozialhilfe im Alter oder auf die Höhe der EU-Rente, ebenso auf die Höhe des Arbeitslosenge-

des. Alle Lohnersatzleistungen oder Renten gerade bei den unteren Schichten der Arbeiterklasse sind aber so niedrig, daß sie von vornherein in die Gefahr geraten, Sozialhilfe beantragen zu müssen. Eine Tarifpolitik, die sich am angeblichen gesamtwirtschaftlichen Interesse orientiert und gerade heute Reallohnkürzungen in Kauf nimmt, erleichtert somit auch den Abbau der Sozialhilfe.

2) Bisher ist die Zwangsarbeit, genannt „gemeinnützige Arbeit“, weitgehend von den DGB-Gewerkschaften geduldet worden. Sie haben damit zugelassen, daß Arbeitslose in die Ecke der Arbeitsscheuen gestellt werden, daß tariflich bezahlte Arbeitsplätze v.a. im öffentlichen Dienst durch weitgehend entrechtete, unterbezahlte Arbeiter ersetzt werden. Hier muß massiver Widerstand auch von den Kollegen des öffentlichen Dienstes kommen.

Mit alldem möchte ich sagen, daß der reine Appell an die DGB-Gewerkschaften, sich mehr einzusetzen, wirksamer wäre, wenn die Interessen der Arbeiter und Angestellten am Kampf gegen Sozialhilfekürzungen besser aufgezeigt würden. Das darf eine Kritik an falschen Positionen nicht ausschließen.

Opfer des Sozialabbaus sind vor allem die Frauen

30 000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter demonstrierten am 18. September in Bonn unter der DGB-Losung „Frauen gegen Sozialabbau“ (s. „Protest, Reden, Disteln und ein paar Stiefmütterchen“, Nachrichten, 10/1983, S. 28). Die zentrale DGB-Demonstration richtete sich wie viele betriebliche, örtliche und regionale Initiativen und Aktionen dagegen, daß Frauen in der anhaltenden Krise als erste getroffen und „bevorzugte“ Opfer der immer tiefer werdenden Einschnitte in das „Netz sozialer Sicherungen“ sind.

In früheren Jahren haben die etablierten Parteien wiederholt zugestanden, daß die eigenständige soziale Sicherung der Frauen ausgebaut und verbessert werden muß. Helmut Kohl spart nicht mit anerkennenden Worten für Frauen, Mütter und Familie. Doch in der praktischen Politik der Bundesregierung und der Landesregierungen sind die Frauen immer dann zuerst dran, wenn es um „Sparen“ bei den Sozialausgaben geht. So sind Frauen, die ohnehin den weitaus größten Teil kleiner Renten beziehen, von den vielfachen rigorosen Einschränkungen bei den Renten, dem Wohngeld und den Sozialhilfen besonders hart betroffen.

Mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1984 aber wird ein ganzer Katalog neuer drastischer Sozialdemontagen vorbereitet, durch die vor allem oder ausschließlich die sozialen Ansprüche der Frauen verschlechtert werden sollen.

So soll das erst vor vier Jahren eingeführte Mutterschaftsgeld nicht nur um 40 Prozent gekürzt werden, indem es künftig nur noch für drei anstatt für vier Monate gezahlt wird und pro Tag nur noch 20 statt 25 DM beträgt. Die Zeit des Mutterschaftsgeldbezuges soll auch nicht mehr als Beitrags-, sondern nur noch als Ausfallzeit bei der Rente zur Anrechnung kommen.

Damit würde diese Zeit nicht mehr für die Erfüllung der Wartezeit und damit eines Rentenanspruches überhaupt und nicht mehr bei der „Halbdeckung“ zählen, von deren Erfüllung die Anrechnung von Ausfallzeiten generell abhängt. Nicht selten würden danach diese Zeiten bei der Berechnung der Rente völlig unter den Tisch fallen.

Weiter sollen die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit so erschwert werden, daß vor allem die Frauen, die wegen ihrer familiären Verpflichtungen ihre Berufstätigkeit aufgeben haben, keinen Anspruch auf eine solche Rente mehr haben, selbst dann nicht, wenn sie freiwillige Beiträge zahlen.

Für Witwen, die wieder heiraten, soll in der Renten- und Unfallversicherung die Witwenrentenabfindung um 60 (!) Prozent gekürzt werden. Statt jetzt fünf, soll die Abfindung nur noch zwei Jahresrenten betragen. Die außerdem im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 fixierte Herabmanipulation der Rentenanpassung zum 1. Juli nächsten Jahres von 5,1 auf etwa 1,4 Prozent würde wiederum für die Bezieher kleiner Renten und damit für Millionen Frauen besonders schmerzhaft sein.

Die schon seit Jahren angekündigte Rentenreform '84, mit der beim Tode eines Ehegatten Frauen und Männer gleichgestellt werden sollten, ist schon im Vorfeld der Gesetzgebung immer mehr zusammengestrichen worden (s. „Rentenreform '84: An Versprechungen bereits jetzt gravierende Abstriche“, Nachrichten 4/1983, S. 31). Nicht nur das von allen etablierten Parteien noch vor der Bundestagswahl 1981 versprochene Babyjahr ist dem Rotstift zum Opfer gefallen. Inzwischen hat die Bonner Rechtskoalition nach einem in der Bundeshauptstadt kursierenden Papier das Reformkonzept zu Lasten der Frauen noch weiter zu einem unsozialen Sparkonzept zurechtgestutzt:

Erstens soll es, wenn kein weiterer Rentenanspruch besteht, bei der Hinterbliebenenrente von 60 Prozent der Rentenanwartschaften des verstorbenen Mannes bleiben und keine Aufstockung auf 70 Prozent erfolgen.

Zweitens soll künftig auf die Witwenrente teilweise anderes eigenes Einkommen der Witwe angerechnet werden.

Drittens soll die Witwenrente nicht mehr in jedem Fall nach dem Tode des Ehegatten gezahlt werden, sondern nur bei Invalidität, Kindererziehung oder vorgeschrittenem Alter.

Viertens sollen beim Zusammentreffen seiner eigenen mit einer Witwenrente beide Renten zusammen auf 70 Prozent der gesamten Rentenanwartschaft bei der Ehegatten begrenzt werden (Teilhaberente). Die eigene Rente soll je-

doch in jedem Fall voll zur Auszahlung kommen, eine „Besitzstandsgarantie“, die überwiegend den Männern zugute kommt!

Durch diese Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung sollen bis 1987 Einsparungen in Höhe von 700 Millionen DM erzielt werden. Auf Kosten der Frauen! Aus der versprochenen Reform für die Frauen soll so eine Reform gegen die Frauen werden.

Arthur Böppe

Wende auch bei der „Quelle“?

Erstaunliches ist in dem DGB-Funktionärsorgan „Die Quelle“, Oktober 1983, zu lesen. Erstaunliches für ein gewerkschaftliches Organ. Da werden die von der Bonner Rechtskoalition beabsichtigten Einschränkungen bei der Befreiung erheblich gehbehinderter Behindertener von der Kraftfahrzeugsteuer mit der Feststellung gerechtfertigt, die zur Zeit der Bonner SPD/FDP-Koalition ab 1. Juni 1979 in Kraft getretenen Verbesserungen hätten „zu einer Ausuferung geführt“.

Über die „Ausuferung“ der sozialen Leistungen und Ansprüche lamentieren seit Jahr und Tag die Unternehmerverbände und ihre politischen Sachwalter. Mit der angeblichen „Ausuferung“ begründen sie die Politik der Wende zu absoluter sozialer Reaktion und zum sozialen Kahlschlag. Hat sich etwa die Bonner Wende auch in die Redaktionsstuben des DGB-Organs „Die Quelle“ eingeschlichen? Der 12. DGB-Bundeskongreß hat jedenfalls keine „Ausuferung“ bei den von den Gewerkschaften in Jahrzehnten durchgesetzten sozialen Rechten festgestellt, sondern mit dem Antrag 136 „Gegen Sozialabbau – für Sicherung und Ausbau des Erreichten“ Stellung genommen. So zu lesen in „Die Quelle“, Juni 1983!

DGB: Grenze der Belastung erreicht

Nach Auffassung der rund 835 000 in den DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes organisierten Beamten ist die Grenze der zumutbaren Belastungen erreicht. Sie seien nicht mehr bereit, weitere staatlich diktierte Eingriffe in ihre Arbeits- und Lebensbedingungen widerstandslos hinzunehmen. Dies erklärte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach auf der Mitte September in Bonn stattgefundenen außerordentlichen DGB-Beamtenkonferenz.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosmeldung

Arbeitsunfähigkeit liegt vor, wenn man die bisherige Tätigkeit überhaupt nicht mehr oder nur auf die Gefahr hin ausüben kann, daß sich der Gesundheitszustand verschlimmert. Dann besteht Anspruch auf Lohnfortzahlung bzw. auf Krankengeld (§§ 182 ff. RVO). Komplikationen können jedoch z. B. dann auftreten, wenn sich Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeitsrente auf Zeit und Arbeitslosmeldung überlagern. Einen solchen Fall hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Urteil vom 27. Januar 1983 — L 16 Kr 79/81 — (nicht rechtskräftig) im Sinne des Versicherten entschieden.

Der Kläger wurde 1975 arbeitsunfähig und erhielt bis September 1976 Krankengeld von seiner Betriebskrankenkasse. Im November 1975 wurde das Arbeitsverhältnis seitens des Unternehmers aufgelöst. Für die Zeit von Februar 1976 bis Juni 1977 bezog der Kläger von der Bundesknappschaft eine Erwerbsunfähigkeitsrente. Im August 1977 sowie im Juni 1978 meldete er sich, nunmehr Mitglied der AOK, arbeitslos und erhielt Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Ab November 1978 gewährte ihm die AOK Krankengeld in Höhe der Arbeitslosenrente. Im Mai 1979 schließlich verlangte der Kläger von der Betriebskrankenkasse, ihm ab März 1978 ein höheres Krankengeld zu zahlen. Erst im November 1978 aber meldete er sich arbeitsunfähig. Sein Antrag wurde u. a. mit der listigen Begründung abgelehnt, er sei nicht mehr arbeitsunfähig gewesen, weil er sich ja der Arbeitsvermittlung zur Verfügung gestellt habe.

Das Sozialgericht wies die Klage ab, anders entschied jedoch das nordrhein-westfälische Landessozialgericht. Es verurteilte die AOK zur Zahlung von Krankengeld in Höhe des Regellohns (80 Prozent) ab November 1978 bis Juli 1979 und stellte klar, daß die Arbeitslosmeldungen den Fortbestand der Arbeitsunfähigkeit nicht ausschließen. Vielmehr habe der Kläger bei der Arbeitslosmeldung zu erkennen gegeben, „daß er seine frühere Beschäftigung aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausführen könne. Der Wechsel in eine leichtere Tätigkeit bringt zwar u. U. eine Lösung vom bisherigen Beruf mit sich und hat zur Folge, daß bei der Entscheidung darüber, ob AU besteht, künftig ein anderes Tätigkeitsbild zugrunde zu legen ist. Nach der Rechtsprechung des BSG tritt eine solche Lösung jedoch erst durch die Aufnahme der andersartigen, insbesondere dem Gesundheitszustand angepaßten

Beschäftigung „aus freien Stücken“ ein (...). Die Bereitschaft zum Wechsel in eine solche Beschäftigung reicht noch nicht aus.“

Der Kläger war also ununterbrochen arbeitsunfähig. In diesem Fall lebt der Anspruch auf Krankengeld aus der ersten Rahmenfrist (78 Wochen innerhalb von drei Jahren) mit Beginn der neuen Rahmenfrist wieder auf (vgl. § 183 RVO), sofern der Versicherte auch zu diesem Zeitpunkt Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Leistungspflichtig war hier die AOK, denn zu dieser war der Kläger zuletzt übergetreten. Der Umstand, daß die Mitgliedschaft in der AOK zum Zeitpunkt der Arbeitsunfähigkeitsmeldung bereits wieder beendet war, „schließt die Leistungsverpflichtung dieser Kasse nicht aus. Entscheidend ist, daß die AU schon während des Mitgliedschaftsverhältnisses vorlag“.

„Leitberufe“ — jetzt auch für Angestellte

Das Bundessozialgericht (BSG) hat damit begonnen, ein Mehrstufenschema für Angestelltenberufe zu entwickeln, an dem sich die „Verweisungs“-Praxis der Versicherungsträger bei Anträgen auf Berufsunfähigkeitsrente (§ 23 AVG) orientieren soll. Ein solches Schema von Berufsgruppen bzw. „Leitberufen“ ist für den Bereich der Arbeiterrenten-

Siebert / Degen / Becker
Betriebs-
Verfassungs-Gesetz
Kommentar für die Praxis
5. Auflage, neu kommentiert
Mit Wahlordnung und Stichwörter-
verzeichnis
582 Seiten, 24 DM Bestell-Nr. 033
Zu beziehen über den Buchhandel oder per Vorkasse plus 2 DM für Porto und Verpackung über unseren Verlag.

versicherung (§ 1246 RVO) bereits vor Jahren entwickelt worden: Facharbeiter mit Vorgesetztenfunktion bzw. besonders hochqualifizierter Facharbeiter, Facharbeiter, angelernter Arbeiter und ungelernter Arbeiter (s. auch NACHRICHTEN 11/82, 5/83). Dieses Berufsgruppenschema gewährt zwar einen gewissen Schutz vor grober Willkür, grundsätzlich nämlich darf der Versicherte nur auf Tätigkeiten aus der jeweils nächstniedrigeren Gruppe verwiesen werden. Andererseits wird natür-

lich nicht verhindert, daß neben dem Gesundheitsverschleiß noch sozialer Abstieg tritt.

Das BSG hat nun mit Urteil vom 24. März 1983 — 1 RA 15/82 — entschieden, daß bei tariflich erfaßten Angestellten, deren Vergütung die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht übersteigt, folgende Gruppen unterschieden werden können: 1. Angestellte ohne Berufsausbildung; 2. Angestellte mit einer Berufsausbildung bis zu zwei Jahren und 3. Angestellte mit einer längeren Berufsausbildung. Das Gericht will mit dieser Entscheidung erklärtermaßen u. a. den Begriff der Berufsunfähigkeit „für die Massenverwaltung der gesetzlichen Rentenversicherung sinnvoll handhabbar machen“, aber auch dem „bestehenden Unterschied zwischen Arbeiter- und Angestelltenberufen“ Rechnung tragen.

Das mitgeteilte Schema berücksichtigt jedoch keine höher qualifizierten Angestellten, z. B. solche, die neben einer dreijährigen Ausbildung zusätzlich eine Meisterprüfung oder den Besuch einer Fachschule voraussetzen. Das BSG wird daher die nächstbeste Gelegenheit nutzen und die soziale Rutschbahn für Angestellte weiter ausbauen.

Postarbeiter ohne Ausbildung als „Facharbeiter“

Mit Urteil vom 24. Juni 1983, — 5b 74/82 —, hat das BSG erneut im Zusammenhang mit der Verweisungsproblematik auf die Bedeutung der tariflichen Einstufung hingewiesen und dabei den Stellenwert einer Berufsausbildung relativiert. Die Eingruppierung gibt den qualitativen Wert einer Tätigkeit am zuverlässigsten wieder, es sei denn, daß eine — relativ hohe — tarifliche Einstufung vor allem nicht auf die Qualität der Tätigkeit, sondern auf mit ihr verbundene besondere Nachteile und Erschwernisse (Akkord, Nacht- und Schmutzarbeit usw.) zurückzuführen ist.

Konkret ging es um den schließlich erfolgreichen Berufsunfähigkeitsantrag eines Postarbeiters im Zustelldienst, der keinen Beruf erlernt hatte, als Briefträger aber zuletzt der Lohngruppe III des Tarifvertrages für Arbeiter der DBP angehörte. In diese Lohngruppe werden Handwerker eingruppiert. Das sind nach dem Lohngruppenverzeichnis Arbeiter mit Gesellenprüfung oder Facharbeiterbrief in einem Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von mindestens zweieinhalb Jahren. Der Kläger konnte weder das eine noch das andere vorweisen. Da er aber nun einmal der Lohngruppe III angehörte, war er hinsichtlich seines Rentenanspruchs der Gruppe der Facharbeiter zuzuordnen. Das BSG wies also den Versuch der DBP zurück, die Zuordnung allein nach der Ausbildungsdauer vorzunehmen.

Heinz Falkenberg

Südafrika: Gewerkschaftsrechte kümmern Konzerne einen Dreck

Eine Grubengasexplosion auf der südafrikanischen Kohlenzeche Hlobane, 300 Kilometer von Johannesburg, hat am 12. September 63 Menschenleben, darunter von 60 Schwarzen, gekostet. Gerüchte besagen, daß fehlende Sicherheitsvorkehrungen die Ursache des Unglücks waren und daß Profit vor Menschenleben steht. Bundesdeutsche Konzerne machen kräftig mit. Immerhin ist die Bundesrepublik nach den USA und Großbritannien der drittgrößte Handelspartner und Investor in Südafrika. Bundesdeutsche Firmen und Banken tragen Erhebliches dazu bei, den Unterdrückungs- und Kriegsapparat des Apartheid-Regimes zu finanzieren.

Begünstigt durch ein von der Bundesregierung mit der Regierung Südafrikas abgeschlossenes Doppelbesteuerungsabkommen, wurde Südafrika ab 1965 zu einem bevorzugten Ziel für Auslandsinvestitionen des bundesdeutschen Kapitals. So beliefen sich dessen Direktinvestitionen in Südafrika 1965 auf 85,9 Millionen DM und stiegen bis 1980 auf 710,5 Millionen DM. Dabei erfolgte die größte Steigerungsrate zwischen den Jahren 1970 und 1975; in diesem Zeitraum stiegen die Investitionen um 113 Prozent und damit sogar schneller als die der USA und Großbritanniens mit einer Steigerungsrate von 62 Prozent bzw. 87 Prozent.

An den Investitionen in Südafrika sind etwa 300 bundesdeutsche Firmen direkt beteiligt, weitere 6000 indirekt. Zu den Direktinvestoren gehören u. a. so bekannte Unternehmen wie Daimler-Benz, Lufthansa, Bayer, Krupp, Siemens, VW, Hoechst, BASF, MAN und Rheinstahl AG. Die bundesdeutschen Firmen investieren vornehmlich in die Automobilindustrie (25 Prozent), die Elektrotechnik (22 Prozent) und die chemische Industrie (17 Prozent), gefolgt von Handels- und Investmentgesellschaften und Maschinenproduktion.

Neben diesen Direktinvestitionen in die verschiedenen südafrikanischen Wirtschaftssektoren ist die Bundesrepublik auch einer der größten Kapitalgeber Südafrikas. Schätzungsweise die Hälfte aller ausländischen Kredite kommen aus unserem Land. Allein zwischen 1970 und 1976 erhielt Südafrika rund 6 Milliarden DM an Bankkrediten, Emissionen usw. Insgesamt beteiligten sich zwischen 1958 und 1980 60 bundesdeutsche Banken an 104 Anleihen in Südafrika. Dazu gehören insbesondere die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank, die Westdeutsche Landesbank Girozentrale und die Bayerische Vereinsbank.

Mit diesen Investitionen und Krediten spielt das bundesdeutsche Kapital eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Festigung des südafrikanischen Apar-

theidregimes. So entpuppt sich die abgedroschene Phrase vom „Wandel durch Handel“ (u. a. vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt mitgeprägt) denn auch als untauglicher Versuch, den bundesdeutschen Profitthaien ein humanistisches Mäntelchen umzuhängen; denn diese haben sich zu ihrer Profitmaximierung in jeder Hinsicht den üblen Gegebenheiten in Südafrika angepaßt.

Zwar wurde von der EG 1977 ein Kodex verabschiedet, der bei der Beteiligung europäischer Firmen in Südafrika uneingeschränkte Gewerkschaftsrechte, Zahlung eines Mindestlohnes, der das Existenzminimum um 50 Prozent übersteigt, und Beseitigung der Rassentrennung am Arbeitsplatz und in sozialen Einrichtungen gewährleisten sollte. Doch Untersuchungen haben ergeben, daß sich die bundesdeutschen Firmen in keinsten Weise an diese Richtlinien halten. So zahlt keines der Unternehmen den vorgeschriebenen Mindestlohn. Im Gegenteil: Viele der Firmen bleiben mit ihren an die schwarzen Arbeiter gezahlten Löhnen sogar noch unter dem Existenzminimum. Das BMW-Management erklärte gar offiziell, daß „Gewerkschaftsarbeit schwarzer Arbeiter innerhalb des Betriebes nicht gestattet würde“, und ein Siemens-Sprecher ergänzte: „Siemens ist nicht bereit, sich durch einen von außen verordneten Verhaltenskodex Sand ins Getriebe seiner guten Beziehungen zu Südafrika werfen zu lassen.“ Angesichts derartiger Verhalten ist es blanker Hohn, wenn die Bundesregierung die Gewährung von Bundesbürgschaften (sogenannten Hermes-Bürgschaften) für Kredite an Südafrika damit zu begründen sucht, „der EG-Kodex gewährleiste, daß bei diesem Geschäft Schwarze nicht benachteiligt werden“.

Durch die intensive Unterstützung der südafrikanischen Wirtschaft leistet die Bundesrepublik darüber hinaus auch ihren Beitrag zur Schaffung der logistischen Grundlage für die immer stärkere militärische Aufrüstung Südafrikas.

Georg Diederichs

„Vermögen“ auf schwedisch

Schwedens Unternehmer sind empört — so sehr, daß sie Anfang Oktober in Stockholm auf die Straße gingen, dorthin, wo doch sonst nur Arbeiter zu demonstrieren pflegen. Den Anlaß gab die seit einem Jahr wieder im Amt befindliche sozialdemokratische Regierung Palme. Sie hatte ihre Entschlossenheit verkündet, eine „Vermögenspolitik“ für Arbeitnehmer in Angriff zu nehmen, von der die frühere Palme-Regierung, bevor sie von den Bürgerlichen aus dem Amt gedrängt worden war, jahrelang nur geredet hatte.

Wogegen die mehrere zehntausend Unternehmer (mittelständische und große samt Manager und abkommandierte leitende Angestellte) demonstrierten, ist leicht erklärt: Per Gesetz sollen die Unternehmen verpflichtet werden, vom erwirtschafteten Gewinn einen bestimmten Prozentsatz in einen „Vermögensbildungsfonds“ einzuzahlen. Dieser soll von den Gewerkschaften verwaltet werden und das angesammelte Geld wieder in die Wirtschaft investieren. Persönliche Besitzanteile der Arbeiter und Angestellten sind nicht vorgesehen; die Fonds sollen kollektives Arbeitnehmer-eigentum sein.

Wie Ministerpräsident Olof Palme vor dem schwedischen Reichstag erläuterte, würden die Fonds dazu führen können, „langfristig eine Verbesserung der Produktion und der Beschäftigung“ zu bewirken und den „demokratischen Einfluß auf das Wirtschaftsleben“ zu fördern. Es könne nicht länger hingenommen werden, daß die Gewinne der Wirtschaft immer nur „einer kleinen Gruppe in der Gesellschaft“ zufließen. Auch nach der Protestveranstaltung der Unternehmer erklärte die Regierung ihre Entschlossenheit, die Fondskonzeption zu realisieren.

Das schwedische „Vermögensbildungskonzept“ basiert auf Vorstellungen des Wirtschaftswissenschaftlers Rudolf Meidner, der davon ausgeht, daß nach einem längeren Zeitabschnitt auf diesem Wege die Mehrheit des Kapitals und damit die Verfügungsgewalt in der Wirtschaft von den Gewerkschaften erlangt werden kann. Da aber nicht nur die Gewerkschaften (die Fonds) ihren Gewinnanteil von in der Regel 0,5 bis 1 Prozent jährlich investieren würden, sondern auch die Unternehmer, handelt es sich bei dieser erklärten Absicht offenkundig um die Verbreitung von Illusionen. Nichtsdestoweniger dürfte die kollektive Kapitalansammlung in Fonds bei Alleinbestimmung der Gewerkschaften über die Verwendung ein beobachtungswertes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Experiment sein.

G. S.

Im ÖGB wächst das Unbehagen über die Sozialpartnerschaft

„Arbeit für alle. Schwierige Zeiten gemeinsam meistern.“ Unter diesem Motto lief vom 3. bis 7. Oktober der 10. Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ab. Mit fast 1,7 Millionen Mitgliedern repräsentiert der ÖGB etwa zwei Drittel der Arbeiter, Angestellten und öffentlich Bediensteten. Seit Ende der vierziger Jahre gibt es eine fraktionelle Gliederung – nach politischen Gruppierungen, die im April 1945 bei der Gründung des nach wie vor einheitlichen ÖGB maßgebend waren: Sozialdemokraten, christliche Gewerkschafter und die im gewerkschaftlichen Linksblock erfaßten Kommunisten, linken Sozialisten und Parteilosen.

Will man die wesentlichen Inhalte des ÖGB-Kongresses kurz fassen, dann ist dies einfach: die 35-Stunden-Woche und das Unbehagen mit der „Sozialpartnerschaft“. Viele Diskussionsredner und natürlich eine ganze Menge Anträge hatten das Thema „Mitbestimmung“ zum Inhalt. Das ist nicht mehr die vertraute Vorstellung vom allmählichen Hinüberwachen in ein gesellschaftliches Gefüge ohne Klassenauseinandersetzung, wie sie für die



sechziger und die beginnenden siebziger Jahre kennzeichnend war. Da beklagt sich z. B. ein christlicher Gewerkschafter, daß ihm die ganze „Sozialpartnerschaft“ in den obersten Instanzen nicht helfe, wenn die Unternehmer in den Betrieben den Betriebsräten und Gewerkschaftern mit dem Prügel kommen. Dutzende sozialdemokratische Kolleginnen und Kollegen brachten Beispiele vom Klassenkampf der Unternehmer – und sprachen über ihre Vorstellungen von „Mitbestimmung“: Einschränkung der Unternehmermacht mit allen Konsequenzen in Aktion und Ergebnis.

Wie es der ÖGB-Führung noch immer gelingt, die Fesseln der „Sozialpartnerschaft“ geknüpft zu lassen, zeigt das Beispiel der Diskussion um die 35-Stunden-Woche. Seit etwa zwei Jahren wird von progressiven Gewerkschaftern eine Kampagne geführt. Seit einem Jahr verfolgt diesen Kurs auch

die mitgliederstärkste Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA – gegliedert in die Sektionen Industrie, Handel, Banken und Versicherungen, Sozialversicherung usw.). Auf dem ÖGB-Kongreß war dieses Thema nahezu in jedem Diskussionsbeitrag enthalten, und zwar überwiegend als eine der vordringlichsten Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Die GPA ließ jedoch ihren konkreten Antrag auf rasche Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zugunsten eines Antrages des Bundes-

Solidarität mit Nikaragua

Seit 1981 gibt es in der DGB-Jugend eine breit angelegte Solidaritätsaktion mit Nikaragua, dem Land, das sich im Juli 1979 von der jahrzehntelangen Somoza-Diktatur befreite und seitdem versucht, eine eigene demokratische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Seitdem sind über 800 000 DM gesammelt worden. Vor einigen Wochen konnten dem Kulturminister Nikaraguas, Ernesto Cardenal, auf einer Solidaritätsveranstaltung in Essen weitere 200 000 DM überreicht werden. Die IG Metall steuerte bis Ende 1982 300 000 DM bei, Georg Benz, bis vor kurzem verantwortlich für Jugendarbeit im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, überwies allein anlässlich seines 60. Geburtstages 30 000 DM an Spenden.

Die bürgerlichen Medien sind schon seit geraumer Zeit dazu übergegangen, die Entwicklung in Nikaragua als Chaos und Bürgerkrieg darzustellen und den Sandinisten vorzuwerfen, sie strebten ein diktatorisches System an. Leider scheint sich eine ähnliche Sichtweise auch bei einigen Gewerkschaftern breit zu machen. Auf heftige Kritik in der Mitgliedschaft stieß zum Beispiel eine Reportage in der Zeitschrift „Metall“ 16/83, in der zwar die Bedrohung durch die USA verurteilt wird, aber andererseits die innenpolitische Lage in Nikaragua grob verzerrt dargestellt wurde.

Beispielsweise wurde behauptet, es entstünden „Massen-Einheitsorganisationen: sandinistische Bewegung, sandinistische Frauen, sandinistische Gewerkschaften, sandinistische Jugend, sandinistische Kulturschaffende, sandinistische „Überwachungskomitees““. Abgesehen davon, daß die den Einheitsgewerkschafts-Gedanken vertretende IG Metall eigentlich nichts gegen einheitliche Organisationen haben

vorstandes fallen, der weit unverbundener ist.

Kurz noch einige Sätze zur Friedenspolitik des ÖGB: In der Erklärung des Bundesvorstandes wird sehr allgemein Stellung genommen. Ein positives Zeichen setzte der Kongreß am 5. Oktober fünf vor zwölf, als Präsident Benya die Beratungen unterbrach, auf die Aktion des DGB verwies und von den USA und der Sowjetunion einen erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen forderte. Schweigend verharnte der Kongreß fünf Minuten zur Friedensmahnung. Mit der Friedensbewegung will sich der ÖGB noch nicht verbinden, legt aber einzelnen Gewerkschaftern und Gliederungen offiziell nichts in den Weg, wenn sie sich Initiativen anschließen wollen.

Hubert Schmiedbauer

dürfte, die Behauptungen stimmen einfach nicht. Es gibt sieben verschiedene Gewerkschaften in Nikaragua, darunter zwei rechtsgerichtete, die nur geringen Einfluß ausüben, was allerdings weniger an den Sandinisten, mehr an der Politik dieser Gewerkschaften liegt.

Vorgeschoben ist die immer öfter lancierte „Enttäuschung“ über die angeblich mangelnde Entwicklung hin zu den erklärten Zielen der sandinistischen Revolution, Demokratie, Pluralismus, gemischte Wirtschaft, Blockfreiheit. In der Tat gelten in Nikaragua Ausnahmezustand und Streikverbot, die jedoch allein auf den Abwehrkampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes und gegen die von den USA mit massiver Militärlhilfe unterstützten „Contras“, Somoza-Bandiden, zielen. Diese operieren jedoch hauptsächlich an der nördlichen Grenze.

Zusammen mit der BRD sabotieren die USA jegliche Kreditzahlung an Nikaragua durch internationale Finanzorganisationen. So hat das kleine mittelamerikanische Land enorme wirtschaftliche Probleme: die ökonomische Schuldenlast Somozas, Produktionsrückgänge wegen mangelnder Devisen für Ersatzteile, wegen Investitionsverweigerung mancher Unternehmer, Kapitalflucht etc., die zu Inflation und Arbeitslosigkeit führen.

Dennoch ist die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebenswichtigsten einigermaßen gesichert. Die Agrarreform und der Verkauf von Lebensmitteln zu niedrigen, festen Preisen, sorgen dafür, daß es der Bevölkerung entgegen anderslautender Kolportagen heute besser geht als unter Somoza. Bekannt ist das für die Region vorbildliche Bildungs- und Gesundheitswesen. B. K.

Nikaragua von innen betrachtet

Günter Wallraff u. a.: Nicaragua von innen. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1983, 192 Seiten, 18 DM.

Dieses Buch gibt einen anschaulichen Einblick in die derzeitige Lage in Nikaragua, zeigt den Stand der Bedrohung des Landes durch die USA und die von ihnen bezahlten Somoza-Banden. Ausdrücklich bemühte sich Wallraff zusammen mit seinen Reisegefährten herauszufinden, wie es mit der angeblichen Unterdrückung der Opposition aussieht, wie sich das Land in der schwierigen innen- und außenpolitischen Situation entwickelt, was in Betrieben und auf den Kooperativen vor sich geht. Der gut recherchierte Reisebericht wird durch weitere Autorenbeiträge ergänzt. Z. B. schildert Philipp Agee, Ex-CIA-Agent, die Arbeit seines früheren Arbeitgebers in Nikaragua, Dorothee Sölle beschreibt die „Kirche der Armen“, Thomas Nachtigall untersucht die Rolle der Oppositionszeitung „La Prensa“, und Marie-Louise Kallenger interviewte den früheren Sandinista-Führer, heute Konterrevolutionär, Edén Pastora. Ein wichtiges Buch, auch für die Arbeit bei der Nikaragua-Solidarität der DGB-Jugend.

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Erasmus Schöfer (Hrsg.): Der rote Großvater erzählt. Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914–1945, Express Edition, Westberlin 1983, 247 Seiten, 9,80 DM.

Dieses Buch, das vor fast zehn Jahren zum erstenmal erschien, wurde jetzt von der Express Edition Westberlin neu aufgelegt. Der Fischer Taschenbuch Verlag, der einen großen Teil der Werkkreis-Bücher publizierte, mochte wohl trotz des großen Verkaufserfolgs keine Neuauflage bringen. Nicht zuletzt diese Schrift dürfte zum Bekanntheitsgrad des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt wesentlich beigetragen ha-

ben. Und natürlich auch zur Bekanntheit des roten Großvaters, Carl Wüsthoff, der den größten Teil der Erzählungen beisteuerte. Aber auch andere Arbeiterschrittsteller bereiteten lebendig und eindrucksvoll Geschichte für die Gegenwart auf. Einige von ihnen sind mittlerweile gestorben. Um so wichtiger ist, daß sie zumindest einen Teil der Erlebnisse ihres erfahrungsreichen Lebens in diesem Buch und anderen Schriften an jüngere Generationen weitervermitteln konnten. Erasmus Schöfer schrieb im Vorwort zur 1. Auflage: „Eine Geschichte der Arbeiterbewegung hat es nicht werden können und sollen. Aber es kann hinleiten zu ihrem Studium. Wir meinen, daß persönlich vermittelte Anschauung mindestens ebenso den Weg dazu ebnet, wie die abstrakt-politische Einsicht in die Notwendigkeit, die Erfahrungen des Klassenkampfes in Deutschland für die heutige antikapitalistische Strategie nutzbar zu machen.“ Aus diesem Buch können noch viele Generationen lernen.

Gerhard Naeher: Stirbt das gedruckte Wort? Neue Medien. Die große Herausforderung. Neue Mediengesellschaft Ulm 1982, 294 Seiten.

Naeher's Rezept heißt Freiheit und Markt. Die einfache Gleichung „Innovation schafft Arbeitsplätze“ kauft ihm aber außer den Marktwirtschafts-Aposteln kaum noch jemand ab. Mittlerweile wächst die Erkenntnis in den Gewerkschaften, daß Neue Medien in den Händen des Kapitals mehr Schaden denn Nutzen bringen für die Beschäftigten und Konsumenten. Dennoch mag dieses Buch dem medienpolitisch Interessierten wichtige Hinweise auf die Absichten derer geben, die Neue Medien mit allen Mitteln durchsetzen wollen. B. K.

VERLAGSINTERNES

Unser neues Buch: „Willi Bleicher, Ein Leben für die Gewerkschaften“, erfreut sich so großer Beliebtheit, daß wir kaum mit den Auslieferungen nachkommen. Viele Geschäftsstellen der Einzelgewerkschaften berichteten uns, daß sie das Buch sowohl als Weihnachtsgeschenk für verdiente ältere Gewerkschafter benutzen wollen als auch zur Begrüßung junger Mitglieder. Selbstverständlich kann es auch eine wertvolle Hilfe für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sein.

In der Zeit des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall veranstaltete der Nachrichten-Verlag eine Pressekonferenz. Zwei der Herausgeber des Bleicher-Buches, Georg Benz, der nach fast zwanzigjähriger Mitgliedschaft im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall aus diesem Gremium ausschied, und Willy Schmidt, der mit Willi Bleicher im Konzentrationslager Buchenwald war, stellten sich für die Fragen der Presse zur Verfügung. Für unseren Verlag war es eine besondere Ehre, daß auch die Witwe von Willi Bleicher, Frau Anneliese Bleicher, und das frühere langjährige Vorstandsmitglied der IG Metall, Fritz Strothmann, auf der Pressekonferenz anwesend waren.

In einer weiteren Pressekonferenz am Rande des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier in der Nürnberger Meistersingerhalle stellte Leonhard Mahlein, ebenfalls Mitherausgeber des Bleicher-Buches, diesen Titel einer stattlichen Anzahl von Pressevertretern vor. Das Hauptaugenmerk der Journalisten galt diesmal allerdings dem Autor der nachrichten-reihe 27 „Gewerkschaften heute. Erfahrungen – Anregungen“. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hatte allen Delegierten des Gewerkschaftstages die Broschüre ihres scheidenden Vorsitzenden zur Verfügung gestellt. Nebenbei bemerkt: Auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall und IG Druck und Papier fand das Buch über Willi Bleicher reißenden Absatz.

Selbstverständlich stand dieser Titel zusammen mit Mahleins „Gewerkschaften heute“ auch im Mittelpunkt unserer Verlagspräsentation auf der Frankfurter Buchmesse. Im Kontakt mit vielen Buchhändlern und auch wieder mit einer großen Anzahl unserer Leser konnten wir am Schluß der Messe einen guten Absatz unserer diesjährigen Neuerscheinungen verzeichnen.

Wie bereits im vergangenen Jahr war unser Messestand eine der Stationen des alternativen Messerundgangs der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Der schon traditionelle Rundgang der HBV-Kollegen gilt Verlagen und Publikationen, die sich für den Frieden engagieren. jaco

Bestellschein

11 83

Hiermit bestelle ich

Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.

Senden Sie mir bitte noch ein kostenloses Probeheft.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

(Falls erworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

Terminkalender

- **18. und 19. November**
Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
- **19. und 20. November**
Seminar unserer Zeitschrift NACHRICHTEN zum Thema „Tarifpolitik unter den Bedingungen der Krise und anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit“ im „Haus der Jugend“ in Frankfurt
- **23. bis 24. November**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Wiesbaden
- **Januar bis Ende Juni 1984**
Wahl der Vertreter in Mitgliederversammlungen der IG Metall zu den den Vertreterversammlungen. Diese wählen wiederum die IG-Metall-Ortsverwaltungen. Neuwahl der Personengruppen-Ausschüsse
- **6. bis 8. Januar 1984**
7. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Nürnberg
- **26. bis 29. Februar 1984**
15. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr. Der Veranstaltungsort ist noch nicht bekannt.
- **1. März bis 31. Mai**
Betriebsratswahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **31. März bis 1. April 1984**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Willingen (Sauerland)
- **28. bis 29. April 1984**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Leverkusen
- **14. bis 19. Mai**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg
- **17. bis 23. Juni 1984**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München
- **2. bis 8. September**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Westberlin
- **4. bis 9. November 1984**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Mannheim
- **26. bis 30. November 1984**
13. Gewerkschaftskongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Dortmund

D 3476 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 83.011 0039 14
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Mit Pauken und Trompeten

Auf dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, 16. bis 22. Oktober in Nürnberg, nahm der Vorsitzende der Gewerkschaft Kunst und der Rundfunk-Film- und Fernseh-Union, Alfred Horné, Stellung: „Beim Antrag der Mediengewerkschaft, der euch vorliegt, hätten ruhig, so kann ich mir vorstellen, noch ein paar Kohlen nachgelegt werden können, damit eben noch mehr Dampf gemacht wird und ihr euren Willen eindrucksvoll erkennen laßt, der alle Zweifel an der Entschlossenheit eurer Gewerkschaft beseitigt.“

Die RFFU und die Gewerkschaft Kunst haben, was ihre Gewerkschaftstage angeht, ihre Schularbeiten gemacht; der Kalender hat uns frühere Daten zugewiesen. Wir hätten euch – das dürft ihr mir glauben – gern den Vortritt gelassen. Wir in der RFFU und der Gewerkschaft Kunst üben ja nun auch schon fleißig mit Geigen, Flöten und Triangeln. Weil jeder vorzugsweise immer nur ganz individuell sein eigenes Instrument traktiert, klingt das einseitig wie bei einem Orchester, bevor der Dirigent kommt. Jeder streicht, fiedelt, bläst, flötet und trommelt vor sich hin (Heiterkeit). Als geradezu beispielhaft und imponierende Harmonie wird man das nicht bezeichnen können, aber immerhin: wir üben. Jetzt warten wir eben auf die Pauken und Trompeten der Industriegewerkschaft Druck und Papier, damit es dann endlich ein leistungsfähiges Orchester wird, das man nicht mehr so leicht überhören kann, was wir unserem Publikum übrigens auch schon seit langem versprochen. (Beifall)

Wir brauchen dieses Orchester, die Medien- und Kulturgewerkschaft, wenn wir 1. die Vertretung von Mitgliederinteressen heute und in Zukunft gewährleisten, wenn wir 2. Einfluß auf die medienpolitische Entwicklung gewinnen und 3. von anderen, Politikern und Tarifpartnern, weiterhin ernstgenommen werden wollen.“

(Aus: 13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, 16. bis 22. Oktober 1983 in Nürnberg, Tagesprotokoll)

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 29. Oktober 1983

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main